

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Jugend und Protest

*Simon Schnetzer · Klaus Hurrelmann*

JUGEND 2021.  
PANDEMIE, PROTEST,  
PARTIZIPATION

*Sabine Andresen*

WIE SOLLTE POLITIK FÜR  
DIE JUGEND AUSSEHEN?

*Nina-Kathrin Wienkoop*

WER DAZU GEHÖRT  
UND GEHÖRT WIRD

*Christian Lüders*

PROTEST ALS RESSOURCE?

*Thorsten Faas · Anton Könneke*

WÄHLEN AB 16?  
PRO UND CONTRA

*Yağmur Mengilli*

CHILLEN ALS  
JUGENDKULTURELLE  
(PROTEST-)PRAXIS?!

*Jörg Gertel*

ZEHN JAHRE  
GENERATION  
„ARABISCHER FRÜHLING“

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

# Jugend und Protest

## APuZ 38–39/2021

**SIMON SCHNETZER · KLAUS HURRELMANN**

**JUGEND 2021.**

**PANDEMIE, PROTEST, PARTIZIPATION**

In anderthalb Pandemie-Jahren haben sich die meisten Jugendlichen solidarisch mit den älteren Generationen gezeigt und Freiheitseinschränkungen hingenommen. Es ist an der Zeit, den Jungen mehr Gehör zu schenken und ihr Protestpotenzial konstruktiv zu nutzen.

**Seite 04–10**

**SABINE ANDRESEN**

**WIE SOLLTE POLITIK FÜR DIE JUGEND AUSSEHEN?**

Eine Politik für Kinder und Jugendliche muss umfassende Beteiligungsmöglichkeiten schaffen und einen Beitrag dazu leisten, dass ihre Interessen vorrangig Berücksichtigung finden. Dazu ist es nötig, die hartnäckigen Vorbehalte gegenüber dieser Altersgruppe zu überwinden.

**Seite 11–16**

**NINA-KATHRIN WIENKOOP**

**WER DAZU GEHÖRT UND GEHÖRT WIRD**

Zwar gibt es in Deutschland viel junges Engagement und eine große Vielfalt an Vereinen und Bewegungen, aber es gibt auch Teilhabehürden und strukturelle Ausschlussmechanismen. Anders als bei Parteien und Wahlen sind die Barrieren jedoch informeller.

**Seite 17–22**

**CHRISTIAN LÜDERS**

**PROTEST ALS RESSOURCE?**

Der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung führt vor Augen, dass in jugendlichen Protestbewegungen einiges Potenzial für die politische Bildung liegt. Das Engagement allein gewährleistet indes nicht, dass damit auch Demokratiebildung angeregt wird.

**Seite 23–28**

**THORSTEN FAAS · ANTON KÖNNEKE**

**WÄHLEN AB 16? PRO UND CONTRA**

Seit zahlreiche Jugendliche öffentlichkeitswirksam für mehr Klimaschutz demonstrieren, wird auch in Deutschland wieder verstärkt über das Thema Absenkung des Wahlalters diskutiert. Was spricht für das Wahlrecht ab 16? Und wie lauten die Argumente dagegen?

**Seite 29–35**

**YAĞMUR MENGILLI**

**CHILLEN ALS JUGENDKULTURELLE (PROTEST-)PRAXIS?!**

Einerseits wird Chillen als Nichtstun mit Passivität und Rückzug ins Zuhause verbunden, andererseits mit Vergemeinschaftung im öffentlichen Raum. Beide Betrachtungsweisen deuten darauf hin, dass die Jugend chillt und Erwachsenen unklar ist, was dabei passiert.

**Seite 36–40**

**JÖRG GERTEL**

**ZEHN JAHRE GENERATION**

**„ARABISCHER FRÜHLING“**

Die Situation für die Generation „Arabischer Frühling“ ist problematisch: Seit den Protesten 2011 haben Perspektivlosigkeit, Ungleichheit und Gewalt zugenommen. Die Covid-19-Pandemie verstärkt die Prozesse der Enteignung von Lebenschancen zusätzlich.

**Seite 41–46**

# EDITORIAL

Im Frühjahr 2021 konnten junge Klimaaktivist:innen einen bedeutenden Erfolg feiern: Nach ihren Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz musste die Bundesregierung die darin festgelegten Ziele zur Minderung von Treibhausgasemissionen schärfen, damit die Lasten nicht vor allem folgenden Generationen aufgebürdet werden. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen hatten damit – unterstützt von Umweltorganisationen – das Anliegen einer weltweiten Protestbewegung von der Straße bis vor das Bundesverfassungsgericht getragen und ihm auf diese Weise ganz neue Geltung verschafft.

Der Gerichtsbeschluss und die unmittelbaren politischen Reaktionen darauf zeigen zum einen, dass sich beharrlicher Protest lohnen kann – ist doch anzunehmen, dass es ohne den gesellschaftlichen und medialen Rückenwind durch die regelmäßigen „Klimastreiks“ kaum zu den Verfassungsbeschwerden gekommen wäre. Zum anderen verdeutlicht diese Episode, dass grundlegende Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen bei politischen Entscheidungen oft übergangen und, wenn überhaupt, erst unter massivem Druck berücksichtigt werden. Nicht zuletzt deshalb erhalten Diskussionen um eine Verankerung von Kinder- und Jugendrechten im Grundgesetz oder um eine Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre immer wieder neue Aktualität.

Auch in der Corona-Pandemie fanden Jugendliche für ihre Belange bislang kaum Gehör. Obwohl sich die meisten von ihnen mit den älteren, gefährdeteren Altersgruppen solidarisch zeigten und sich lange Zeit stark einschränkten, steht vielen ein weiterer Schulwinter bei geöffneten Fenstern bevor, ohne dass inzwischen für eine wesentlich bessere Ausstattung von Schulen oder Universitäten gesorgt worden wäre. Anlässe für jugendlichen Protest wird es weiterhin zur Genüge geben. So gut und richtig es ist, wenn Jugendliche sich für die Durchsetzung ihrer Rechte engagieren, so beschämend ist es, dass es offenbar so notwendig ist.

*Johannes Piepenbrink*

# JUGEND 2021

## Pandemie, Protest, Partizipation

*Simon Schnetzer · Klaus Hurrelmann*

Jung sein in Zeiten der Corona-Pandemie fühlt sich an, wie „Mensch ärgere Dich nicht“ zu spielen: Kaum erlauben sich Jugendliche, wieder etwas für die Zukunft zu planen, kommt die nächste Welle, und es geht zurück auf Anfang. In Interviews berichten Jugendliche von Geburtstagen und ihrem Schulabschluss, die sie gerne gefeiert hätten und nicht konnten, von Praktika, Reisen und Auslandsaufenthalten, die ersatzlos ausgefallen sind, und von einer psychischen Belastung, der viele nicht mehr ohne professionelle Hilfe standhalten. Hier wächst eine „Generation Reset“ heran: Einerseits leben Jugendliche mit frustrierender Planungsunsicherheit und verbauten Chancen, andererseits beweisen sie angesichts der epochalen Herausforderung Anpassungsfähigkeit und Kreativität, um sich Freiheiten und Perspektiven zurückzuerobern.

Im Folgenden gehen wir der Frage nach, wie sich diese Situation auf das Verhältnis der jungen Generation zur Politik auswirkt. Fühlen sich die Jugendlichen von der Politik ungerecht behandelt? Wie groß ist ihr Protestpotenzial? Wurde es durch die Corona-Pandemie verändert, abgeschwächt oder verstärkt? Anschließend geht es um die Frage, welche Wünsche und Forderungen die Angehörigen der jungen Generation artikulieren, wenn es um ihren Part bei der Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens geht – welche Erwartungen sie also mit eigener politischer Beteiligung verknüpfen.

### LEBENSGEFÜHL KONTROLLVERLUST

Die Corona-Pandemie dauert nun schon andert-halb Jahre. Im Leben eines Teenagers oder jungen Erwachsenen ist dies eine sehr lange Zeit. Es geht um anderthalb Jahre in einer Lebensphase, von der viele Ältere sagen, es sei die beste Zeit ihres Lebens gewesen. Für die heutigen Jugendlichen geht es um anderthalb Jahre, in denen sie in

der Schule, auf dem Uni-Campus, bei der Arbeit oder in der Freizeit ihre Freunde nicht einfach treffen oder sich unkompliziert verlieben konnten, in denen es ihnen nicht möglich war, ihren Hobbys wie gewohnt nachzugehen oder sich zu engagieren.

Von vielen älteren Menschen ist bisweilen zu hören, dass die Jungen „sich nicht so anstellen“ sollen, es gehe ihnen doch trotz allem gut. Im Vergleich zur Kriegsgeneration mag das stimmen, doch die Jugendlichen vergleichen sich mit älteren Freunden oder Geschwistern, denen es in ihrer Lebensphase besser ging. Zudem zählt die Jugendzeit zu den wichtigsten Phasen, was die Entwicklung der Persönlichkeit und die berufliche Orientierung angeht. Während die Älteren bereits „angekommen“ sind, sind die Jungen noch auf der Suche – nach ihrer Identität, ihrer sexuellen Orientierung, einem Partner oder einer Partnerin, nach Freundinnen und Freunden fürs Leben, nach einem Ort, an dem sie leben und einer Aufgabe, der sie sich widmen wollen. Diese Suche findet für die Angehörigen der sogenannten Generation Z (ungefähr zwischen 1995 und 2010 geboren) durch die Corona-Pandemie unter erschwerten Bedingungen statt, weil Räume des sozialen Miteinanders und Kennenlernens wie Feste, Ausbildungsmessen oder Praktika häufig nicht oder ersatzweise nur digital stattfinden.

Die Kommunikation der Politik in Richtung der Jugend beschränkte sich in den zurückliegenden anderthalb Jahren im Wesentlichen auf die zentralen Forderungen: Nehmt Rücksicht, haltet euch an die Regeln und wartet ab. Die Botschaft ist angekommen. Das zeigt unsere Studie „Jugend und Corona in Deutschland“ mit Erhebungen im Herbst 2020 und im Sommer 2021.<sup>01</sup> Etwa zwei Drittel der 14- bis 29-Jährigen verhalten sich demnach rücksichtsvoll und den älteren Generationen gegenüber bewusst solidarisch, und sie verzichten weitge-

hend auf Feiern und Partys. Dieser Umstand ist bemerkenswert, weil über 50 Prozent dieser jungen Menschen davon berichten, dass sich ihre psychische Gesundheit aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie verschlechtert hat: Sie fühlen sich einsam, demotiviert und antriebslos. Wenn sie ihre Situation beschreiben, erzählen viele davon, dass ihnen die Kontrolle über ihr Leben entgleitet.

Hier liegen die Hauptgründe für die erschwerte Situation: in der Ungewissheit darüber, wie es weitergeht, in dem Gefühl, keine Kontrolle über wichtige Entscheidungen der Lebensgestaltung zu haben. Jugendliche wissen in der Pandemie-Situation nicht, wie sie sich motivieren sollen, weil gefühlt alles, was Spaß macht – wie Ausgehen, Feste feiern, Festivals besuchen oder Verreisen –, nicht oder nur eingeschränkt erlaubt ist; weil sie vergeblich darauf gewartet haben, vonseiten der Politik Verständnis und Unterstützung für ihre schwierige Lage zu bekommen; und weil nur die Eltern und die Freunde noch zu ihnen halten, die aber jetzt selbst völlig erschöpft und mit ihren Unterstützungsmöglichkeiten am Ende sind.

Die jungen Deutschen haben seit Beginn der Pandemie erstaunlich viel Geduld mit der Politik bewiesen. Sie haben Verständnis dafür gezeigt, wie langsam und schlecht die Bildungssysteme der verschiedenen Bundesländer die Digitalisierung von Unterricht und Prüfungen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende umgesetzt haben. Sie haben achselzuckend zur Kenntnis genommen, dass alle politischen Weichen zur Abfederung der negativen Folgen der Pandemie vor allem zugunsten der mittleren und der älteren Generation gestellt wurden. Sie haben sich in ihren vier Wänden eingerichtet und Struktur in den durch Online-Termine getakteten Tag gebracht, obwohl sie Kopfschmerzen von Online-Unterricht und Online-Lerngruppen hatten. Sie haben die Einsamkeit akzeptiert, weil es ihnen ja grundsätzlich gut ging, es zumindest nicht an einem Dach überm Kopf und etwas zu Essen mangelte – weil sie offenbar alles Lebensnotwendige hatten.

**01** Vgl. Klaus Hurrelmann/Simon Schnetzer (Hrsg.), *Jugend und Corona in Deutschland* (Herbst 2020), Kempten 2020; dies. (Hrsg.), *Jugend und Corona in Deutschland: Die junge Generation am Ende ihrer Geduld* (Sommer 2021), Kempten 2021. Für die Studien wurden 1602 bzw. 1011 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 29 Jahren befragt.

## PANDEMIEBEDINGTE FREIHEITSBERAUBUNG

Doch sie hatten nur scheinbar alles, denn eines hatten sie nicht: die Freiheit, zu tun, was sie wollten. Diese Freiheit aber, das wurde in der öffentlichen Diskussion oft übersehen, ist für die Lebensphase Jugend eine Lebensnotwendigkeit. Ohne diese Freiheit ist der Aufbau einer selbstständigen Persönlichkeit nicht möglich. Und das ist unserer Auffassung nach der entscheidende Punkt, der zum Auslöser für den politischen Protest der jungen Generation werden könnte.

Im Sommer 2021 schreiben Medien in allen Teilen Deutschlands über Jugendliche, die in Parks feiern, Alkohol trinken und sich nicht an Hygienevorschriften halten. Es sind junge Menschen, die sehen, wie ältere, bereits geimpfte Menschen wieder Freiheiten genießen, die ihnen weiterhin verwehrt sind. 60 Prozent der 14- bis 29-Jährigen wollen unbedingt geimpft werden, weitere 20 Prozent unter bestimmten Voraussetzungen (bestimmter Impfstoff, zu erwartende Vorteile, mehr Kenntnis über mögliche Nebenwirkungen).<sup>02</sup> Die junge Generation findet es ungerecht, dass Geimpfte mehr Freiheiten genießen als Ungeimpfte, solange nicht alle ein Impfangebot erhalten haben. Im Abwägen, ob sie sich weiteren psychischen Schaden zufügen wollen oder nicht, gehen sie wieder in die Parks, treffen sich mit Freunden und feiern. Sie brechen bewusst die Regeln, weil sie sich die Freiheiten nicht länger nehmen lassen wollen. Und sie werden von der Polizei nach Hause geschickt. Viele gehen heim, einige wollen sich das Feiern und den anhaltenden Freiheitsentzug nicht länger bieten lassen. In mehreren Städten kommt es zu „Krawallnächten“ und verwüsteten Parks. Die Politik reagiert mit Versammlungsverboten in Parkanlagen, Absperrungen oder Einlasskontrollen an beliebten Treffpunkten, die Polizei mit härterem Durchgreifen.

Jugendliche haben in Zeiten der Corona-Pandemie kaum alternative Rückzugsräume. Alle Locations des sozialen Miteinanders junger Menschen, von Schulen und Vereinen bis zu Clubs und Bars, sind nur mit Einschränkungen oder gar nicht zugänglich. In dieser Situation der fehlenden

**02** Vgl. Hurrelmann/Schnetzer 2021 (Anm. 1).

Alternativen riskiert die Politik durch eine harte Antwort auf die Feiernden in Parks, Jugendliche zu radikalisieren und zu kriminalisieren.

Während etwa in Stuttgart bei Demonstrationen von Corona-Leugnern mit 5000 Teilnehmenden ohne Maske von der Polizei aus „taktischen Gründen“ nicht eingeschritten wird, erhält zeitgleich ein 17-Jähriger, der mit sechs Freunden beim Feierabendbierchen am Neckar sitzt, einen Ordnungswidrigkeitsbescheid über 185 Euro, weil er sich vorschriftsgemäß ja nur mit Personen aus zwei Haushalten treffen dürfte. Und das, obwohl die Jugendlichen bewusst ins Freie gegangen sind und sich vorher getestet haben, nachdem sie den Schultag zu zwanzigst in geschlossenen Räumen ohne Luftfilter verbracht haben. Diese Jugendlichen ziehen nicht los, um Krawall zu machen, sondern weil sie sich wieder mit Freunden treffen wollen. Kommt es zu Krawallen, dann gibt es spezifische Auslöser dafür. Der Mix aus Einsamkeit, Enttäuschung, gefühlter Ungerechtigkeit und Kontrollverlust führt gepaart mit der realen Freiheitsberaubung zur Reaktion: „Jetzt reicht’s!“ Diese Reaktion ist als ein Hilferuf an die Politik zu verstehen, da Jugendliche seit nunmehr anderthalb Jahren vergeblich auf eine Perspektive für ihre sozialen Bedürfnisse warten.

### AM ENDE DER GEDULD

Wann immer junge Menschen sich über den großen Schuldenberg, zu hohe Mieten in den Städten oder umwelt- und klimaschädliche Politik beschweren, wird als Gegenargument das erreichte und zu wahrende hohe Wohlstandsniveau herangezogen, um die Diskussion zu beenden. Seit dem Aufkommen der weltweiten Fridays-for-Future-Bewegung ist dieses Argument ins Wanken geraten, weil immer klarer wird, in welchem Ausmaß der Wohlstand von morgen von einer intakten Umwelt und der Eindämmung des Klimawandels heute abhängt. Zu den zentralen politischen Erfahrungen von Jugendlichen, die vor Beginn der Pandemie während der Unterrichtszeit für Klimaschutz demonstrierten, zählt: (Nur) wenn wir uns engagieren und gegen Regeln verstoßen (Schule schwänzen), bekommen wir Aufmerksamkeit vonseiten der Politik und Medien.

Eine weitere wichtige Erfahrung dieser jungen Menschen ist, dass sie erleben, wie die Politik die Interessen der jungen und künftigen Generationen aus eigenem Antrieb nicht aus-

reichend berücksichtigt. Beispielhaft dafür sind die erfolgreichen Verfassungsbeschwerden von neun Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegen das 2019 verabschiedete Klimaschutzgesetz: Das Bundesverfassungsgericht stufte das Gesetz im Frühjahr 2021 als verfassungswidrig ein, weil es die Lasten der erforderlichen Minderung der Treibhausgasemissionen zu sehr auf die Zeit nach 2030 verschiebe und damit die Freiheitsrechte der jüngeren Generation verletze.<sup>03</sup> Erst die vom Gericht angemahnten Nachbesserungen führten zu einer Novelle des Gesetzes, durch die die Lasten fairer zwischen den Generationen verteilt werden sollen. Das Urteil zeigt der Jugend somit auch, dass sie durch Engagement Dinge bewegen kann.

Im Vorfeld der Europawahlen im Mai 2019 hatten viele junge Menschen zudem ein kommunikatives Schlüsselerlebnis, das die heutige Bedeutung der Social-Media-Kanäle für die junge Generation unterstreicht. Der Youtuber Rezo veröffentlichte mit dem Video „Die Zerstörung der CDU“ einen umfassend recherchierten Verriß der CDU, mit der klaren Handlungsempfehlung, diese Partei nicht zu wählen. Sein Video verbreitete sich viral im Netz, wurde von sämtlichen Leitmedien aufgegriffen und innerhalb weniger Wochen über zehn Millionen Mal aufgerufen. Die zum Teil unbeholfen wirkenden Versuche der CDU, auf Youtube dagegenzuhalten, führten vor Augen, welche Macht Social-Media-Influencer mittlerweile haben, um die öffentliche Meinung politisch zu beeinflussen. Ein Grund für diesen Erfolg liegt sicherlich auch darin, dass die „klassischen“ Wege der Politikvermittlung nicht mehr wie früher funktionieren und Parteien und Medien es bislang offenbar verpasst haben, das große Interesse junger Menschen an politischen Themen zielgruppengerecht zu bedienen. Immer mehr Jugendliche füllen diese Lücke mit ihren eigenen Wegen der digitalen Kommunikation.

Lange waren Influencer vor allem mit Fitness- und Beauty-Themen, Comedy oder Tipps für einen erfolgreichen Lifestyle erfolgreich. Doch Plattformen wie Youtube oder Tiktok fördern die Sichtbarkeit von Accounts, die sich mit Themen wie Bildung, Demokratie oder Berufsorien-

**03** Vgl. Bundesverfassungsgericht, Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich, Pressemitteilung, 29. 4. 2021 (zum BVerfG-Beschluss vom 24. 3. 2021), [www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html).

tierung beschäftigen. In den Pandemie-Monaten hatten junge Menschen zudem viel Zeit und haben diese scharenweise in ihren Social-Media-Erfolg investiert. Innerhalb weniger Monate haben Creators wie Tobias Jost („Der Karriereguru“) oder Nina Poppel („Nini\_erklärt\_Politik“) auf Tiktok ein junges Publikum von weit über Hunderttausend Followerinnen und Followern aufgebaut. Das sind nur zwei von vielen jungen Akteuren, die innerhalb kürzester Zeit enorm an Reichweite und Meinungsmacht gewonnen haben.

Bei Rezo war es das Gefühl von „Jetzt reicht’s“, das ihn zu seinem „Zerstörungs-Video“ motivierte. Dasselbe Gefühl beobachten wir im Sommer 2021 bei vielen Jugendlichen, die in Parks feiern. Größere organisierte Proteste oder politisch motivierte Krawalle von Jugendlichen gegen ihre Benachteiligung in der Corona-Pandemie gab es bislang noch nicht. Doch der Druck im Kessel steigt. Die Demonstrationen der Fridays-for-Future-Bewegung konzentrieren sich auf klimapolitische Ziele. Aber das könnte sich schnell ändern, wenn das drängendste Problem der Jugend nicht mehr allein das Klima ist, sondern ihre anhaltend eingeschränkten Freiheitsrechte.

## PROTESTSZENARIEN

Es stellt sich nunmehr die Frage, ob die junge Generation neben kreativen neuen und digitalen Protestformen auch auf traditionelle Formen wie klassische Straßendemonstrationen zurückgreifen wird, so wie es die Fridays-for-Future-Bewegung getan hat. Denn nur, wenn sie das tut, kann sie in das etablierte, von den politischen Parteien getragene Machtgefüge des politischen Prozesses wirkungsvoll eingreifen. Wegen der Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie hat es solche Protestformen in den vergangenen anderthalb Jahren kaum gegeben. Die Mehrheit der Jugendlichen hat sich diszipliniert an die Kontaktbeschränkungen und andere Restriktionen gehalten. Was der Jugend nun fehlt, ist eine „Zielscheibe“ oder ein politisches „Feindbild“. So groß die Frustration mit der Politik ist, so ungeklärt ist die Frage nach den verantwortlichen „Schuldigen“. Auf die Frage, wer sich konkret hinter „der Politik“ verbirgt, wissen in unseren Interviews viele spontan keine Antwort und suchen sie irgendwo zwischen Rathaus, Kultusministerium und Bundestag.

Es ist deswegen durchaus ein **konstruktives Szenario** denkbar, in dem Jugendliche ihre politischen Forderungen zur Aufhebung der Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte im Dialog mit der Politik äußern und nicht in Form eines offenen Konflikts. Eine Voraussetzung dafür wäre, dass Politikerinnen und Politiker in sämtlichen Landesteilen junge Menschen auf verschiedenen Ebenen beteiligen, ihnen Perspektiven für ihre Bedürfnisse aufzeigen und sie dadurch von einem Aufbegehren oder einer Radikalisierung ihrer Forderungen abhalten. Hierfür ist es notwendig, dass sie aktiv auf junge Menschen zugehen und sich für deren Interessen einsetzen. Das heißt allerdings auch, dass bestehende Reibungspunkte auf den Tisch kommen und gewisse Fronten geklärt werden müssten. Für eine solche konstruktive Variante der Konfliktaustragung spricht, dass

- Jugendliche eine institutionalisierte Form der Beteiligung vermissen, sich also ein Sprachrohr wünschen, durch das ihre Forderungen in der Pandemie klar formuliert an die Politik getragen werden;
- der Jugend junge Führungspersönlichkeiten fehlen, die bereit wären, den Protest als „Kampf gegen das System“ anzuführen;
- junge Menschen häufig nachgeben, wenn sie sich im Kreis ihrer Familie gegen das Argument behaupten müssen, dass es ihnen doch „eigentlich gut“ geht und sie nur noch ein wenig Geduld haben müssen;
- die junge Generation überwiegend im Geist der Kooperation mit ihren Eltern aufgewachsen ist und Konflikte eher scheut.<sup>04</sup>

Alternativ wäre ein **destruktives Szenario** denkbar, wenn im Zuge von Bundestagswahl und gegebenenfalls Koalitionsverhandlungen die Interessen der jungen Generation bewusst hintergestellt werden, weil den Kandidatinnen und Kandidaten ihr Anteil an der wahlberechtigten Bevölkerung zu unwichtig erscheint. Wenn sich die Zukunftsperspektiven der Jungen daraufhin soweit verschlechtern, dass bei ihnen ein Gefühl

<sup>04</sup> Vgl. Hurrelmann/Schnetzer 2021 (Anm. 1).

von „wir haben eh nichts mehr zu verlieren“ eintritt, könnte es zu einer Verhärtung der Fronten kommen. Verschärfend könnte wirken, wenn der Jugend weiterhin sämtliche Rückzugsräume genommen werden. Aus einer solchen Lage, wenn Jugendliche keinen anderen Weg mehr sehen, um ihren Interessen Gehör zu verschaffen, könnte sich politischer Protest entwickeln, der auch gewaltsam ausgetragen wird. Für ein solches destruktives Szenario spricht,

- dass die bisherigen Antworten der Kommunen auf die feiernden Jugendlichen in Parks konsequent hart waren und die Jugend selbst in keiner Weise einbezogen wurde;
- dass sich trotz intensiver Berichterstattung über die alarmierenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die junge Generation bislang wenig bis nichts getan hat, um ihre Situation grundlegend zu verbessern.

Es ist aber durchaus auch möglich, dass die **Szenarien 1 und 2 parallel** eintreten, weil verschiedene Gruppierungen unabhängig voneinander ihren Protest auf unterschiedliche Weise austragen. Je nachdem, wie verzweifelt jemand ist, wird auch die Wahl der Protestform ausfallen. In unseren Studien zur Lage der Jugend in der Pandemie haben wir untersucht, bei welchen Gruppen innerhalb der jungen Generation der Frust besonders hoch ist.<sup>05</sup> Die höchste Unzufriedenheit über ihre aktuelle schulisch-berufliche Situation und die psychische Verschlechterung ihrer Gesundheit beklagen Studierende sowie Schülerinnen und Schüler. Besonders hart sind sozial Benachteiligte getroffen, die sich komplett abgehängt fühlen, weil sie es sich nicht leisten können, auf digitale Angebote zurückzugreifen. Die Krise trifft auch Auszubildende, dual Studierende und Berufstätige, doch im Gegensatz zu den vorgenannten Gruppen haben sie durch ein eigenes Einkommen und den Übergang ins Berufsleben bereits mehr Sicherheit und sorgen sich mehr, durch Protest ihre berufliche Situation und Perspektiven zu gefährden.

Die wahrscheinlichsten Hauptakteure in einem konstruktiven Konflikt sind Studierende sowie Schülerinnen und Schüler. Es ist die „Gene-

ration Greta“,<sup>06</sup> die mit Fridays for Future und Social Media ihre politische Schlagkraft entdeckt hat und durch ihren Protest mehr gewinnen als verlieren kann. Diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben sich von dem Gefühl emanzipiert, das Problem im System bei sich selbst zu suchen. Die destruktive Variante des gewaltbereiten Kampfes für Zukunftsperspektiven und Freiheitsrechte würde vermutlich eher von Jugendlichen gewählt werden, die durch die Pandemie besonders getroffen wurden und das Gefühl haben, weder Gehör zu finden, noch etwas zu verlieren zu haben.

## BETEILIGUNG AKTIVIEREN

Ein oft genannter Grund, warum junge Menschen nicht häufiger beteiligt werden, ist die Vermutung der Überforderung oder dass junge Menschen nicht bereit wären, sich zu beteiligen. Dass dieses Vorurteil nicht zutrifft und die Partizipation eher an der mangelnden Kompetenz der Organisatoren als am Willen der Jugend scheitert, haben zahlreiche erfolgreiche Beteiligungsprojekte eindrucksvoll bewiesen.<sup>07</sup> Auch die aktuelle IG Metall Jugendstudie zeigt, dass etwa zwei Drittel der 16- bis 27-jährigen Auszubildenden, Studierenden und Beschäftigten in Deutschland motiviert sind, sich für eine lebenswerte Zukunft zu engagieren.<sup>08</sup>

Junge Menschen stört in der Corona-Pandemie, dass sie bei politischen Entscheidungen, die sie betreffen, häufig nicht befragt werden. Da sie das Ergebnis dieser Entscheidungen überwiegend als mangelhaft und unbefriedigend wahrnehmen, bringen viele Jugendliche in den Interviews für unsere „Jugend und Corona“-Studie zunehmende Verärgerung sowie den Wunsch nach mehr Beteiligung zum Ausdruck.<sup>09</sup> Es ist verwunderlich, wie wenig Raum die deutsche Pandemie-Be-

<sup>06</sup> Vgl. Klaus Hurrelmann/Erik Albrecht, *Generation Greta. Was sie denkt, wie sie fühlt und warum das Klima erst der Anfang ist*, Weinheim 2020.

<sup>07</sup> Ein Beispiel ist etwa die gemeinnützige Bildungsinitiative „Rock Your Life“, in deren Rahmen Studierende sich organisieren, qualifizieren und engagieren, um benachteiligten Jugendlichen durch persönliches Coaching Perspektiven aufzuzeigen. Siehe [www.rockyourlife.de](http://www.rockyourlife.de).

<sup>08</sup> Vgl. IG Metall (Hrsg.), *IG Metall Jugendstudie Plan B – Datenreport* (Autor: Simon Schnetzer), Frankfurt/M. 2021, [www.igmetall.de/jugend/studie-plan-b](http://www.igmetall.de/jugend/studie-plan-b).

<sup>09</sup> Vgl. Hurrelmann/Schnetzer 2021 (Anm. 1).

<sup>05</sup> Vgl. Hurrelmann/Schnetzer 2021 (Anm. 1).

wältigung der Bevölkerung für Kreativität und Gründergeist zugesteht. Aus sogenannten Zukunftsgestalter-Workshops wissen wir, wie kreativ, konstruktiv und motiviert Jugendliche sein können, um für Probleme, die sie betreffen, Lösungen zu entwickeln und diese exemplarisch umzusetzen. Es überrascht teilweise selbst die Jugendlichen, wie wertvoll die Lösungen sind, die sie hervorbringen, wenn sie professionell angeleitet werden. So ist der von der Bundesregierung angestoßene Hackaton #WirVsVirus ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, was durch Beteiligung innerhalb kürzester Zeit an kreativem Potenzial freigesetzt und auf die Lösung von Problemen verwendet werden kann. Der Abschlussbericht des Projekts zeigt aber leider auch die Grenzen dieser Art von politischer Innovationsschmiede auf: Das Momentum von vielen Projekten verläuft sich rasch, weil die erarbeiteten Lösungen nicht in die Prozesse und Strukturen von Verwaltungen überführt werden.<sup>10</sup>

Doch es braucht gar nicht immer professionelle Workshops oder aufwändige Entwicklungsveranstaltungen: Der einfachste und wichtigste Schritt, um junge Menschen zu Zukunftsgestalterinnen und -gestaltern zu machen, besteht darin, ihnen zuzuhören und ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen – zwei einfache Dinge, die viele Jugendliche in der Pandemie vermisst haben. Und deshalb ist die Forderung genau danach die wichtigste, die sich an „die Politik“ beziehungsweise an die Politikerinnen und Politiker von der kommunalen bis zur Bundesebene richtet.

Im Rahmen unserer Studie „Junge Deutsche 2021“ haben wir über 1600 14- bis 39-Jährige in Deutschland befragt, welche Wünsche sie an Politik in Deutschland haben beziehungsweise was ihre Vertreterinnen und Vertreter unbedingt tun sollten. Die Antworten geben eine klare inhaltliche Orientierung.<sup>11</sup> Gewünscht werden mehrheitlich allgemein mehr politische Beteiligung und eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre; eine Modernisierung von Schulen und Schulsystem, sowohl was die digitale Infrastruktur als auch was die Lehrpläne und das entsprechend

ausgebildete Lehrpersonal angeht; eine ambitioniertere Klimaschutzpolitik, auch im Sinne der internationalen Gerechtigkeit; ein Umbau zu ökosozialen Wirtschaften, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten; sowie eine bessere Förderung des gesellschaftlichen Miteinanders, was mehr Offenheit für unterschiedliche Lebensmodelle und einen stärkeren Einsatz gegen jegliche Diskriminierung aufgrund äußerer Merkmale, Herkunft oder Religion umfasst. Zudem werden in der Studie Anregungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zusammengefasst, wie Politikerinnen und Politiker das Vertrauen der jungen Generation gewinnen können: Empfohlen werden unter anderem Ehrlichkeit und Authentizität, die aktive Einbindung der Bevölkerung in den politischen Diskurs und eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse der jungen Generation, um bei Zukunftsentscheidungen eine möglichst lange Haltbarkeit sicherzustellen.

In unserem Ermessen ist das erstrebenswerte Szenario die Form des konstruktiven Konflikts, in dessen Rahmen in kooperativer Weise die wichtigen Zukunftsbaustellen definiert und auch aus Sicht der jungen Generation beleuchtet werden. Um Politik nachhaltig zu gestalten und die Akzeptanz durch künftige Generationen zu sichern, ist es in dieser Krisensituation und gesellschaftlichen Umbruchphase wichtig, dass die Interessen junger Menschen in der Politik Berücksichtigung finden. Am Ende geht es nicht darum, dass eine jüngere Generation gegen eine ältere ausgespielt wird, sondern dass die legitimen Interessen aller Generationen berücksichtigt werden. Gerade die Jungen sehen hier aktuell ein großes Defizit und erwarten nach der langen Phase der Rücksichtnahme auf die Älteren, dass es nun an der Gesellschaft wäre, ihnen etwas zurückzugeben.

## FAZIT

Unsere Studien zeigen, dass die größten Belastungen infolge der Corona-Pandemie für die junge Generation in Deutschland in der Ungewissheit der künftigen Lebensplanung und im Gefühl eines umfassenden und allgemeinen Kontrollverlustes liegen. Diese psychischen und sozialen Belastungen wiegen weit schwerer als die finanziellen Einschränkungen und Wohlstandseinbußen, die Jugendliche ebenfalls hinzunehmen haben. Die Mehrheit der Jugendlichen hat sich trotz dieser schwierigen Lage solidarisch mit den Be-

**10** Vgl. DigitalService4Germany, Abschlussbericht #WirVsVirus Hackathon und Umsetzungsprogramm, Berlin 2021, <https://wirvsvirus.org>.

**11** Vgl. Simon Schnetzer, Junge Deutsche 2021. Zukunft neu denken und gestalten: Lebens- und Arbeitswelten der Generation Z & Y in Deutschland, Kempten 2021, S. 36f.

lastungen der mittleren und der älteren Generationen durch die Pandemie gezeigt, sich in andert-halb Pandemie-Jahren sehr diszipliniert an die Abstands- und Hygieneregeln gehalten und Einschränkungen ihrer Freiheiten hingenommen.

Angesichts dessen haben wir die Frage aufgeworfen, ob mit einem politischen Protest der jungen Generation zu rechnen ist, der darauf abzielt, sich größere Freiheitsspielräume für ein lebenswertes Leben und die persönliche Entfaltung (wieder) zu erobern. Wir kommen zu dem Schluss, dass der Eintritt des destruktiven Konfliktszenarios eher unwahrscheinlich ist. Auf-lehnungen gegen Polizeieinsätze, die in einigen Städten mit krawallartigen Aktionen verbunden waren, sind von ihrem Charakter her nicht als politische Demonstrationen aufzufassen, sondern eher als ohnmächtiger Protest sozial benachteiligter junger Leute. Diese Gruppe der jungen Generation hat es ebenso wie die Mehrheit der gut gebildeten, sozial integrierten und angepassten jungen Leute verdient, mit ihren Bedürfnissen und Interessen endlich in den politischen

Diskurs einbezogen zu werden. Unter ihnen sind viele, die sich bereits bei Fridays for Future engagiert haben und über auffällig gute Fähigkeiten verfügen, sich inhaltlich zu artikulieren und auch politisch-gestalterisch durchzusetzen. Das Ziel aller Bemühungen seitens „der Politik“ und ihrer Vertreterinnen und Vertreter sollte es deshalb sein, das latente Protestpotenzial in der jungen Generation konstruktiv aufzunehmen und durch ernstgemeinte Angebote in konstruktive politische Partizipation umzuwandeln.

**SIMON SCHNETZER**

ist Diplom-Volkswirt und arbeitet als selbstständiger Jugendforscher und Speaker.  
[mail@simon-schnetzer.com](mailto:mail@simon-schnetzer.com)

**KLAUS HURRELMANN**

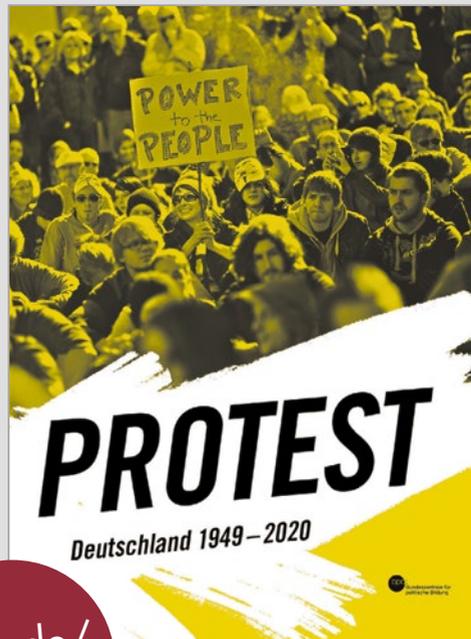
ist Professor of Public Health and Education an der Hertie School in Berlin.  
[hurrelmann@hertie-school.org](mailto:hurrelmann@hertie-school.org)

# Protest

## Deutschland 1949–2020

Protest ist ein öffentlicher Widerspruch – auf der Straße und im Internet, mit Plakaten und Petitionen, schweigend und mit Sprech-chören. Protest trägt dazu bei, die Gesell-schaft zu verändern. Ohne ihn gäbe es keine Demokratie.

Das neue Zeitbild stellt grundlegende Fragen: Wer protestiert wie und zu welchen Themen? Wie ist das Verhältnis von Protest zur Öffentlichkeit und wie seine Wirkung? Über 110 Beiträge und hunderte Bilder rufen wichtige Protestereignisse, die damit verbundenen Konflikte, engagierte Menschen und ihre Motivationen in Erinnerung. Der Band ermöglicht so einen umfassenden Blick auf Protest und seine Geschichte in Deutschland.



Bestell-Nr. 3934

# „WAS VIELE JUGENDLICHE ABFUCKT ...“

## Wie sollte Politik für die Jugend aussehen?

*Sabine Andresen*

In der Covid-19-Pandemie mussten Kinder und Jugendliche in Deutschland einmal mehr eine ernüchternde Erfahrung machen: nämlich, dass ihre altersspezifischen Interessen und Bedürfnisse in den politischen Entscheidungsprozessen nachrangig behandelt werden. Mediale Aufmerksamkeit erhielten vor allem diejenigen von ihnen, die sich trotz Kontaktbeschränkungen und Lockdown gruppenweise im öffentlichen Raum aufhielten und als Regelbrecher\*innen markiert wurden. Jüngere Kinder hingegen blieben in der Öffentlichkeit weitestgehend unsichtbar, und über sie wurde in den ersten Wochen der Pandemie auch kaum gesprochen.

Als Kindheits- und Jugendforscher\*innen ist uns daran gelegen, die Erfahrungen, Sichtweisen und Deutungen von Kindern und Jugendlichen in unseren Studien widerzuspiegeln. Durch die Kommunikation der Erkenntnisse wollen wir zudem einen Beitrag dazu leisten, dass junge Menschen gehört und gesehen, dass sie selbst und ihre Interessen in Entscheidungen einbezogen werden. Dieses Anliegen ist im Zuge der Pandemie besonders relevant geworden. Das Angebot des Forschungsverbands „Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit“ der Universitäten Frankfurt am Main und Hildesheim an Jugendliche und ihre Eltern, sich zwischen April und November 2020 an drei Online-Befragungen zu beteiligen, haben knapp 13 000 Jugendliche ab 15 Jahren und 25 000 Mütter und Väter mit Kindern unter 15 Jahren angenommen. Im Forschungsverbund haben wir diese hohe Beteiligung als Zeichen für einen gesellschaftlichen Mangel an Gehör und Anerkennung gewertet.

Die erste Erhebung richtete sich im April 2020 während des ersten „Lockdowns“ an Jugendliche ab 15 Jahren (JuCo I), die zweite von Ende April bis Anfang Mai 2020 an Eltern und deren Kinder (KiCo), die dritte im November 2020 zu Beginn des „Lockdowns light“ wiederum an Jugendliche und junge Erwachsene (JuCo II).<sup>01</sup> Ein für die Frage nach dem Verhältnis von Jugend und Po-

litik relevantes Ergebnis in beiden Jugendstudien ist der Eindruck der jungen Generation, dass sie bei politischen Entscheidungen während der Pandemie übergangen wird.

Der Zitatausschnitt im Titel dieses Beitrags stammt aus einem der knapp 2000 Kommentare am Ende des Fragebogens. Der vollständige Kommentar lautet: „Was viele Jugendliche abfuckt ist das man überhaupt nicht gehört wird, die Tagesschau spricht über Schüler jedoch werden nur die Meinungen von erwachsenen gezeigt aber nicht von denjenigen die es überhaupt betrifft (die Schüler).“<sup>02</sup> Dieser Eindruck, ignoriert zu werden und primär Einschätzungen der älteren Menschen zu hören, ist allerdings nicht neu, insofern trifft in diesem Punkt die Metapher von Corona als „Brennglas“ durchaus zu. Schon lange vor dem Ausbruch der Pandemie bewerteten Kinder und Jugendliche ihre Beteiligungsmöglichkeiten eher kritisch. In der Studie „Children’s World+“ von 2019 zum Beispiel problematisierten Jugendliche die abwertende Haltung von Erwachsenen, wobei sie ihren Eltern eher eine positive Einstellung zu Beteiligung bei Entscheidungen attestieren.<sup>03</sup> Es geht ihnen primär um die Haltung im öffentlichen Kontext und insbesondere seitens der politisch Verantwortlichen.

Woran sich eine „Politik für die Jugend“ – und dieser Begriff integriert in der folgenden Argumentation Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren – messen lassen muss, ist die Kernfrage dieses Beitrags. Ein erster Ausgangspunkt, auch in der internationalen Kindheits- und Jugendforschung, ist dabei die normativ geführte Diskussion über die Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen. Ohne eine Stärkung, so meine These, bleibt eine Politik für die Jugend Makulatur. Ich werde deshalb zunächst der Frage nach der seit vielen Jahren zu beobachtenden Abwehr gegenüber einer starken Verankerung von Kinder- und Jugendrechten ins Grundgesetz nachgehen. Daran anschließend geht es um ausgewählte Befunde aus der Kindheits- und Jugendforschung, die

Gestaltungshinweise für eine an den Rechten, Interessen und Bedarfen von Kindern und Jugendlichen orientierten Politik geben können.

## STÄRKUNG DER RECHTE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Die Aufnahme von Kinder- und Jugendrechten ins Grundgesetz ist zuletzt im Juni 2021 gescheitert. Zwar gab es einen Kabinettsbeschluss, der immerhin vorsah, „das Wohl des Kindes angemessen zu berücksichtigen“, aber letztlich konnten sich die im Bundestag vertretenen Parteien nicht darauf einigen.<sup>04</sup> Doch ohnehin wäre es wünschenswert, wenn das Kindeswohl bei politischen Entscheidungen nicht nur „angemessen“, sondern „vorrangig“ berücksichtigt werden müsste. Auch sollte das Recht auf Beteiligung explizit ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Denn letztlich sollte sich eine zeitgemäße Politik „für“ die Jugend an zwei Maßstäben messen lassen: erstens an der regelhaften und über Verfahren abgesicherten Beachtung der Bedarfe, Interessen und Pläne von Kindern und Jugendlichen sowie deren vorrangiger Berücksichtigung. Dies setzt ein echtes und langfristiges Interesse an der jungen Generation ebenso voraus wie die Bereitschaft, ihr zuzuhören und sie zu beachten. Zweitens sollte sich die Qualität einer Politik für die Jugend daran bemessen, wie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht und auf allen Ebenen etabliert wird. Dies erfordert Zeit und materielle Ressourcen für Beteiligungsprozesse und die Bereitschaft, Macht und Kontrolle zu teilen.

Die Forderung, die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf diese Weise zu stärken, stößt

nicht erst im Hier und Heute auf Zurückweisung. Vielmehr ist die Diskussion darüber von hartnäckigen Abwehrargumentationen durchzogen. Vier Narrative scheinen dabei besonders wirkmächtig zu sein: Erstens das einer unangemessenen Verantwortungsverlagerung von Erwachsenen auf Kinder; zweitens das einer Schwächung von Elternrechten; drittens das einer Abkehr von Erziehung; und viertens das der prinzipiellen Irrationalität von Entscheidungen und Handlungen in der Kindheits- und Jugendphase. Sie alle werden standardmäßig ins Feld geführt, wenn es darum geht, zivilgesellschaftliche Bestrebungen abzuwehren, die darauf zielen, eine an starken Kinder- und Jugendrechten orientierte Form der Generationengerechtigkeit zu etablieren.

Tatsächlich ließe sich jedes der vier Narrative argumentativ entkräften. Das Argument der **Verantwortungsverschiebung auf die Jüngsten**, denen es an Überblick und Kontrolle fehle, basiert auf einem angenommenen Gegeneinander und nicht einem Miteinander der Generationen. Beteiligungsformen auf allen Ebenen und bezogen auf alle Altersgruppen auf den Weg zu bringen, würde indes nicht weniger, sondern größere Verantwortung für die ältere Generation bedeuten, weil sich auch für sie Komplexität zunächst erhöht und Entscheidungs- und Handlungsprozesse anders moderiert werden müssen.

Die Vorstellung, dass Kinder und Jugendliche mehr sind als nur ein Teil von „etwas“, nämlich der Familie, hat sich offenbar ebenfalls noch nicht durchgesetzt. Sie als Rechtssubjekte anzuerkennen und anzusprechen, zielt aber keineswegs auf die **Abschaffung von Elternrechten**. Die Sorge, dass der Staat unbotmäßig in die Familie, in Eltern-Kind-Beziehungen und Erziehungsstile eingreifen könnte, erklärt sich vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Gleichwohl ist eine polarisierende Gegenüberstellung von Elternrechten hier und Kinderrechten dort höchst problematisch. Vielmehr wäre zu klären, ob und wie eine Stärkung der Kinderrechte in vielen Sachfragen – etwa in der Bildungspolitik, bei der Daseinsvorsorge oder in der Gesundheitspolitik – die Stellung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern gegenüber dem Staat verbessern könnte. Hinzu kommt, dass nahezu alle aktuellen Studien, in denen Kinder und Jugendliche befragt werden, zu dem Ergebnis kommen, dass die Familie eine wesentliche Basis für das allgemeine Wohlbefinden von Kindern

**01** Vgl. Sabine Andresen et al., Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo, Hildesheim 2020; dies., Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie, Hildesheim 2020; dies., „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“. Jugendalltag 2020, Hildesheim 2020; dies., Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe, Gütersloh 2021. Sämtliche Studien sind abrufbar unter <https://t1p.de/studien-corona>.

**02** Andresen et al., Erfahrungen und Perspektiven (Anm. 1), S. 12. Schreibweise im Original.

**03** Vgl. Sabine Andresen/Renate Möller, Children's Worlds+. Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Gütersloh 2019.

**04** Vgl. Kinderrechte vorerst nicht im Grundgesetz, 7.6.2021, [www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/kinderrechte-grundgesetz-113.html](http://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/kinderrechte-grundgesetz-113.html).

und Jugendlichen ist, die Mehrheit durchaus das Zusammenleben mit den engsten Angehörigen wertschätzt und sich häufig sogar mehr gemeinsame Zeit etwa mit den Vätern wünscht.<sup>05</sup>

Kinder und Jugendliche wünschen sich Erwachsene, die sich um sie und ihre Belange wirklich kümmern. Deshalb ist ein Plädoyer für die Stärkung ihrer Rechte nicht mit einer **Abkehr von Erziehung** gleichzusetzen. Erziehung ist wie Bildung als ein Recht zu verstehen. Denn der Mensch ist als soziales Wesen in einer komplexen Umwelt darauf angewiesen, dass ihm Dinge gezeigt und erklärt werden, dass Erfahrungen ermöglicht werden, ohne sich unnötigen Gefahren auszusetzen, dass über Richtiges und Falsches gesprochen, ja, dass überhaupt miteinander kommuniziert wird. Folglich führen Kinder- und Jugendrechte nicht zu einer antipädagogischen Abkehr von Erziehung. Allerdings schärft die kinderrechtstheoretische Orientierung den Blick für Situationen, in denen Erziehung zu einem Herrschaftsinstrument wird und Machtmissbrauch legitimiert. Vor diesem Hintergrund ist das in Deutschland erst im Jahr 2000 realisierte Recht des Kindes auf gewaltfreie Erziehung ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen, weil darüber auch Unrecht in Kindheit und Jugend thematisierbar wird.<sup>06</sup>

Besonders hartnäckig und kränkend ist das Narrativ der **Irrationalität von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozessen** beziehungsweise das Argument, man könne nicht darauf vertrauen, dass sie gut abwägen und vernünftig handeln. Jungen Menschen wird unterstellt, dass sie mit frei verfügbarer Zeit und eigenen finanziellen Mitteln ausschließlich nach Lust und Laune agieren würden. Abgesehen von der Frage, in welchem Maße diese Formen situativen oder lustvollen Vorgehens auch auf andere Altersgruppen zutrifft, hat doch gerade die Covid-19-Pandemie vor Augen geführt, in welcher hohen Maße Kinder und Jugendliche in der Lage sind, ihr Verhalten zu regulieren.

Die Kommentare von Jugendlichen in beiden JuCo-Studien verdeutlichen allerdings, dass ihre Bereitschaft zum Verzicht, ihr Einsatz zum

Wohl der Gemeinschaft und insbesondere zum Schutz besonders gefährdeter Menschen nur selten öffentlich durch politisch Verantwortliche anerkannt wurde. Darüber hinaus thematisierten die Teilnehmer\*innen in der Befragung im November 2020 (JuCo II), dass ihnen wenig angeboten wurde, um eigene Ängste, Verunsicherung oder Zukunftssorgen sichtbar zu machen. Einerseits beherrschte die Pandemie den öffentlichen Diskurs, andererseits fanden relevante Themen für Jugendliche in der Pandemie kaum Aufmerksamkeit. In einem Kommentar am Ende der Befragung wird die daraus resultierende Zerrissenheit wie folgt beschrieben: „Vielen geht es psychisch nicht gut und manchmal weiß ich nach einer Nachricht oder einem Anruf nicht, ob sie die nächste Nacht überstehen werden. Dann sitze ich da und hoffe. Hoffe, dass ich nicht hätte eigentlich zu diesen Personen fahren müssen, dass ich mich richtig entscheide, indem ich zu Hause sitzen bleibe, niemanden ‚gefährde‘. Ich fühle mich überfordert und schutzlos und irgendwie ein bisschen, als könnte ich nichts richtig machen. Wir jungen Menschen versuchen glaube ich ganz verzweifelt alles richtig zu machen, verantwortungsvoll zu handeln.“<sup>07</sup>

## MANGEL AN EINFLUSS AUF POLITIK

Kinder und Jugendliche haben keinen direkten Einfluss auf die Politik, und es gibt zahlreiche Belege dafür, dass auch ihre altersspezifischen Interessen und Bedürfnisse bislang nicht mal „angemessen“ berücksichtigt werden. Es stellt sich die Frage, ob es neben den beschriebenen Narrativen dafür weitere, auch strukturelle oder generationenspezifische Ursachen gibt. So könnte eine These lauten, dass die Demografie ein maßgeblicher Faktor ist, dass also die Interessen von Kindern und Jugendlichen vor allem in jenen Ländern kaum berücksichtigt werden, in denen die entsprechenden Altersgruppen in der Minderheit sind.

Die ersten deskriptiven Ergebnisse eines Vergleichs zwischen 34 Ländern im Rahmen der Studie „Children’s Worlds“ lassen allerdings Zweifel aufkommen, ob im Hinblick auf die Generationen Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse aussagekräftig genug sind, um Unterschiede subjektiver Zufriedenheit von Kindern und Jugendlichen

<sup>05</sup> Vgl. World Vision Deutschland e.V., *Kinder in Deutschland*, Weinheim 2018.

<sup>06</sup> Vgl. Sabine Andresen, *Gewalt in der Erziehung als Unrecht thematisieren. Perspektiven aus der Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs*, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 1/2018, S. 6–14.

<sup>07</sup> Vgl. dies., *Sprachlos im Stimmengewirr*, 26. 1. 2021, [www.taz.de/15745901](http://www.taz.de/15745901).

mit der Gesellschaft, in der sie leben, erklären zu können. Die von der Jacobs-Foundation in Zürich geförderte Studie basiert auf repräsentativen Ländererhebungen bei Kindern und Jugendlichen zwischen acht und zwölf Jahren und fragt nach deren Wohlbefinden, nach Zufriedenheit und dem Alltag in Familie, Schule, Nachbarschaft und Freizeit. Einbezogen sind außerdem Fragen zur Beziehungsqualität mit Gleichaltrigen, zu Zukunftsfragen und Kinderrechten. Zudem werden anhand erprobter psychometrischer Skalen Vergleiche zum subjektiven allgemeinen Wohlbefinden zwischen den beteiligten Ländern und innerhalb der einzelnen Länder möglich.<sup>08</sup>

Vergleicht man die Antworten von Zwölfjährigen in Deutschland, einem Land mit vergleichsweise niedriger Geburtenrate (2018: 1,57 Geburten pro Frau), mit den Antworten ihrer Altersgenoss\*innen in Israel, einem Land mit vergleichsweise hoher Geburtenrate (2018: 3,09), ergeben sich auf den ersten Blick durchaus Hinweise auf demografische Einflüsse. Während in Deutschland der Anteil derjenigen, die gar nicht zufrieden sind mit dem Zusammenleben in ihrer unmittelbaren Umgebung, bei 5,9 Prozent liegt, beträgt der Anteil in Israel 2,3 Prozent. In Deutschland sind 11,4 Prozent mit dem, was sie in der Schule lernen, sehr unzufrieden, in Israel sind es 8,9 Prozent. In Deutschland liegt der Anteil Zwölfjähriger, die ein niedriges allgemeines Wohlbefinden angeben, bei 3,7 Prozent, in Israel beträgt er 2,8 Prozent. Die Unterschiede mögen nicht groß erscheinen, gleichwohl könnte hieran anschließend geprüft werden, welche Maßnahmen in einem Land wie Deutschland mit seiner demografischen Entwicklung nötig wären, um eine überzeugende Politik für die Jugend zu realisieren.

Doch Demografie ist nur ein Faktor, und es müssen weitere Kriterien und Indikatoren hinzugezogen werden. Auch dafür geben internationale Vergleiche aufschlussreiche Hinweise. Der Anteil der Zwölfjährigen mit einem geringen allgemeinen Wohlbefinden liegt beispielsweise in Estland bei 7,1 Prozent und in Polen bei 7,2 Prozent, also

**08** Vgl. Gwyther Rees et al. (Hrsg.), *Children's Views on Their Lives and Well-Being in 35 Countries: A Report on the Children's Worlds Project, 2016–19*, Jerusalem 2020, <https://iscweb.org/wp-content/uploads/2020/07/Childrens-Worlds-Comparative-Report-2020.pdf>. Das allgemeine Wohlbefinden (*well-being*) bemisst sich dabei an sechs Items, darunter Zufriedenheit mit sich selbst, mit selbstbestimmter Zeit, mit positiven Zukunftsplänen und damit, wie freundlich Menschen mit einem umgehen.

deutlich höher als in Deutschland, und auch in diesen Ländern liegt eine vergleichsweise niedrige Geburtenrate vor (2018: 1,67 in Estland und 1,46 in Polen). In Estland und Polen ist aber der Anteil an Kindern und Jugendlichen besonders hoch, von denen ein oder beide Elternteile im Ausland arbeiten und über längere Zeiträume nicht mit ihren Kindern zusammenleben. Das geringere Wohlbefinden könnte also auch mit der Abwesenheit der Eltern zu tun haben und nicht mit der Demografie.

Diese ausgewählten und hier nur knapp skizzierten Befunde mögen dafür sensibilisieren, dass die Gestaltung einer Politik für die Jugend nicht nur von den Stimmen junger Menschen im eigenen Land profitieren würde, sondern gerade auch der internationale Vergleich weiterführende Perspektiven ermöglicht. Die Analyse des Datensatzes einer früheren Erhebung von „Children's Worlds“ in 15 Ländern durch ein Team aus Südkorea hat beispielsweise ergeben, dass ein positives Wohlbefinden insbesondere mit den Wahlmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zusammenhängt.<sup>09</sup> Wenn Kinder und Jugendliche über realistische Optionen verfügen, zwischen diesen entscheiden und selbstbestimmt handeln können, werden sowohl die objektive Lebenslage besser als auch das subjektive Empfinden höher bewertet als bei denjenigen, denen nur wenige Optionen angeboten werden. Dies ist an sich aber keine neue Erkenntnis, weshalb sich vielmehr die Frage stellt, warum die positive Wirkung von Wahlmöglichkeiten und Handlungsspielräumen in Kindheit und Jugend in Politik und Gesellschaft und vor allem auch in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen bislang so wenig Berücksichtigung gefunden hat.

## EINE FRAGE DER HALTUNG

Der zentrale Ausgangspunkt der Argumentation, dass junge Menschen sich kaum gehört, gesehen und beteiligt fühlen, lässt sich also einerseits durch Kindheits- und Jugendstudien empirisch belegen und andererseits normativ kritisieren. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene deuten diesen Sachverhalt als Mangel an Respekt und fordern eine andere Haltung von Erwachsenen – so etwa ein Expert\*innenteam aus Jugendlichen der Ber-

**09** Vgl. Bong Joo Lee/Min Sang Yoo, *What Accounts for the Variations in Children's Subjective Well-Being Across Nations? A Decomposition Method Study*, in: *Children and Youth Services Review* 80 C/2017, S. 15–21.

telsmann Stiftung (JEXTeam), nachdem es sich mit den in Deutschland erhobenen Daten für die Studie „Children’s Worlds+“ befasst hatte.<sup>10</sup> Im Rahmen dieser repräsentativen Studie wurden über 3400 Kinder und Jugendliche zwischen 8 und 14 Jahren in Schulen befragt, zudem wurden 24 qualitative Gruppendiskussionen mit diesen Altersgruppen sowie mit jüngeren Kindern unter 6 Jahren und Jugendlichen bis 20 Jahre geführt. Die Auswertung der qualitativen Daten ermöglichte dabei eine vertiefte Analyse von Erfahrungen und Wahrnehmungen im Generationenverhältnis.

(Mangelnde) Rechte, Erfahrungen mit (Nicht-)Beteiligung oder aber das Übergehen der eigenen Interessen kamen in den Gruppendiskussionen aller Altersgruppen zur Sprache. Kinder und Jugendliche gaben dabei an, dass es ihnen wichtig sei, den Anlass für eine Entscheidung zu erfahren – und welche Möglichkeiten sie haben, sich daran zu beteiligen, beziehungsweise ob das Ergebnis eines Entscheidungsprozesses tatsächlich offen ist. Die Teilnehmer\*innen der Gruppendiskussionen zeigten sich sensibel für Scheinbeteiligungen, die ihnen keine wirkliche Mitbestimmung eröffnen, und sie kritisierten, wenn ihr Wissen und ihre Meinung aufgrund ihres Alters nicht ernst genommen werden, „weil man jugendlich ist (...) Man sagt den Jugendlichen: Engagiert euch! Und wenn wir uns engagieren, dann sagen sie: Ihr habt doch eh keine Ahnung und was macht ihr da?! ... Okay, dann lassen wir es halt bleiben!“<sup>11</sup>

In der begleitenden Broschüre des Jugendexpert\*innenteams „Fragt uns“ wird das Narrativ irrationaler Entscheidungen und Handlungen von Kindern und Jugendlichen kritisiert: „Erwachsene begegnen Kindern und Jugendlichen oft abwertend. Viele Erwachsene meinen zu wissen, was das ‚Wohl des Kindes‘ ist. Sie hören nicht zu und vor allem: Sie trauen uns nichts zu. Wir haben viel zu oft gehört: ‚Wenn wir jetzt Kinder fragen, was sie zum guten Leben brauchen, dann wollen sie doch alle ein Handy‘ oder ‚Das wird dann doch ein Wunschkonzert‘. Das zeigt deutlich die Haltung vieler Erwachsener.“<sup>12</sup> Insbesondere bei der Diskussion über Kindergrundsicherung oder ein Teilhabegeld für Kinder tritt dieses

Narrativ immer wieder hervor. Die Forderung des Jugendexpert\*innenteams nach einer grundsätzlich veränderten Haltung von Erwachsenen bringt schließlich ein 16-Jähriger auf den Punkt: „Mir ist eigentlich egal, ob jemand Kinder und Jugendliche von oben herab behandelt oder ob er etwas Gutes ‚für‘ Kinder tun möchte. Das ist im Prinzip das Gleiche. Man nimmt uns nicht ernst. Es kommt darauf an, dass wir beteiligt werden.“<sup>13</sup>

An diese Aussagen anschließend stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten politischer Bildung, die Beteiligung junger Menschen zu thematisieren und einen Diskurs über mehr Generationengerechtigkeit zu fördern, in dem das Wohl von Kindern und Jugendlichen besser zur Geltung kommt. Jüngere fühlen sich in vielen anderen Bereichen im Einklang mit den Älteren, weshalb die Spaltung bei der Einschätzung von Gehör, Stimme und Beteiligung besonders auffällt.

### WENN DIE GANZE WELT ÜBER EINEN BESTIMMT

„Bei mir ist es so, die ganze Welt darf irgendwie immer über mich bestimmen. Jeder bestimmt über mich. Und wenn ich was nicht mache, rasten irgendwie immer alle aus. Ich verstehe es wirklich nicht. Ich war zu Hause, sollte ich mich ändern. In der Schule sollte ich auch anders sein, als ich zu Hause sein sollte. Also komplett anders. Dann in meiner alten Gruppe musste ich auch anders sein. Und das wird dann immer so weitergehen. Weil die immer wollen, dass ich anders bin als wie die anderen.“<sup>14</sup>

Dieses Zitat stammt aus einer Gruppendiskussion mit Zehnjährigen, die in einem großstädtischen Hort mit drei Jungen und drei Mädchen im Rahmen von „Children’s Worlds+“ geführt wurde. Die Kinder hatten zuvor unterschiedliche Erfahrungen damit besprochen, ob und wie sie innerhalb der eigenen Familie in Entscheidungen einbezogen werden und ob sie zu den „Bestimmer\*innen“ gehören. Das zitierte Kind thematisiert Ohnmacht, es erlebt die Erwartungen in Familie, Schule und Peergroup zudem als willkürlich, teilweise als widersprüchlich und beschreibt so die Erfahrung, fremdbestimmt zu sein. Das Augenmerk sei hier auf die Schlussfolgerung gerichtet, weil aus der Erfahrung in der Gegen-

<sup>10</sup> Vgl. Andresen/Möller (Anm. 3).

<sup>11</sup> Ebd., S. 45.

<sup>12</sup> JEXTeam, „Fragt uns“. Anmerkungen von jugendlichen Expert\*innen zur Studie Children’s Worlds+, Gütersloh 2019, S. 9.

<sup>13</sup> Ebd., S. 8.

<sup>14</sup> Andresen/Möller (Anm. 3), S. 50.

wart eine Zukunftsvision abgeleitet wird: „Und das wird dann immer so weitergehen.“ Das heißt, dieses Kind sieht in diesem Moment keine persönlichen Entscheidungs- und Handlungsspielräume oder Möglichkeiten einer selbstbestimmten Persönlichkeitsentwicklung. Auch wenn es nicht die „ganze Welt“ ist, die bestimmt, so gibt das Zitat doch Auskunft über ein Lebensgefühl junger Menschen.

Kinder und Jugendliche haben unterschiedlich ausgeprägte Vorstellungen von Politik, doch in den meisten Gruppendiskussionen stellen sie aus ihrer Lebensumwelt heraus gesamtgesellschaftliche Bezüge her und verweisen direkt oder indirekt auf Politik und Wirtschaft. Dafür steht das folgende Zitat eines zehnjährigen Mädchens: „Wenn man nicht mitbestimmen darf, weil, bei manchen Firmen, da bestimmen, also manche, die haben wirklich nur Geld und die wollen dann die Firma weitermachen und dann wollen halt ein paar nicht und dann dürfen nur die oberen Ränge mitentscheiden. Und wenn man dann selber keine Stimme hat, das ist dann schon blöd. Wenn die Firma dann schließt und man ist dann arbeitslos. Die anderen haben dann schon meistens einen Job, die weiter oben sind, in anderen. Und die unteren, die wissen gar nichts davon, auf einmal schließt die Firma. Deswegen finde ich es schon wichtig, dass man überhaupt Bescheid kriegt und dass man auch mitbestimmen darf.“<sup>16</sup>

Wenn wirtschaftlich oder politisch über andere entschieden wird und man selbst keine Stimme hat, „das ist dann schon blöd“. Dieses Mädchen problematisiert neben hierarchischen Verhältnissen insbesondere einen Mangel an Informationen und einen fehlenden Zugang zu Wissen. Um Entscheidungen gut begründet treffen zu können, muss man Bescheid wissen oder, wie die Zehnjährige es formuliert, „Bescheid kriegen“. Eine Grundlage für Bildung und Teilhabe in der Demokratie ist demnach aus Sicht von Kindern und Jugendlichen der Zugang zu den richtigen Informationen. Über diese zu verfügen, bedeutet noch nicht, diese im Sinne von Bildungsprozessen zu verarbeiten. Aber wir stellen in verschiedenen Studien immer wieder fest, dass Informationen und der Zugang dazu von jungen Menschen sowie von weniger privilegierten Personen aller Altersgruppen als eine Ressource gesehen werden,

über die sich Chancen verteilen: „Acht verdammte Stunden“ lerne er am Tag, so ein 18-jähriger Schüler, aber über die nötigen Kenntnisse, wie man soziale Unterstützung erhalte und wo und wie man sie beantragen müsse, verfüge er nicht.<sup>17</sup>

Eine Politik für Kinder und Jugendliche muss umfassende Beteiligungsmöglichkeiten schaffen und einen Beitrag dazu leisten, dass ihre Interessen und Bedarfe vorrangig Berücksichtigung finden. Dazu ist es nötig, die hartnäckigen Vorbehalte gegenüber Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu überwinden.

Für den Argumentationsgang dieses Artikels ist die auch in der Kindheits- und Jugendforschung vertretene Orientierung an starken Rechten für Kinder und Jugendliche zentral. Die Defizite bei der Beteiligung und vorrangigen Berücksichtigung von Bedarfen und Interessen wurden durch die Covid-19-Pandemie nochmals deutlicher vor Augen geführt. Die bislang vorliegenden empirischen Ergebnisse sogenannter Corona-Studien bestätigen einen lange bekannten Befund: In vielen Lebensbereichen fühlen sich Kinder und Jugendliche durchaus im Einklang mit älteren Menschen, doch bei Fragen ihrer Interessenvertretung, der umfassenden Beteiligung und der Anerkennung ihres Beitrags zum gesellschaftlichen Zusammenhalt fühlen sie sich zurückgesetzt. Vor diesem Hintergrund ist die Problematisierung der *Haltung* Erwachsener gegenüber Kinder- und Jugendrechten richtungweisend. Die vorgestellten hartnäckigen Narrative gegen eine Stärkung der Rechtsposition beziehungsweise gegen starke Kinderrechte im Grundgesetz sind mit Haltungswissen eng verbunden.

Davon ausgehend wäre eine konsequente Einbeziehung der Perspektive von Kindern und Jugendlichen und eine Art Monitoring, wie ihre Bedarfe und Interessen berücksichtigt werden, dringend geboten. Konzepte dafür liegen vor. Hier ermöglichen auch internationale Vergleiche neue Sichtweisen.

Es ist diese in Strukturen verfestigte Haltung, die, um den Bogen zum titelgebenden Zitat zu spannen, „viele Jugendliche abfuckt“.

#### SABINE ANDRESEN

ist Professorin für Familienforschung und Sozialpädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Vorsitzende der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs. [s.andresen@em.uni-frankfurt.de](mailto:s.andresen@em.uni-frankfurt.de)

<sup>15</sup> Ebd., S. 48.

<sup>16</sup> JEXTeam (Anm. 12), S. 14.

# WER DAZU GEHÖRT UND GEHÖRT WIRD

## Teilhabe im Jugendengagement

*Nina-Kathrin Wienkoop*

Hundert Tage vor der Bundestagswahl gingen am 18. Juni 2021 in über 30 deutschen Städten wieder zahlreiche Aktivist\*innen von Fridays for Future (FFF) auf die Straße, um lautstark für eine bessere Klimapolitik zu demonstrieren. Seit ihren ersten Großdemonstrationen steht die Bewegung sinnbildlich für eine Kehrtwende in der Wahrnehmung der Jugend und ihres politischen Engagements. Zu Beginn von FFF Deutschland waren am 15. März 2019 rund 300 000 vornehmlich junge Menschen zusammengesessen, um die von der schwedischen Schülerin Greta Thunberg initiierte Bewegung zu unterstützen. Mit ihrem 2018 begonnenen Schulstreik hatte die damals 15-Jährige binnen kürzester Zeit eine weltweite Mobilisierung von Jugendlichen in Gang gesetzt. FFF steht mittlerweile wie keine andere Bewegung für eine Generation, der Klimaschutz wichtig ist und die sich engagiert. Sie tut dies allerdings vor allem in Aktionsgruppen und losen Zusammenschlüssen, weit weniger in Parteien.

Sich in einer Partei zu engagieren und wählen zu gehen, sind die Kernelemente demokratischer Teilhabe, beide Partizipationsformen sind jedoch voraussetzungsabhängig: An Bundestagswahlen dürfen nur diejenigen teilnehmen, die aufgrund ihres Alters und ihrer Nationalität wahlberechtigt sind, also mindestens 18 Jahre alt und deutsche Staatsbürger\*innen sind. (Allein in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein können schon 16-Jährige an Landtags- beziehungsweise Bürgerschaftswahlen teilnehmen).<sup>01</sup> Etwa ein Drittel der unter 25-Jährigen in Deutschland hat einen Migrationshintergrund;<sup>02</sup> diejenigen von ihnen, die keinen deutschen Pass haben, sind somit vom Wahlrecht ausgeschlossen.<sup>03</sup>

Für das Mitwirken in Parteien bestehen diese Voraussetzungen nicht, dennoch ist die Beteiligung niedrig. Hierfür werden von Jugendlichen vor allem folgende Gründe genannt: zum einen die fehlende Identifizierung mit, zum anderen der erschwerte Zugang zu Parteien sowie die fehlenden Einflussmöglichkeiten innerhalb der Partei-

strukturen.<sup>04</sup> Hier wird deutlich, dass die eigene Identifikation heute relevanter ist als bei früheren Generationen, bei denen häufig die Parteizugehörigkeit der Eltern ein entscheidender Faktor für eigenes Parteiengagement war. Die anderen Barrieren sind bekannt: Um in einer Partei Mitglied zu werden, muss ein Beitrag entrichtet werden. Zwar gibt es für Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende vergünstigte Beitragsoptionen, nichtsdestotrotz bedarf es einer formalen Mitgliedschaft und einer gewissen monetären Verpflichtung. Darüber hinaus sind Parteien intern bisweilen weniger demokratisch, als zu erwarten wäre: Beziehungen prägen Positionen und die Artikulation von Interessen, sodass es als neues und zudem junges Mitglied schwer ist, sich Gehör zu verschaffen.<sup>05</sup> Ein prägnantes wie empörendes Beispiel hierfür bietet die CDU-Politikerin Diana Kinnert, die als junges Neumitglied bei einem CDU-Stammtisch für eine Kellnerin gehalten wurde.<sup>06</sup>

In Jugendvereinen und (Protest-)Aktionsgruppen gibt es dagegen meist keine oder nur wenige formale Kriterien zur Auf- und Teilnahme. Diese Formen der politischen Beteiligung gelten gemeinhin als niedrighemellige Formen der demokratischen Teilhabe, die für alle jungen Menschen leicht zugänglich sind. Um beispielweise bei FFF aktiv zu werden, reicht eine Nachricht über einen Messengerdienst aus, um mit der jeweiligen Ortsgruppe in Kontakt zu treten und kostenlos mitzuwirken.<sup>07</sup>

Bei näherer Betrachtung finden sich jedoch auch in diesen Arenen politischer Beteiligung Teilhabehürden. Selbst Proteste und Bewegungen sind nicht für alle jungen Menschen gleichermaßen zugänglich und sprechen auch längst nicht alle gleichermaßen an. Die Barrieren sind hier jedoch häufig informeller, obgleich sie ebenfalls von strukturellen Ausschlussmechanismen geprägt sind. Das zeigt sich besonders, wenn es um Repräsentations- und Machtpositionen geht. Das gilt zwar nicht nur für Proteste, Bewegungen und Vereine von und mit Jugendlichen, ist hier aber

besonders relevant. Denn kaum eine andere Lebensphase ist prägender für die eigene Identität als die Zeit des Erwachsenenwerdens.

## INFORMELL STATT INSTITUTIONELL

Aussagen über das Ausmaß des politischen Engagements junger Menschen in Deutschland waren lange Zeit wenig schmeichelhaft. Noch 2006 betitelte die jährliche Shell-Jugendstudie die junge Generation zwischen 14 und 27 Jahren als „pragmatisch“ und sagte eine zunehmend entpolitisierte „Generation Z“ voraus.<sup>08</sup> Seit den ersten Großdemonstrationen von FFF in Deutschland ist das Postulat einer politisch desinteressierten Jugend der „Generation Greta“ gewichen – einer Jugend, die ihre Interessen auf der Straße und in Medien kreativ und deutlich hörbar vertritt. Doch FFF ist nur das prominenteste Beispiel; junge Menschen sind vielfältig engagiert, mit einer Tendenz zur weiteren Ausdifferenzierung. Dies geschieht jedoch vor allem im informellen Bereich, weniger in bestehenden Institutionen.

Der Blick auf die Beteiligung bei Wahlen und das Engagement in Parteien als institutionell etablierte Formen der Teilhabe verdeutlicht diese Diskrepanz: Bei der Bundestagswahl 2017 lag die Wahlbeteiligung der 18- bis 24-Jährigen unter 70 Prozent und damit deutlich unter der Ge-

sambeteiligung von 76,2 Prozent.<sup>09</sup> Auch beim Parteiengagement zeigt sich weniger Beteiligung – insbesondere, wenn wir diese Partizipationsform mit anderen kontrastieren: Jede\*r Dritte 16- bis 20-Jährige hat bereits an einer Demonstration teilgenommen, aber nur etwa jede\*r Zehnte war schon mal in einer politischen Partei aktiv.<sup>10</sup>

Im Vergleich mit digitalen Aktionsformen zeigt sich der Unterschied noch deutlicher: Hier sind es mit 57 Prozent der 14- bis 22-Jährigen mehr als die Hälfte der Befragten, die schon mal an einer Onlineaktion oder Onlinepetition mitgewirkt haben, wie eine Studie des Bundesumweltministeriums zeigt.<sup>11</sup> Eine Hypothese zur Erklärung könnte lauten, dass es an der Kürze des Beteiligungsformats liege und junge Menschen weniger bereit seien, sich Organisationen verbindlich anzuschließen. Zahlen zur Jugendvereinsarbeit relativieren diese Interpretation jedoch: Eine Umfrage von 2018 ergab, dass rund 70 Prozent der Jugendlichen in Vereinen aktiv sind (Hierbei wurden jedoch alle Vereine, auch Sportvereine, mitgezählt und nicht nur solche, die explizit politisch sind).<sup>12</sup>

Der Vergleich der politischen Teilhabe über den Zeitverlauf zeigt die Veränderung des Protest- und Vereinsengagements selbst: Waren etablierte Jugendvereine früher die zentralen Akteure der Jugendverbandsarbeit, differenziert sich das Organisationsfeld seit mindestens einem Jahrzehnt stärker aus.<sup>13</sup> Wir erleben einen regel-

**01** Vgl. Art. 38 Abs. 2 Grundgesetz. Bis 1972 lag das aktive Wahlalter sogar bei 21 Jahren.

**02** Vgl. Susanne Lochner, *Zuwanderung nach Deutschland: Demografische Entwicklungen*, in: dies./Alexandra Jähnert (Hrsg.), *DJI-Kinder- und Jugendmigrationsreport 2020*, Bielefeld 2020, S. 6–46, [www.dji.de/themen/jugend/kinder-und-jugendmigrationsreport-2020.html](http://www.dji.de/themen/jugend/kinder-und-jugendmigrationsreport-2020.html). Grundlage ist die Definition des Statistischen Bundesamts, wonach Migrationshintergrund bedeutet, dass eine Person „selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde“. [www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html).

**03** Das betrifft in der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren rund eine Million Menschen. Vgl. Statistisches Bundesamt 2020, [www-genesis.destatis.de/genesis/online](http://www-genesis.destatis.de/genesis/online).

**04** Vgl. Nina-Kathrin Wienkoop/Ana-Maria Nikolas/Sabrina Zajak, *Jugend. Divers. Engagiert. Ausgeschlossen. Teilhabe von Jugendvereinen mit migrations- oder religionsbezogener Pluralität in der Jugendverbandsarbeit*, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, Berlin (i. E.).

**05** Zu den Auswirkungen fehlender interner Demokratie von Parteien vgl. William Cross/Scott Pruyers, *Sore Losers? The Costs of Intra-Party Democracy*, in: *Party Politics* 4/2019, S. 483–494.

**06** Vgl. Antje Sirleschtov, „Es gibt eindeutig ein Problem mit Sexismus“, 28. 9. 2016, [www.tagesspiegel.de/politik/umgang-mit-frauen-in-der-cdu-es-gibt-eindeutig-ein-problem-mit-sexismus/14615282.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/umgang-mit-frauen-in-der-cdu-es-gibt-eindeutig-ein-problem-mit-sexismus/14615282.html).

**07** Siehe [www.fridaysforfuture.de/mitmachen](http://www.fridaysforfuture.de/mitmachen).

**08** Vgl. Matthias Albert et al., *Die pragmatische Generation unter Druck: Probleme und Perspektiven*, in: Klaus Hurrelmann/Matthias Albert (Hrsg.), *Jugend 2006*. 15. Shell Jugendstudie, Frankfurt/M. 2006, S. 443–452.

**09** Vgl. Der Bundeswahlleiter/Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Heft 4, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen*, Wiesbaden 2018, S. 11.

**10** Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Blog zur Bundestagswahl 2021: Wie schauen junge Menschen in Deutschland auf die Rolle des Staates?*, Berlin 2021, S. 33, [https://dpart.org/wp-content/uploads/2021/04/FES\\_Blog-zur-Bundestagswahl-2021.pdf](https://dpart.org/wp-content/uploads/2021/04/FES_Blog-zur-Bundestagswahl-2021.pdf); Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (Hrsg.), *Zukunft? Jugend fragen! Umwelt, Klima, Politik, Engagement – was junge Menschen bewegt*, Berlin 2020, S. 27, [www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Pool/Broschueren/zukunft\\_jugend\\_fragen\\_studie\\_bf.pdf](http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/zukunft_jugend_fragen_studie_bf.pdf).

**11** Vgl. BMU (Anm. 10).

**12** Vgl. Renate Köcher/Wilhelm Haumann, *Engagement in Zahlen*, in: Anna Wiebke Klie/Thomas Klie (Hrsg.), *Engagement und Zivilgesellschaft*, Wiesbaden 2018, S. 15–105, hier S. 56.

**13** Vgl. Birgit Jagusch, *Praxen der Anerkennung*, Schwalbach/Ts. 2011.

rechten Gründungsboom von Projekten, Initiativen und Kollektiven von Jugendlichen. Anders als eingetragene Vereine nach deutschem Vereinsrecht ähneln viele Zusammenschlüsse in ihrer Netzwerkform jedoch stärker sozialen Bewegungen, die sich heute vor allem über Social-Media-Kanäle und Messengerdienste koordinieren.<sup>14</sup>

Neben der Vielfältigung der Formen des Engagements haben sich auch die Organisationsidentitäten diversifiziert, was letztlich den gesellschaftlichen Wandel widerspiegelt. So ist die Anzahl der Jugendvereine und Zusammenschlüsse von Vereinen, die sich bewusst als Jugendvereine mit migrations- oder religionsbezogener Pluralität positionieren, deutlich gestiegen. Zugleich haben sich diese selbst verändert: In den 1980er Jahren dominierten zunächst sogenannte Migrant\*innenjugendselbstorganisationen (MJSO) als Vertretungen junger Menschen mit Migrationsbezügen. Anknüpfend an die Erwachsenenvereine, die Migrant\*inselforganisationen (MSO), offenbarte der Name bereits ihre Entstehung aus ebenjenen Elternvereinen und verwies auf ihr Selbstverständnis als migrantisch. Ihr primäres Anliegen war es, die eigene kulturelle Identität auszuleben. Oftmals waren diese Vereine weit weniger in der Jugend(verbands)politik aktiv. Heute erleben wir hingegen junge Vereine, die sich als „neue deutsche“ oder „postmigrantische“ Organisationen verstehen. Sie erkennen ihre migrantischen, familiären oder eigenen Bezüge als prägend an, betonen aber zugleich ihre Dazugehörigkeit und die Transformation der Gesellschaft.<sup>15</sup>

Die skizzierte Entwicklung zeigt, dass die Jugendverbandsarbeit diverser geworden ist und innerhalb der bestehenden Strukturen Aushandlungen über Teilhabe geführt werden. Als Zwischenfazit lässt sich somit festhalten, dass junge Menschen in Deutschland stärker in informellen Zusammenhängen engagiert sind, mit der Aus-

nahme von Jugendvereinen, die insgesamt vielfältiger geworden sind. Die Schlussfolgerung, dass diese Teilhabeformate voraussetzungsfrei wären, verkennt aber die indirekten Teilhabebehörden, um die es im nächsten Abschnitt gehen soll.

## PROTESTE, BEWEGUNGEN, VEREINE: TEILHABE OHNE HÜRDEN?

Zwei Vorfälle aus den vergangenen Jahren zeigen, dass die Debatten um Diversität von aktuellen Jugendprotestbewegungen längst auch öffentlich geführt werden: So sorgte ein Pressefoto der Presseagentur Associated Press von Greta Thunberg und vier weiteren FFF-Aktivistinnen, die 2020 zum Weltwirtschaftsforum in Davos eingeladen worden waren, für eine leidenschaftliche Diskussion um Rassismus und Repräsentation, als herauskam, dass die ugandische Klimaaktivistin Vanessa Nakate, die einzige nicht-weiße Person auf dem Foto, „aus kompositorischen Gründen“ aus dem Bild geschnitten worden war.<sup>16</sup> Der andere Vorfall ereignete sich ein Jahr zuvor; hier ging es weniger um die mediale Darstellung und Wahrnehmung von FFF, sondern vielmehr um die Bewegung und ihren Charakter an sich. Für eine Demonstration im Mai 2019 hatte die Berliner Ortsgruppe den Rapper Chefket für ein Konzert angefragt, ihn kurz darauf aber wieder ausgeladen. Der Grund waren Bedenken wegen einer früheren Zusammenarbeit mit dem Gangsta-Rapper Xatar, wie Chefket ein Musiker mit Migrationsbiografie. Unter dem Schlagwort „White Days for Future“ entbrannte daraufhin eine Diskussion darüber, inwiefern die Bewegung die Lebensrealitäten junger Menschen mit Migrationsbezügen widerspiegelt und für sie zugänglich ist.<sup>17</sup>

Diese zwei Episoden deuten auf einen Umstand hin, der bei einer vielfaltssensiblen Betrachtung rasch deutlich wird: nämlich, dass auch für das Engagement in Bewegungen Hürden zu überwinden sind. Umfragen belegen, dass bestimmte Gruppen in sozialen Bewegungen wie FFF unterrepräsentiert sind: Bei einer Befragung von FFF-

**14** Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dritter Engagementbericht. Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter, Berlin 2020, als Bundestagsdrucksache 19/19320 abrufbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/19/193/1919320.pdf>.

**15** Wie eng die Frage des Selbstbildes von Organisationen mit unseren gesellschaftspolitischen Vorstellungen politischer Teilhabe und Zugehörigkeit verknüpft ist, zeigte sich vor einigen Jahren, als muslimische Vereine behördlich dazu aufgefordert wurden, sich ins Ausländervereinsregister einzutragen, obwohl fast jede\*r zweite in Deutschland lebende Muslim\*in Deutsche\*r ist. Viele von ihnen wurden somit leichtfertig „zu Fremden gemacht“. Rita Nikolow, Zu Fremden gemacht, 3. 10. 2013, <https://mediendienstintegration.de/artikel/muslim-gleich-einwanderer.html>.

**16** Vgl. Ihr habt einen ganzen Kontinent ausradiert, 26. 1. 2020, [www.faz.net/-16601865.html](http://www.faz.net/-16601865.html).

**17** Vgl. Ebru Tasdemir, Klima retten nur für weiße Deutsche, 23. 5. 2019, [www.taz.de/!5597614](http://www.taz.de/!5597614). Für eine weiterführende Beschäftigung mit dem Thema haben wir im Zuge der Diskussionsveranstaltung „Wie ‚weiß‘ sind die neuen Klimaproteste?“ (2019) eine Literaturliste zusammengestellt. Siehe [www.protestinstitut.eu/bewegungsgespraech-wie-weiss-sind-die-neuen-klimaproteste](http://www.protestinstitut.eu/bewegungsgespraech-wie-weiss-sind-die-neuen-klimaproteste).



Die FFF-Aktivistinnen Vanessa Nakate, Luisa Neubauer, Greta Thunberg, Isabelle Axelsson und Loukina Tille (von links) auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 24. Januar 2020. Aus dem zuerst von AP veröffentlichten Bild war Nakate herausgeschnitten worden. Siehe [https://twitter.com/vanessa\\_vash/status/1220852476355731458](https://twitter.com/vanessa_vash/status/1220852476355731458).

© picture alliance/Associated Press, Markus Schreiber

Demonstrant\*innen des Berliner Instituts für Protest- und Bewegungsforschung gaben 96 Prozent der Befragten an, in Deutschland geboren zu sein; 16 Prozent gaben wiederum an, einen Migrationshintergrund zu haben.<sup>18</sup> Wenn man bedenkt, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung unter 25 Jahren einen Migrationsbezug hat, ist die Diskrepanz hier nicht zu übersehen. Bis in die 2000er Jahre hinein waren Protestierende überdurchschnittlich oft jünger, gebildet, männlich und links. Heute zeigt sich bezüglich Geschlecht, Alter und politischer Selbsteinschätzung hingegen ein diverseres Bild. Auffallend ist jedoch, dass Protestierende besonders häufig aus der Mittelschicht kommen und in Deutschland geboren wurden.<sup>19</sup>

Letztlich setzen auch ehrenamtliches Engagement und die Beteiligung an Protesten bestimm-

te Fähigkeiten und Ressourcen voraus, wodurch manchen Menschen der Zugang erschwert wird. Zunächst bedarf es Zeit, um sich zu engagieren, sowie unter Umständen Geld, um Fahrten oder Materialien zu finanzieren. Zudem müssen Menschen von der Gelegenheit des Engagements erfahren, das setzt häufig deutsche Sprachkenntnisse, aber auch den Zugang zu Netzwerken voraus. Sich zu organisieren und seine Positionen einzubringen, bedeutet darüber hinaus, das Knowhow zu haben und auch den Habitus zu kennen, wie ich mich als Protestierende oder im Verein verhalte. Hier berichten junge Menschen mit Migrationsbezügen oder aus bildungsfernen Haushalten, dass sie sich in bestimmten Räumen unwohl fühlten und beispielweise nach ihrer „eigentlichen“ Herkunft gefragt werden.<sup>20</sup>

Neben der direkten Kommunikation untereinander werden auch in der Kommunikation nach außen nicht selten – bewusst oder unbewusst – bestimmte Personen stärker als andere angesprochen. So kritisierten Menschen mit familiären Bezie-

<sup>18</sup> Vgl. Moritz Sommer et al., Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, Institut für Bewegungs- und Protestforschung, IPB Working Paper 2/2019, [www.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2021/03/ipb-working-paper\\_FFF\\_final\\_online.pdf](http://www.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2021/03/ipb-working-paper_FFF_final_online.pdf).

<sup>19</sup> Vgl. Britta Baumgarten/Dieter Rucht, Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ einzigartig oder typisch?, in: Frank Brettschneider/Wolfgang Schuster (Hrsg.), Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz, Wiesbaden 2013, S. 97–125.

<sup>20</sup> Vgl. Yonca Dege et al., Wer kann mitmachen?, Juni 2021, [https://dpart.org/wp-content/uploads/2021/06/WKM\\_Launchbericht\\_Layout\\_finale\\_Version.pdf](https://dpart.org/wp-content/uploads/2021/06/WKM_Launchbericht_Layout_finale_Version.pdf).

hungen in Länder des Globalen Südens die „5 vor 12“-Rhetorik führender FFF-Aktivist\*innen als realitätsfern und eurozentrisch, da in vielen Staaten die Auswirkungen des Klimawandels schon heute verheerend und lebensverändernd seien.<sup>21</sup> Bei Protestaktionen kommt erschwerend hinzu, dass Menschen, die von außen als „anders“ oder „fremd“ gelesen werden, potenziell verstärkt Rassismus oder Repressionen ausgesetzt sind. Dieser Aspekt trifft umso mehr bei disruptiven Taktiken zu, wie sie beispielweise die Klimaaktivist\*innen von Extinction Rebellion einsetzen. Straßenblockaden oder andere Formen gewaltlosen, aber störenden zivilen Ungehorsams führen deshalb nicht selten zu einer fehlenden Beteiligung bestimmter Gruppen.<sup>22</sup>

Noch stärker treten die fehlenden Zugänge bei Repräsentations- und Vorstandspositionen auf, so dass die Gesichter von Bewegungen und Vereinen weit weniger Vielfalt repräsentieren, als gesellschaftlich vorhanden ist. Die ungleiche Teilhabe ist hier nicht nur auf Individual- sondern auch auf Organisationsebene erkennbar. In den zentralen Interessenvertretungen der Jugendverbandsarbeit wie den Jugendringen oder den Jugendhilfeausschüssen sind Organisationen mit diversen Bezügen nur randständig oder gar nicht vertreten.<sup>23</sup> Zwar hat sich ein Bewusstsein für das Thema Vielfalt und Teilhabe entwickelt, und einige etablierte Vereine und Verbände haben sich interkulturell und diversitätsbewusst geöffnet, aber die Besetzungspraxis in jugendverbandspolitischen Entscheidungs- und Einflusspositionen hat sich kaum verändert. Auf der einen Seite ist die Anzahl an Vereinen von Jugendlichen mit Migrationsbezügen in Jugendringen von 2009 bis 2015 konstant gestiegen, auf der anderen Seite stagniert sie seit 2015.<sup>24</sup> Da überrascht es nicht, dass viele interkulturelle Vereine sich zu eigenen Bündnissen zusammengeschlossen haben.<sup>25</sup> Ähnliches lässt sich im Falle von FFF fest-

stellen: In Berlin haben sich Klimaaktivist\*innen zu einem eigenen „Black Earth Kollektiv“ mit einem intersektionalen Verständnis für Klimagerechtigkeit zusammengeschlossen, statt sich bei der örtlichen FFF-Ortsgruppe zu organisieren.<sup>26</sup>

Obwohl es in Deutschland viel junges Engagement und eine große Vielfalt an Vereinen und Bewegungen gibt, bestehen auch hier ungleiche Teilhabezugänge. Anders als bei Parteien und Wahlen sind die Barrieren indirekter und informeller, führen aber nichtsdestotrotz zu Parallelstrukturen statt zu einem Wandel etablierter Interessen- und Vereinsvertretungen oder Repräsentationsfunktionen.

## VORBILDER GESUCHT

Blicken wir auf Best-Practice-Beispiele von Vereinen, Institutionen und Organisationen, denen dieser Wandel gelungen ist, dann stellen wir fest, wie stark er – zumindest zu Beginn – von einzelnen Menschen abhängt. Meist erkämpfen sich Einzelne als Erste eine zentrale Position und fungieren danach als Vorbilder, zum Beispiel als Schlüsselfiguren in Jugendbewegungen. Vorbilder haben nicht nur symbolischen Wert, sondern befähigen andere junge Menschen, ihnen zu folgen. Dies führt nicht selten dazu, dass auch nachfolgende Positionen neu besetzt werden.<sup>27</sup>

Solche „Gesichter nach außen“ sind oft entscheidend für die Reichweite, wer angesprochen und mobilisiert wird. Bei der ersten Demonstrationsbefragung der FFF-Aktivist\*innen in Deutschland zum Beispiel gaben rund 65 Prozent der Beteiligten an, dass Greta Thunberg einen maßgeblichen Einfluss auf ihre Teilnahmentscheidung hatte.<sup>28</sup> Wenngleich ihre Bedeutung für die Mobilisierung im Zeitverlauf abnahm, spielen solche Symbolfiguren eine wichtige Rolle für die Ansprache von neuen Unterstützer\*innen. Wenn sich (junge) Menschen mit den Personen, die für eine Bewegung oder einen Verein stehen, identifizieren, sind sie eher gewillt, sich selbst zu engagieren.

Mit Blick auf den Status quo der Jugendverbandsarbeit in Deutschland ist es umso überras-

**21** Vgl. Imeh Ituen, „Nicht alle sitzen im selben Boot“, 10. 8. 2020, [www.taz.de/15701838](http://www.taz.de/15701838).

**22** Vgl. Gurmeet Singh, Extinction Rebellion Needs More Working Class and POC Voices, 19. 10. 2019, [www.fairplanet.org/editors-pick/extinction-rebellion-needs-more-working-class-and-poc-voices](http://www.fairplanet.org/editors-pick/extinction-rebellion-needs-more-working-class-and-poc-voices).

**23** Vgl. Wienkoop/Nikolas/Zajak (Anm. 4).

**24** Vgl. Mike Seckinger et al., Jugendringe – Kristallisationskerne der örtlichen Jugendarbeit, München 2012.

**25** Beispiele sind die Arbeitsgemeinschaft Interkultureller Jugendvereine (AGIJ) in Hamburg, der Jugendmigrationsbeirat (JMB) in Berlin oder der bundesweite Zusammenschluss der neuen deutschen Organisationen (ndo), der auch zahlreiche Jugendvereine als Mitglieder zählt.

**26** Siehe [www.blackearthkollektiv.org](http://www.blackearthkollektiv.org); Stefan Hunglinger, Klimagerechtigkeit intersektional denken, [www.taz.de/1171703](http://www.taz.de/1171703).

**27** Vgl. Nina-Kathrin Wienkoop, Weg vom Katzentisch. Teilhabe und Vielfalt im (jungen) Engagement, in: Anne-Marie Brack/Annette Schlicht (Hrsg.), Nur mit uns. Stimmen für eine vielfältige Politik, Bonn 2021, S. 48–51.

**28** Vgl. Sommer et al. (Anm. 18).

schender, dass die Bedeutung der ersten Engagementerfahrungen für spätere politische Beteiligung und demokratische Teilhabe von Forschung und Politik kaum beachtet wird. Dabei belegen Studien aus anderen Ländern eindrücklich, wie prägend erste Beteiligungserfahrungen sind. Am Beispiel ehrenamtlicher schulischer Aktivitäten wurde etwa aufgezeigt, dass sie eine wichtige Rolle für den eigenen Sozialisationsprozess und die spätere Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme spielen.<sup>29</sup> Ähnliches zeigte sich auch beim Freiwilligenjahr, das Jugendliche noch lange prägt und positiv zu späterem Engagement beiträgt.<sup>30</sup> Entgegen der oftmals negativen Darstellung „unproduktiver“ freier Zeiten ohne Schule oder Arbeit haben junge Menschen gerade in diesen Phasen die Möglichkeit, sich zu entwickeln, auszuprobieren und sich auszutauschen.<sup>31</sup> Denn auf Jugendfahrten, in Ortsgruppen von Bewegungen oder in Protestkollektiven wird argumentiert, gestritten und häufig auch in Gemeinschaften entschieden – und bestenfalls erlebt, dass die eigene Stimme zählt. Auch das Gefühl der eigenen Zugehörigkeit wird entscheidend und positiv geprägt, wie Studien aus Australien zu Ehrenamtserfahrungen von Jugendlichen mit Migrationsbezügen zeigen.<sup>32</sup>

## AUSBLICK

Im Bundestagswahljahr 2021 steht die Beteiligung an Wahlen als Form der politischen Teilhabe im Vordergrund. Mit Blick auf die demografische

**29** Vgl. Seth Brown/Peter Kelly/Scott K. Phillips, *Belonging, Identity, Time and Young People's Engagement in the Middle Years of School*, Basingstoke 2020; Lars Heinemann/Felix Rauer, *Identität und Engagement: Konstruktion eines Instruments zur Beschreibung der Entwicklung beruflichen Engagements und beruflicher Identität*, A+B Forschungsberichte 1/2008, [www.ibb.uni-bremen.de/files/upload/documents/publications/AB\\_01.pdf](http://www.ibb.uni-bremen.de/files/upload/documents/publications/AB_01.pdf).

**30** Vgl. Bianca Marinica/Oana Negru-Subtricia, *Relationships Between Volunteering Functions and Vocational Identity in Emerging Adult Volunteers*, in: *International Journal for Educational and Vocational Guidance* 3/2020, S. 591–611.

**31** Vgl. Sara Moreno-Colom et al., *Neither Studying Nor Working: Free Time as a Solution*, in: *Journal of Youth Studies* 2020, DOI: 10.1080/13676261.2020.1784857.

**32** Vgl. Liudmila Kirpitchenko/Fethi Mansouri, *Social Engagement Among Migrant Youth: Attitudes and Meanings*, in: *Social Inclusion* 2/2014, S. 17–27.

**33** Vgl. Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung (Hrsg.), *Jung, digital engagiert? Welche Rolle „Online“ im politischen Partizipationsmix junger Menschen in Deutschland spielt*, Hamburg 2021, [www.helmut-schmidt.de/fileadmin/Aktuelles/Aktuelles\\_Veranstaltungen/BKHS\\_Blickwinkel\\_01\\_2021.pdf](http://www.helmut-schmidt.de/fileadmin/Aktuelles/Aktuelles_Veranstaltungen/BKHS_Blickwinkel_01_2021.pdf).

Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft wird die junge Bevölkerung aber selbst mit hoher Beteiligungsquote kaum eine Chance auf eine größere parlamentarische Repräsentation ihrer Interessen haben. Wie es aussieht, werden Parteien auch in nächster Zukunft junge Menschen mit ihren strukturellen und diskursiven Teilhabehürden eher abschrecken. Stattdessen wird die Anzahl der engagierten Netzwerke, die on- und offline Beteiligung kombinieren, weiter zunehmen.<sup>33</sup> Vor dem Hintergrund der Entwicklungen der vergangenen Jahre ist davon auszugehen, dass Online-Aktivismus, Protestaktionen und Vereinsengagement weiterhin die zentralen Formen der politischen Teilhabe bleiben.

Dass auf der einen Seite junges Engagement außerhalb etablierter Institutionen und Organisationen immer vielfältiger wird, auf der anderen Seite aber diese Diversität häufig nicht zu Veränderungen bestehender Strukturen, Gruppen und Repräsentationen führt, ist ein Paradoxon, das zwei Seiten derselben Medaille zeigt. Junge Menschen, die von etablierten Organisationen nicht angesprochen werden oder sich dort nicht verorten können, gründen vermehrt ihre eigenen Interessenvertretungen. Umso entscheidender ist es, dass Forscher\*innen die Hürden für Engagement und Einfluss verstärkt in den Vordergrund rücken und die (Jugend-)Politik Voraussetzungen schafft, diese abzubauen. Hier braucht es eine proaktive Politik, die die Bedeutung der ersten Erfahrungen junger Menschen mit politischem Engagement in ihrer Bedeutung erkennt und die entsprechenden Möglichkeiten dazu verstärkt und diversitätsbewusst fördert. Die Notwendigkeit zur interkulturellen Öffnung wird bislang vor allem von Aktivist\*innen und Engagierten selbst thematisiert. Die Bedeutung solcher Zugänge zur Teilhabe und Repräsentation für den Zusammenhalt in unserer postmigrantischen Gesellschaft ist jedoch kaum zu überschätzen und verdient insbesondere im Jugendengagement wesentlich größere Aufmerksamkeit.

## NINA-KATHRIN WIENKOOP

ist promovierte Politikwissenschaftlerin und leitet die Programmlinie Demokratie und Gesellschaft bei der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung in Hamburg.

[n.wienkoop@helmut-schmidt.de](mailto:n.wienkoop@helmut-schmidt.de)

# PROTEST ALS RESSOURCE?

## Jugendprotest und soziale Bewegungen als Räume politischer Bildung

*Christian Lüders*

Im Mittelpunkt des im Herbst 2020 veröffentlichten 16. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung stehen unterschiedliche Räume politischer Selbstbildung. Neben weitgehend pädagogisch institutionalisierten Räumen wie dem Kindergarten, der Schule, den Angeboten der beruflichen Bildung, der Kinder- und Jugendarbeit, den Hochschulen und den Freiwilligendiensten, um nur ein paar zu nennen, geht die Sachverständigenkommission im Bericht auch auf Jugendkulturen und soziale (Protest-)Bewegungen ein.<sup>01</sup>

Politische Bildung wird von den Autor\*innen des 16. Kinder- und Jugendberichts als ein von Subjekten – in diesem Kontext also von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – „getragener Prozess der Herausbildung von Mündigkeit, der sich an demokratischen Grundwerten wie Menschenwürde, Gerechtigkeit, Gleichheit, Frieden, Solidarität, Emanzipation und Freiheit orientiert“, begriffen. Dem liegt ein Politikverständnis zugrunde, wonach Politik die „Gesamtheit der Aktivitäten und Strukturen [ist], die auf die Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen in und zwischen Gruppierungen von Menschen abzielt“.<sup>02</sup>

Verknüpft mit einem prozeduralen Verständnis von Demokratie, wonach „Demokratie in ihrer konkreten Erscheinungsform historisch geworden ist und immer neu ausgehandelt wird“, verstehen die Sachverständigen – auch angesichts der Geschichte des Praxisfeldes und des Standes der Fachdiskussion – politische Bildung als unauflösbar an demokratischen Prinzipien und Werten orientiert: „Die Kommission verwendet daher das im deutschen wissenschaftlichen und praxisbezogenen Diskurs anerkannte Konzept der Politischen Bildung, auch wenn dieser Begriff vielfach durch spezifische Akzentsetzungen der Demokratiebildung und der Demokratiepädagogik Ver-

wendung findet (...).“<sup>03</sup> Bewusst wird dabei auf ein klassisches Verständnis von Bildung im Sinne der Selbstkonstruktion des Subjektes,<sup>04</sup> also im Sinne von Selbstbildung, rekurriert, während man gegenüber Top-Down-Vorstellungen der Vermittlung von Demokratie eher Distanz wahr.

Die Idee, heterogene soziale Räume<sup>05</sup> zum architektonischen Prinzip des Berichts zu machen, verdankt sich der Einsicht, dass politische Bildung junger Menschen in den jeweiligen Kontexten des Aufwachsens auf sehr unterschiedliche Art stattfindet, gefördert und ermöglicht oder gegebenenfalls auch verhindert wird. Schon ein kursorischer Gang durch die im Kinder- und Jugendbericht explizit in den Blick genommenen Räume verdeutlicht, dass es sich in den meisten Fällen um von professionellen Fachkräften gestaltete pädagogische Konstellationen handelt. Ein Sonderfall sind die Angebote der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit, weil dort neben dem hauptamtlichen Personal vor allem ehrenamtlich Engagierte die Angebote ermöglichen. Nicht durch professionelle Fachkräfte geprägt sind hingegen der private Raum Familie, zu weiten Teilen die digitalen Welten – obwohl es auch dort entsprechende professionelle Angebote gibt – und eben die sozialen (Protest-)Bewegungen und Jugendkulturen.

Würde man den bekannten Dreiklang von formalen, non-formalen und informellen Bildungsprozessen heranziehen, müssten die zuletzt genannten Räume sicherlich der dritten Kategorie, den informellen Bildungskontexten, zugeschlagen werden. In diesem Sinne führt der 16. Kinder- und Jugendbericht durch die Aufnahme eines eigenen Kapitels zu von jungen Menschen getragenen Protesten, sozialen Bewegungen und Jugendkulturen von Beginn vor Augen, dass politische Bildung eben nicht nur in den professionellen Settings stattfindet, sondern auch in non-formalen und vor allem auch informellen Kontexten.

## FOKUS: JUGENDKULTUREN UND SOZIALE (PROTEST-) BEWEGUNGEN

Wenn man unterschiedliche Räume politischer Bildung in den Blick nehmen möchte – vor allem in Abhebung zu den institutionalisierten professionellen bildenden Kontexten –, ist es durchaus naheliegend, von jungen Menschen getragenen sozialen (Protest-)Bewegungen und Jugendkulturen ein eigenes Kapitel zu widmen. Zugleich hat sich die Kommission damit ein anspruchsvolles Programm gegeben und ein breites Spektrum unterschiedlicher Gruppierungen und Bewegungen in den Blick genommen, sodass erstens genauer differenziert werden muss – etwa im Hinblick auf Strukturen, Aktionsformen und Reichweiten – und sich zweitens die Frage stellt, ob und in welcher Weise diese Gruppierungen jeweils überhaupt Räume politischer Bildung im Sinne des Kinder- und Jugendberichts sind. So ist beispielsweise bei bestimmten nationalistischen und rechtsextremen Gruppierungen – ebenso wie bei einigen Gruppierungen auf der anderen Seite des politischen Spektrums – eine Orientierung an demokratischen, humanistischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nicht erkennbar.<sup>06</sup>

**01** Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 16. Kinder- und Jugendbericht (KJB). Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin 2020, als Bundestagsdrucksache 19/24200 abrufbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/19/242/1924200.pdf>. Das entsprechende Kapitel ist mit „Proteste, soziale Bewegungen und Jugendkulturen“ überschrieben. Im Zentrum stehen dabei vorrangig von Jugendlichen und jungen Erwachsene getragene Szenen, Kulturen, Protestaktionen und Bewegungen. Der besseren Lesbarkeit willen ist im Folgenden meist von Jugendkulturen und sozialen (Protest-)Bewegungen die Rede.

**02** Ebd., S. 527, S. 108. Ein derartiges weites Politikverständnis ist auch in der auf Jugendliche bezogenen Fachdiskussion keineswegs selbstverständlich. Vgl. etwa den Sammelband Aydin Gürlevik/Klaus Hurrelmann/Christian Palentien (Hrsg.), *Jugendpolitik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen*, Wiesbaden 2016, in dem ein deutlich engerer Politikbegriff, stark orientiert an formalisierten Verfahren und Strukturen, dominiert.

**03** KJB (Anm. 1), S. 110, S. 128f.

**04** Vgl. Heinz-Elmar Tenorth, *Die Rede von Bildung. Tradition – Praxis – Geltung. Beobachtungen aus der Distanz*, Berlin 2020.

**05** Soziale Räume werden dabei nicht als geophysikalische Orte verstanden, sondern als durch die sozialen Praxen der Beteiligten definierte Räume. Es geht also um soziale Praxen und dabei entstehende Strukturierungen. Vgl. Martina Löw, *Raumsoziologie*, Frankfurt/M. 2001.

**06** Vgl. den Abschnitt zur Identitären Bewegung Deutschlands in: KJB (Anm. 1), S. 287–291.

In Bezug auf die vielfältigen Ausdrucksformen von Jugendkulturen und -szenen gilt nach wie vor, was die Erziehungswissenschaftlerin Nicolle Pfaff vor einiger Zeit formuliert hat: Es gibt eine „Vielzahl jugendkultureller Ausdrucksformen, deren ‚politischer Gehalt‘ im Auge des Betrachters liegt, d.h. je nach Perspektive anders bestimmt wird.“<sup>07</sup> Mit anderen Worten: Es hängt stark von dem zugrunde gelegten Politikverständnis ab, welche Antworten man gewinnt, wenn man die Bedeutung politischer Bildung im Kontext von Jugendkulturen und sozialen (Protest-)Bewegungen diskutiert.

Auf Grundlage des erwähnten weiten Politikverständnisses stellt die Kommission zunächst fest, dass in den in Rede stehenden Kontexten „die jungen Menschen (...) durch ihre Aktivitäten und ihr Handeln erst den Raum [erschaffen], in dem sie sich artikulieren und in dem sich politische Bildungsprozesse vollziehen können. Die Zugehörigkeit der Akteure zum jeweiligen Raum ergibt sich durch eben jenes gemeinsame Handeln in der Öffentlichkeit, womit sich die jungen Menschen automatisch im Raum des Politischen befinden. Während sie sonst aus dieser Sphäre überwiegend ausgeschlossen sind, ermächtigen sie sich als Akteure sozialer Bewegungen und Protestformen selbst als legitime Sprecherinnen und Sprecher über politische Inhalte.“<sup>08</sup>

Betont werden dabei die zentralen Prinzipien der Offenheit und Freiwilligkeit und die Besonderheit, „dass sie – im Gegensatz zu den institutionell überformten Räumen – beständig oszillieren, sich in einem Zustand der Unruhe, der Bewegung befinden. Gelegenheiten zum Innehalten, zur Distanzierung, Kontemplation und Reflexion, die für (politische) Bildungsprozesse gleichfalls wichtig sind, werden durch die ständige Veränderung und Aktivität im Raum vielfach eingeschränkt.“<sup>09</sup>

Zugleich muss ergänzt werden, dass die hier im Zentrum stehenden Szenen und Bewegungen nicht nur in Teilen durch Erwachsene vordefiniert sind, sondern dass sie auch eingebettet sind durch gesellschaftliche – also von Erwachsenen dominierten – Normen, Strukturen und Verfahren. „Die jungen Menschen können in der Öffentlich-

**07** Nicolle Pfaff, *Jugendkultur und Politisierung. Eine multimethodische Studie zur Entwicklung politischer Orientierungen im Jugendalter*, Wiesbaden 2006, S. 65.

**08** KJB (Anm. 1), S. 271.

**09** Ebd.

keit eben nicht primär als Gleiche unter Gleichen auftreten (...), sondern müssen sich gleichzeitig gegen die Bevormundung jener zur Wehr setzen, die über ein umfangreicheres Repertoire an Bürgerrechten verfügen. So sind beispielsweise das Wahlrecht, das Recht auf Mitgliedschaft in Parteien oder auf Demonstrationsanmeldung an bestimmte Altersgrenzen gebunden.“<sup>10</sup>

Schaut man etwas genauer hin, ergibt sich ein differenziertes Bild. Einerseits zeigen sich innerhalb der Bewegungen und Jugendkulturen vielfältige Formen der Selbstorganisation politischer Bildung. Die Akteure „organisieren sich selbst entsprechend ihrer Anliegen und Bildungsräume, bringen ihre eigene Expertise als Betroffene ein und organisieren kooperative, subjektorientierte Lernformate (z. B. in Workshops, Seminaren, Sommerschulen, Camps und Konferenzen bis hin zur Gründung eigener Bildungsträger und Demokratischer Schulen)“.<sup>11</sup> Andererseits sind politische Selbstbildungsprozesse in diesen informellen Kontexten „keineswegs Selbstläufer. Politisches Engagement und politische Aktionen führen nicht zwangsläufig zur Reflexion des eigenen Handelns, einer kritischen Betrachtung der eigenen Positionierung und einer konstruktiven Auseinandersetzung mit gegnerischen Akteuren.“<sup>12</sup> Und nicht zuletzt liefern empirische Studien Hinweise, dass politische Selbstbildungsprozesse offenbar auch von Rollen und Funktionen, die die Akteure jeweils innerhalb der Räume einnehmen, abhängen.<sup>13</sup>

Um der Vielfalt der von jungen Menschen getragenen Szenen und Bewegungen näherungsweise gerecht zu werden, nimmt der 16. Kinder- und Jugendbericht exemplarisch für den Bereich der Jugendkulturen die Hip-Hop-Szene, für die sozialen Bewegungen die LSBTTIQ\*-Bewegung,<sup>14</sup>

für den politischen Jugendprotest Fridays für Future,<sup>15</sup> als Zwischenraum zwischen Protestbewegungen und jugendkulturellen Phänomenen jugendpolitische Aktivitäten im Netz und als Beispiel einer ausgesprochen demokratiedistanten Bewegung die Identitäre Bewegung Deutschlands (IBD) in den Blick.

Die Bilanz dieser Analysen fällt zunächst zurückhaltend aus: „Jugendkulturen sowie soziale Bewegungen und Protestformationen als soziale Räume können über enorme Potenziale für die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen verfügen.“<sup>16</sup> Stellvertretend für andere Szenen und Bewegungen verdeutlicht aber das Beispiel der IBD, dass politische Selbstbildung im Sinne der Kommission, also orientiert an demokratischen Werten und Prinzipien, für die hier in Rede stehenden Räume keineswegs als Selbstverständlichkeit gelten kann.<sup>17</sup> Vielmehr muss im Auge behalten werden, dass von jungen Menschen getragene Kulturen und Bewegungen gegebenenfalls auch erhebliche antidemokratische, fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische Lern- und Selbstbildungspotenziale in sich bergen können. Man wird diesbezüglich nicht mehr von politischer Bildung im Sinne der Kommission sprechen können. Stattdessen geht es dort „um einseitige Sozialisation und Erziehung. Freiräume zur Selbstbildung, Ergänzung, Korrektur oder Löschung der Wissensvorräte der Bewegung durch die Einzelnen sind nicht vorgesehen.“<sup>18</sup>

Dennoch eröffneten „die Selbstorganisationspotenziale in diesen Teilräumen Möglichkeiten, Demokratie unmittelbar zu erfahren, und machen sie für die Akteurinnen und Akteure erlebbar. Insbesondere vor dem Hintergrund der hier jenseits der IBD dokumentierten sozialen Räume

**10** Ebd.

**11** Ebd. Vgl. hierzu auch das Forschungsjournal Soziale Bewegungen 4/2016 zum Thema „Bildung und soziale Bewegungen. Autonomes Lernen jenseits des Curriculums“.

**12** KJB (Anm. 1), S. 272.

**13** Vgl. ebd.

**14** LSBTTIQ\* steht „für die Begriffe lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, trans\*, inter\* und queer/questioning (...). Der Asterisk (\*) am Ende des Akronymes LSBTTIQ\* sowie die Doppeldeutung des Buchstabens Q für queer/questioning verweist damit auf die Unabgeschlossenheit, Umkämpftheit und Kontingenz dieser Begriffe bzw. Bezeichnungen.“ Christine M. Klapeer, Lernprozesse und Demokratiebildung von Kinder und Jugendlichen in LSBTTIQ\*-Bewegungskontexten, Expertise für das Deutsche Jugendinstitut im Rahmen des 16. Kinder- und Jugendberichts, München 2020, S. 5, zit. nach KJB (Anm. 1), S. 276.

**15** Vgl. hierzu auch Roland Roth, Die globalen Jugendbewegung(en) für das Klima. Was hat das mit politischer Jugendbildung zu tun?, in: Außerschulische Bildung 3/2020, S. 19–27.

**16** KJB (Anm. 1), S. 291.

**17** Vgl. Nicolle Pfaff, Musik, Szenen und Politik – Jugendkulturen und das Projekt der besseren Welt, in: Robert Heyer/Sebastian Wachs/Christian Palentien (Hrsg.), Handbuch Jugend – Musik – Sozialisation, Wiesbaden 2013, S. 395–420; Nicolle Pfaff/Heinz-Hermann Krüger, Jugendkulturen, Cliques und rechte politische Orientierungen – Interdependenzen und Einflussfaktoren, in: Werner Helsper et al. (Hrsg.), Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik, Wiesbaden 2006, S. 123–144.

**18** KJB (Anm. 1), S. 290.

ist die Selbstaneignung und Konstituierung als (kollektives) politisches Subjekt und Akteur eine Besonderheit und kann eine Kraftreserve für die zukünftige Entwicklung der bundesrepublikanischen demokratischen Kultur sein.<sup>19</sup> Das ist bewusst vorsichtig formuliert, weil belastbare empirische Belege hierzu bislang nur bruchstückhaft vorliegen.<sup>20</sup>

Im 16. Kinder- und Jugendbericht wird entsprechend bemängelt, dass „über die genuine Rolle von jungen Menschen in sozialen Bewegungen, über ihr Verhältnis zu älteren Bewegungsakteurinnen und -akteuren, über die Strukturen und Rahmenbedingungen in diesen Teilräumen, über die Frage, wie demokratisch organisiert und möglicherweise institutionell überformt sie sind, (...) aus der Forschung zu aktuellen Jugendkulturen und sozialen Bewegungen bisher zu wenig bekannt [ist]“.<sup>21</sup> Es ließe sich ergänzen, dass dieses Forschungsdefizit noch größer wird, wenn man die Aufmerksamkeit auf die politischen Selbstbildungsprozesse junger Menschen lenkt – wobei dies nicht nur für die hier im Zentrum stehenden sozialen Räume gilt. Fast schon lapidar stellt die Kommission vor diesem Hintergrund fest, dass „es an vielen Stellen an genauer Kenntnis darüber fehlt, wie Prozesse der politischen Bildung ablaufen, wie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sich Räume politischer Bildung erschließen und wie sie dabei adäquat gefördert werden können“.<sup>22</sup>

Während die Autor\*innen einerseits das „grundsätzliche Potenzial der politischen Subjektwerdung, Selbstaneignung und Handlungsfähigkeit“ von Jugendkulturen und von jungen Menschen getragenen sozialen Bewegungen betonen und damit diesem informellen Selbstbildungsraum einen systematischen Stellenwert für politische Bildung einräumen, verdeutlicht der Bericht andererseits, dass diese Potenziale keineswegs allen jungen Menschen offenstehen: „Bewegungsförmige Zusammenschlüsse sind – so zeigen es die historische Entwicklung der Bundesrepublik und ein Großteil der hier präsentierten Fallbeispiele, ein Mittelschichten-Phänomen.“<sup>23</sup>

<sup>19</sup> Ebd., S. 291.

<sup>20</sup> Vgl. Pfaff (Anm. 17).

<sup>21</sup> KJB (Anm. 1), S. 291.

<sup>22</sup> Ebd., S. 563.

<sup>23</sup> Ebd., S. 291 f. Vgl. auch Moritz Sommer et al., *Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland*, Institut für Protest- und Bewegungsforschung, IPB

Hieraus resultiert eine ambivalent anmutende Forderung. Während zunächst die Selbstorganisation und Selbstmobilisierung als zentrale Merkmale und Potenziale von Jugendkulturen und sozialen Bewegungen hervorgehoben werden, werden vor dem Hintergrund der offensichtlichen Hürden der Zugänglichkeit zugleich Sensibilisierungs- und Informationsbedarfe postuliert, die seitens der formalen Bildungsinstanzen zu bearbeiten seien: „Daher sind auch die jugendlichen Akteurinnen und Akteure selbst für die Ausschließungsmechanismen ihrer politischen Aktionsformen zu sensibilisieren und zu ermutigen, die unsichtbaren Grenzen der sozialen Schichten und Milieus zu überwinden. Sie selbst sollten über Möglichkeiten und Grenzen der politischen Selbstmobilisierung informiert sein. (...) Es ist eine Integration der Wissensvermittlung hinsichtlich der Legitimität von Protesthandeln in die Räume formaler politischer Bildung notwendig, gleichzeitig auch eine Sensibilisierung für Macht- und Gewaltbezüge, hierarchische Dynamiken und Ausschlussprozesse, die soziale Bewegungen und Protestformationen gleichfalls kennzeichnen können.“<sup>24</sup> Es wäre eine eigene Diskussion wert, wie diese Sensibilisierung für Macht- und Exklusionsdynamiken innerhalb der Jugendkulturen und Bewegungen angeregt und ermöglicht werden kann, ohne deren Selbstorganisations- und -mobilisierungspotenziale zu schwächen.

Unabhängig davon steht der 16. Kinder- und Jugendbericht in Bezug auf die jungen Akteur\*innen für eine klare Befähigungsperspektive. Nicht zuletzt wird dies durch die folgenden bilanzierenden Perspektiven und Empfehlungen zu Jugendkulturen und sozialen Bewegungen sichtbar:

- Informelles Lernen durch Engagement in sozialen Bewegungen unterstützen und die Gemeinnützigkeit von Bewegungsakteuren stärken;
- Politische Bewegungen öffnen, als Handlungsmöglichkeiten in der formalen Bildung thematisieren, Ausschlüsse problematisieren und abbauen;

Working Paper 2/2019, [https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2021/03/ipb-working-paper\\_FFF\\_final\\_online.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2021/03/ipb-working-paper_FFF_final_online.pdf).

<sup>24</sup> KJB (Anm. 1), S. 292.

- Die Stärkung der Selbstmobilisierung junger Menschen von Beginn an durch non-formale Formate unterstützen;
- [Die Schaffung] Offene[r] digitale Plattformen und Kommunikationsangebote für junge Menschen und soziale Bewegungsakteure;
- Öffnung der Schulen und der formalen Bildung für politisches Engagement.<sup>25</sup>

### KONSEQUENZEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNGSPRAXIS

Versucht man, die Ergebnisse des jüngsten Kinder- und Jugendberichts mit Blick auf die Konsequenzen für die politische Bildungspraxis zu diskutieren, erscheinen folgende Aspekte vorrangig von Bedeutung zu sein.

*Erstens:* Im 16. Kinder- und Jugendbericht wird die Aufmerksamkeit bewusst auf die informellen Bildungsorte Jugendkulturen und soziale Bewegungen gelegt. Neben den formalen und nonformalen Bildungsorten können sie damit als eigenständige Räume politischer Bildung gelten. Jugendkulturen und soziale Bewegungen erhalten damit nicht nur den Status fluider gesellschaftlicher Phänomene, über die die Fachszene und die interessierte Öffentlichkeit regelmäßig zu informieren ist. Vielmehr legen die Autor\*innen des Berichts einen Perspektivenwechsels nahe, um das in den selbstorganisierten Jugendkulturen und sozialen Bewegungen vorhandene politische Selbstbildungspotenzial anzuerkennen und gegebenenfalls daran anknüpfen zu können. Das liest sich einerseits trivial; andererseits zeigt der Blick in die einschlägige Fachliteratur, dass die politische Bildung als Profession noch ein Stück davon entfernt ist, in der Breite über ein angemessenes und differenziertes Verständnis der verschiedenen Jugendkulturen und sozialen (Protest-)Bewegungen als Räume politischer Bildung und in Relation zu ihren eigenen Angeboten zu verfügen.<sup>26</sup>

**25** KJB (Anm. 1), S. 537f.

**26** Als ein Beleg hierfür sei die Datenbank der Fachstelle politischer Bildung genannt: <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/datenbank>. Die Eingabe entsprechender Suchbegriffe wie „Jugendkultur(en)“ o.ä. führt zu mageren Ergebnissen – und dies ist kein Mangel der Datenbank, sondern spiegelt den Diskussions- und Forschungsstand wider, wie man auch an anderen Datenbanken leicht nachvollziehen kann.

Dabei erscheinen diese informellen Bildungsräume aus professioneller Sicht in mehrfacher Hinsicht interessant, weil man an die dort gemachten Erfahrungen und verhandelten Inhalte anknüpfen kann; zugleich erweisen sich Jugendkulturen und soziale Bewegungen als sperrig, weil diese Räume aufgrund ihres informellen Charakters nicht mit den üblichen professionell-pädagogischen Ansätzen gestaltet und angesprochen werden können – auch weil sie sich nicht selten als bewusste Gegenwelten zu dem staatlich geförderten Bildungsbetrieb verstehen. Die Herausforderung der professionellen politischen Bildung besteht somit in dem Balanceakt, an die Selbstorganisationspotenziale demokratischer Bewegungen und Jugendkulturen anzuknüpfen, diese in ihrem Eigenwert und in ihrer Bedeutung für Demokratie und Demokratiebildung wertzuschätzen und ihre Akteur\*innen gegebenenfalls zu unterstützen und zugleich die dort gemachten Erfahrungen zum Ausgangspunkt von Selbstbildungsprozessen zu machen.

*Zweitens:* Der 16. Kinder- und Jugendbericht zeigt einmal mehr, dass Beteiligung, Mitmachen, Engagement und Selbstorganisation junger Menschen in all ihren Varianten für sich genommen und allein aus sich heraus nicht gewährleisten, dass politische Selbstbildungsprozesse im Sinne vom Demokratiebildung angeregt werden. Im Gegenteil: Nicht selten erweisen sich Gruppierungen aus den unterschiedlichen Ecken als antidemokratisch, antipluralistisch, mitunter als rassistisch und nationalistisch. In jedem Fall sind sie jedoch hochgradig politisch „und verfügen sowohl auf ästhetischer als auch aktionistischer Ebene über ein für Jugendliche anziehendes Potenzial“.<sup>27</sup> Allerdings diskutieren die Autor\*innen nicht, was dies auf der Ebene der praktischen politisch-bildnerischen Angebote bedeutet. Der Bericht provoziert geradezu die Debatte, welche Formate und Inhalte der politischen Bildung in derartigen Konstellationen erfolgversprechend erscheinen und wie man junge Menschen in demokratieablehnenden Kontexten ansprechen kann.

Hierfür kann man zunächst an die vielfältigen Erfahrungen der Mobilen Beratungsteams, der einschlägigen Modellprojekte aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und seiner Vorgängerprogramme sowie anderer Angebote an-

**27** KJB (Anm. 1), S. 291.

knüpfen.<sup>28</sup> Dabei empfiehlt es sich, von Beginn an zu differenzieren. Ein Aspekt ist dabei unter anderem der Grad der Zugehörigkeit, weil man unterstellen darf, dass damit unterschiedliche Grade der Verhaftung mit der Szene verbunden sind. Bei vielen Angeboten stehen allerdings vorrangig Präventions- und Interventionsstrategien, mitunter die Begleitung und Unterstützung bei Exitprozessen, aber nicht immer und vorrangig politische Bildungsprozesse im Sinne des 16. Kinder- und Jugendberichts im Vordergrund; wenn sie erfolgreich sind, schaffen sie allerdings wichtige Voraussetzungen und Anknüpfungspunkte dafür.

*Drittens:* Rückt man das Prinzip der Selbstorganisation in den Mittelpunkt und interpretiert es vor dem Hintergrund eines weit gefassten Politikbegriffs im Sinne von „Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen in und zwischen Gruppierungen von Menschen“, trifft man unweigerlich auch auf Jugendkulturen, die ihrem eigenen Selbstverständnis nach nichts „mit Politik am Hut haben“ und sich bewusst von Politik – in ihrem Verständnis – abwenden. Für die professionalisierte politische Bildung führt dies in ein fast auswegloses Dilemma, vor allem wenn man den Anspruch hat, mit den eigenen Angeboten an die Lebenswelt junger Menschen anzuknüpfen. Zugleich gibt es aber in unterschiedlichen pädagogischen Kontexten sehr wohl Fachkräfte, die mit diesen jungen Menschen in Kontakt stehen und mit ihnen arbeiten, sei es als Jugendsozialarbeit, als Streetwork, als kulturpädagogisches Angebot oder als offener Treff – um nur ein paar Optionen zu nennen. Die Herausforderung in diesen Fällen betrifft dann eher die Seite der Fachkräfte, weil diese sich nicht immer selbst als politische Bildner\*innen verstehen und ihren eigenen Stellenwert auf diesem Gebiet systematisch unterschätzen.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht verdeutlicht zum wiederholten Mal, dass es eine Aufgabe der „etablierten“ politischen, vor allem au-

ßerschulischen Kinder- und Jugendbildung ist, sich gegenüber den anderen pädagogischen Fachpraxen zu öffnen – wie auch vice versa –, um ihr „Wissen, ihre Konzepte und ihre Erfahrungen, aber auch ihre Bedenken und Einwände zur Verfügung [zu] stellen, um Anschlüsse zu ermöglichen“.<sup>29</sup> Angebote wie die Fachstelle politische Bildung oder die Plattform „Verstärker“ der Bundeszentrale für politische Bildung sind erste wichtige Schritte in dieser Richtung, denen weitere folgen müssen.<sup>30</sup>

#### CHRISTIAN LÜDERS

ist promovierter Erziehungswissenschaftler und war als Leiter der Abteilung „Jugend und Jugendhilfe“ am Deutschen Jugendinstitut München an mehreren Kinder- und Jugendberichten der Bundesregierung beteiligt.

[christian.lueders@magenta.de](mailto:christian.lueders@magenta.de)

# APuZ auf Twitter

@apuz\_bpb

Auf Twitter meldet sich die Redaktion zu tagesaktuellen Themen mit Links zu Beiträgen aus der APuZ und dem Netzwerk der Bundeszentrale für politische Bildung.

**28** Vgl. exemplarisch Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK)/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.), *Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen*, Berlin 2016, [https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/MBR\\_HR\\_Jugendarbeit\\_2016\\_web.pdf](https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/MBR_HR_Jugendarbeit_2016_web.pdf).

**29** Ebd., S. 502.

**30** Siehe <https://transfer-politische-bildung.de> sowie [www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/verstaerker](http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/verstaerker).

# WÄHLEN AB 16?

## Pro und Contra

*Thorsten Faas · Anton Köneke*

Um auf den politischen Prozess und damit letztlich Politikinhalt in einer Demokratie Einfluss zu nehmen, stehen Menschen sehr unterschiedliche Wege der Beteiligung offen, etwa die Mitwirkung in Parteien oder Bewegungen, die Teilnahme an Demonstrationen oder das Unterzeichnen von Petitionen. Die mit Abstand am weitesten verbreitete Form politischer Partizipation ist jedoch das Wählen. Auch wenn die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den 1970er Jahren in Deutschland zurückgegangen ist und wir zweifelsohne auch deutliche Unterschiede in der Höhe der Wahlbeteiligung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen beobachten können, so gilt schlussendlich doch: Bei keiner anderen politischen Partizipationsform ist die Beteiligung so weit verbreitet und zudem so wenig sozial selektiv wie beim Wählen.

Dennoch gibt es auch beim Wählen maximale und noch dazu gewollte Unterschiede: Manche Menschen haben schlicht nicht das Recht zu wählen. Insbesondere vielen jungen Menschen steht dieses herausragende Partizipationsrecht nicht zur Verfügung: Aktuell sind bei Bundestags- und Europawahlen die unter 18-Jährigen in Deutschland nicht wahlberechtigt. Allerdings sind solche Wahlaltersgrenzen keineswegs in Stein gemeißelt, wie schon ein Blick auf die deutschen Bundesländer zeigt: In einigen dürfen auch 16- und 17-Jährige an Landtagswahlen teilnehmen, in anderen zumindest an Kommunalwahlen. Zudem wird auf Bundesebene seit vielen Jahren – und in Reaktion auf die jugendlichen Klimaproteste seit einiger Zeit wieder verstärkt – über eine Absenkung der Wahlaltersgrenze diskutiert. Auch die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Reformkommission rund um das Thema Wahlrecht hat den Auftrag, das „Wählen ab 16“ zu erörtern.

Zuletzt wurde in den 1970er Jahren eine Absenkung des Wahlalters – auch damals mit Verweis auf Protestaktivitäten junger Menschen

im Zuge der 68er-Bewegung – auf den Weg gebracht. Damals lag es noch bei 21 Jahren. Eines der Hauptargumente war, dass die 18- bis 20-Jährigen doch offenkundig die politische Reife, das nötige Interesse und das Wissen besäßen, um sich zu beteiligen. Darüber hinaus sei das Wahlrecht – so Hans-Dietrich Genscher in der Bundestagsdebatte – eine Möglichkeit, „die jungen Menschen an den Staat heranzuführen“.<sup>01</sup> Jedenfalls beschloss der Deutsche Bundestag 1970 ohne Gegenstimmen, das aktive Wahlalter – also das Recht, zu wählen – auf 18 Jahre abzusenken.<sup>02</sup> Das Mindestalter für das passive Wahlrecht – also das Recht, gewählt zu werden – wurde an die Volljährigkeit gebunden, sank also erst fünf Jahre später auf 18, als die Volljährigkeit auf eben jene 18 Jahre abgesenkt wurde.

Seitdem dürfen alle 18-jährigen Deutschen bei Bundestagswahlen sowohl wählen als auch gewählt werden. Im Laufe der 1990er Jahre aber ist eine neue Debatte um das Mindestalter für das aktive Wahlrecht entbrannt. Der Bundestag hat sich wiederholt mit Anträgen zur Absenkung des Wahlalters bei bundesweiten Wahlen befasst, von denen allerdings bislang keiner erfolgreich war. Auch auf der Ebene der Bundesländer gab es Dynamik und auch Veränderungen: 1996 senkte Niedersachsen als erstes deutsches Bundesland das Mindestalter für das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre ab. Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zogen nach und senkten ebenfalls das Wahlalter für Kommunalwahlen. In Hessen ergab sich eine besondere Situation: 1998 senkte die dortige Koalition aus SPD und Grünen das aktive Wahlalter für die Kommunalwahlen auf 16 ab, die neue Koalition aus CDU und FDP machte die Absenkung allerdings nur ein Jahr später wieder rückgängig – der bisher einzige Fall, bei dem ein Mindestwahlalter wieder heraufgesetzt wurde.

Heute sind die 16- und 17-jährigen in Bremen, Hamburg, Brandenburg und Schleswig-Holstein sowohl bei Kommunal- als auch bei Landtagswahlen aktiv wahlberechtigt; in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg gilt bei Kommunalwahlen das Wahlalter 16. Die übrigen fünf Bundesländer, also Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Sachsen, halten nach wie vor auf allen Ebenen am Wahlrecht ab 18 fest.<sup>03</sup> Das föderale Deutschland ähnelt also auch in Bezug auf das Wahlalter einem Flickenteppich – und einiges spricht dafür, dass dieser Teppich sogar noch bunter werden könnte: Im Koalitionsvertrag der neuen grün-schwarzen Regierung in Baden-Württemberg ist nämlich neben der Absenkung des aktiven Wahlrechts bei Landtagswahlen auch erstmals eine Absenkung des passiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre vereinbart worden.<sup>04</sup>

Dass ein solcher Flickenteppich entstehen konnte, hat vor allem zwei Gründe: Erstens unterscheiden sich die rechtlichen Notwendigkeiten für Änderungen des Wahlalters von Bundesland zu Bundesland und von der Kommunal- zur Landesebene. In einigen Bundesländern (und auch auf der Bundesebene) ist das Wahlalter in der Verfassung geregelt, in anderen Ländern reichen einfache Mehrheiten aus, um die einschlägigen Wahlgesetze zu ändern – mit der Konsequenz, dass für Verfassungsänderungen breitere Mehrheiten gefunden werden müssen. Das führt zum zweiten Punkt: Die Parteien unterscheiden sich in ihren Positionen zu Wahlaltersgrenzen.

Die unterschiedlichen Positionierungen der Parteien sind für uns in diesem Beitrag der Ausgangspunkt, um die Argumente für und gegen bestimmte Wahlaltersgrenzen zu präsentieren.

**01** Hans-Dietrich Genscher, Herabsetzung des Wahlalters, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 05/196, 15. 11. 1968, S. 10587.

**02** Vgl. Deutscher Bundestag, Bundestag ermöglicht 18- bis 20-Jährigen zu wählen, 2012, [www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2012/39287766\\_kw23\\_kalender\\_wahlalter-208734](http://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2012/39287766_kw23_kalender_wahlalter-208734).

**03** Vgl. Arndt Leininger/Thorsten Faas, Votes at 16 in Germany: Examining Subnational Variation, in: Jan Eichhorn/Johannes Bergh (Hrsg.), Lowering the Voting Age to 16: Learning from Real Experiences Worldwide, London 2020, S. 143–166.

**04** Vgl. Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg/CDU Baden-Württemberg, Jetzt für Morgen – Der Erneuerungsvertrag für Baden-Württemberg, 2021, S. 94, [www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/210506\\_Koalitionsvertrag\\_2021-2026.pdf](http://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/210506_Koalitionsvertrag_2021-2026.pdf).

Dabei greifen wir vorwiegend auf zwei Quellen zurück: Erstens ist im Wahl-O-Mat der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung zu Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen regelmäßig eine These zum Wahlalter enthalten, zu der sich Parteien nicht nur positionieren, sondern diese Positionen auch begründen sollen.<sup>05</sup> Zweitens ziehen wir Beiträge aus einschlägigen Plenardebatten heran, um das Spektrum der Positionen und Argumente von Parteien erfassen zu können. Häufig werden dabei auch Argumente angeführt, die auf bestimmten Annahmen aufbauen, die sich empirisch überprüfen lassen – auch wenn dies vergleichsweise selten getan wird. Daher lassen wir auch einige empirische Erkenntnisse zu den Voraussetzungen und Auswirkungen eines Wahlrechts ab 16 einfließen, wozu wir vor allem auf die Ergebnisse unserer Jugendwahlstudie 2019 zurückgreifen. Schließlich ergänzen wir einige Argumente, die bislang vor allem in wissenschaftlichen, weniger in parteipolitischen Diskursen angeführt wurden.

In der Debatte um eine Absenkung des Wahlalters lassen sich drei Argumentationslinien identifizieren, innerhalb derer sich die Diskussion größtenteils abspielt, nämlich erstens institutionell-rechtliche Argumente, zweitens Reife- und Einstellungsargumente sowie drittens Kontextargumente.

## INSTITUTIONELL-RECHTLICHE ARGUMENTE

Artikel 38 Absatz 2 des Grundgesetz lautet: „Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.“ Während also das Wahlalter für das aktive Wahlrecht numerisch fixiert ist, ergibt sich die Altersgrenze für das passive Wahlrecht indirekt aus der Volljährigkeitsgrenze. Faktisch fallen beide Altersgrenzen somit seit der Bundestagswahl 1976 zusammen auf ein Wahlalter 18.<sup>06</sup>

**05** Für den aktuell laufenden Wahl-O-Mat und ein Archiv zu vergangenen Wahlen siehe [www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat](http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat).

**06** Das war vorher nicht so: Bei den Wahlen von 1949 bis 1969 lag die Altersgrenze für das aktive Wahlalter bei 21, für das passive bei 25. Zur Wahl 1972 griffen erstmals die genannten Reformen: Wahlalter 18 für das aktive Wahlrecht, Volljährigkeit für das passive Wahlrecht. Allerdings lag die Volljährigkeitsgrenze zunächst noch bei 21.

Die Übereinstimmung von Volljährigkeit und Wahlalter wird von Gegner\*innen einer Wahlaltersabsenkung als überaus wünschenswert gesehen. Im Wahl-O-Mat zur Europawahl 2019 etwa gab die CDU folgende Begründung für ihre Ablehnung einer Absenkung an: „Die Kopplung der Wahlberechtigung an die Volljährigkeit ist sinnvoll. Rechte und Pflichten müssen Hand in Hand gehen. Unser gesamtes Rechtssystem und das Strafrecht überträgt jungen Menschen erst mit 18 Jahren die volle Verantwortung für ihr Handeln.“<sup>07</sup> Auch die FDP argumentierte mit der Volljährigkeit und begründete ihre Ablehnung wie folgt: „Wir halten am Wahlalter der Europawahl von 18 Jahren und damit der Volljährigkeit fest. Denn da wo Rechte verliehen werden, müssen auch Pflichten übernommen werden.“<sup>08</sup>

Bemerkenswerterweise führen auch Befürworter\*innen einer Wahlaltersabsenkung institutionell-rechtliche Argumente an, wenn auch eher, um aufzuzeigen, dass das Wahlalter 18 keine Notwendigkeit ist. So wird vonseiten der Linken, der Grünen und der SPD häufig angeführt, dass Bürger\*innen bereits mit 14 Jahren die Religionsmündigkeit erlangen, man ihnen also eine weitreichende weltanschauliche Autonomie zutraut.<sup>09</sup> Ebenfalls mit 14 sind junge Menschen eingeschränkt strafmündig. Das Strafrecht wird allerdings auch von der anderen Seite als Argument ins Feld geführt, schließlich können Menschen bis zum 21. Lebensjahr noch nach dem Jugendstrafrecht verurteilt werden. So schrieb die AfD im Wahl-O-Mat zur hessischen Landtagswahl 2018: „Es ist ein Widerspruch, wenn Straftäter bis 21 als Jugendliche/Heranwachsende gelten, aber ab 16 wählen können.“<sup>10</sup> Beide Seiten leiten aus dem Strafrecht und der Religions- und Strafmündigkeit ein institutionell-rechtliches Argument für ihre Position ab, wenn auch in diametral entgegengesetzter Richtung.

Diese Gegensätzlichkeit in den Schlussfolgerungen ist bemerkenswert und schwächt die Überzeugungskraft dieses Argumentationsstrangs. Erst recht gilt dies, wenn man das Wahl-

recht zum „vornehmste(n) Recht eines Bürgers“ erklärt, wie es etwa die AfD im Wahl-O-Mat zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2021 tat.<sup>11</sup> Weniger „vornehme“ Rechte sollten doch dann für die Bewertung des Wahlalters keine Rolle spielen.<sup>12</sup> Dieser Linie folgend haben sich auch Gerichte dort, wo sie mit Wahlaltersfragen befasst waren, zurückgehalten und den Gesetzgeber\*innen in der Wahlaltersfrage weitreichende Autonomie gelassen – jüngst etwa in Thüringen.<sup>13</sup>

Schließlich ist festzuhalten, dass der Zustand einer einheitlichen Wahlaltersgrenze von 18 Jahren in Deutschland von überschaubarer Dauer war. Bei längerfristiger Betrachtung zeigt sich einige Dynamik, sowohl zwischen den Bundesländern als auch bei der Positionierung der einzelnen Parteien. So hat jüngst die FDP, die sich lange Zeit gegen eine Absenkung des Wahlalters positioniert hatte, ihren Kurs geändert.<sup>14</sup> 2013 noch hat sie in Bayern im Sinne institutionell-rechtlicher Regeln argumentiert: „Das Wahlrecht (...) ist uns genauso wichtig wie die unbeschränkte Geschäftsfähigkeit, die ebenfalls erst mit 18 Jahren einsetzt.“<sup>15</sup> Auf dem Bundesparteitag 2020 hat sie sich dann aber auf Initiative der Jungen Liberalen zu einer Absenkung des Wahlalters bekannt. Im entsprechenden Beschluss heißt es: „Für Berufstätige kennt das Gesetz sogar eine bereichsbezogene volle Geschäftsfähigkeit schon ab 16 Jahren.“<sup>16</sup> Das zeigt letztlich: Institutionell-

**07** Wahl-O-Mat zur Europawahl 2019, These 38, Antwort der CDU.

**08** Ebd., Antwort der FDP.

**09** Vgl. Norbert Müller, Junge Menschen beteiligen – Partizipationsrechte stärken, Demokratiebildung fördern, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 19/116, 27.9.2019, S. 14302.

**10** Wahl-O-Mat zur Landtagswahl in Hessen 2018, These 25, Antwort der AfD.

**11** Wahl-O-Mat zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2021, These 7, Antwort der AfD.

**12** An dieser Stelle lohnt ein Blick auf die Geschichte des Frauenwahlrechts, das in Deutschland 1918 eingeführt wurde, obwohl das Familienrecht in der Weimarer Republik nach wie vor „die Verfügungsmacht des Ehemannes über das Vermögen, die Arbeit und den Körper seiner Frau“ festschrieb, Frauen also nicht im Besitz der vollständigen, juristisch verbrieften Geschäftsfähigkeit waren. Vgl. Kirsten Heinsöhn, „Grundsätzlich“ gleichberechtigt. Die Weimarer Republik in frauenhistorischer Perspektive, in: APuZ 18–20/2018, S. 39–45.

**13** So scheiterte beispielsweise eine Verfassungsbeschwerde der AfD in Thüringen, die sich gegen das Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen wendete. Vgl. 16-Jährige dürfen wählen – AfD scheidet vor Verfassungsgericht, 25.9.2018, [www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/16-Jaehrige-duerfen-waehlen-AfD-scheidet-vor-Verfassungsgericht](http://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/16-Jaehrige-duerfen-waehlen-AfD-scheidet-vor-Verfassungsgericht).

**14** Vgl. Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2021, These 3, Antwort der FDP.

**15** Wahl-O-Mat zur Landtagswahl in Bayern 2013, These 24, Antwort der FDP.

**16** Bundesparteitag der Freien Demokraten, Beschluss: Der Zukunft eine Stimme geben – Wahlrecht ab 16, 19.9.2020.

rechtliche Kopplungen lassen sich für verschiedene Grenzen finden – und die verschiedenen Grenzen sind im föderalen Deutschland praktische Realität.

## REIFE- UND EINSTELLUNGSARGUMENTE

Der parteipolitische Diskurs wird aber keineswegs nur von institutionell-rechtlichen (man könnte auch sagen: „ästhetischen“) Argumenten geprägt; vielmehr werden dort auch empirische Argumente angeführt, die sich auf die vorhandene oder fehlende Befähigung der 16- und 17-Jährigen beziehen, verantwortungsvoll und im vollen Bewusstsein der Tragweite der eigenen Entscheidung an einer Wahl teilzunehmen. Es wird also gefragt und mitunter infrage gestellt, ob 16- und 17-Jährige die nötige politische Reife, das politische Interesse und Wissen aufweisen, um wählen zu können und zu dürfen.

Besonders pointiert zu finden sind solche Argumente bei der AfD: Im Wahl-O-Mat zur Thüringer Landtagswahl 2014 etwa erklärte die Partei, dass zum Wählen „ein Mindestmaß an geistiger Reife“ notwendig sei und man sich daher gegen ein Wahlrecht ab 16 stelle.<sup>17</sup> Diese Argumentationslinie machte sich die Thüringer CDU zwar nicht zu eigen und stellte vielmehr fest: „Ohne Zweifel gibt es junge Menschen zwischen 16 und 18 Jahren, die erwachsen genug sind und die notwendigen Kenntnisse haben, um diese Rechte und Pflichten verantwortungsvoll auszuüben“ – begründete ihre Ablehnung des Wahlalters von 16 Jahren dann aber mit den bereits präsentierten Argumenten zur Kopplung von Wahlalter und Volljährigkeit.<sup>18</sup>

Befürworter\*innen einer Wahlrechtsabsenkung begegnen Reifeargumenten in doppelter Weise: *Erstens* bezweifeln sie die Behauptung mangelnder Reife grundsätzlich. Die Jugend erlange den nötigen Reifegrad heutzutage schlicht früher. So begründeten die Grünen in Rheinland-Pfalz 2021 ihre Befürwortung einer Wahlrechtsabsenkung damit, dass Jugendliche „aktiv ihre Zukunft in die Hand nehmen und bereit sind, Verantwortung zu tragen. Sie übernehmen über-

durchschnittlich häufig Ehrenämter und kämpfen gegen die Klimakrise – und damit für unsere und die Zukunft kommender Generationen.“<sup>19</sup> Unabhängig von konkreten Themen sah die FDP in Sachsen-Anhalt bei der Landtagswahl 2021 16- und 17-Jährige als „durchaus reif genug, um die Tragweite ihrer Entscheidung bei einer Landtagswahl abschätzen zu können“ und begründete so ihre (neuerliche) Unterstützung der Absenkung des Wahlalters.<sup>20</sup>

*Zweitens* findet sich eine indirekte Argumentation von Befürworter\*innen einer Wahlrechtsabsenkung gegen Reifeargumente. Im Kern lautet dabei die These: Geringeres Interesse und geringeres Wissen bei nicht-wahlberechtigten 16- und 17-Jährigen sind in keiner Weise überraschend, denn warum sollten sich Menschen für etwas interessieren, an dem sie sich nicht beteiligen dürfen? Entsprechend werden dann durch eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Aktivierungs- und Reifungsprozesse erwartet. Indem junge Menschen früher an die Politik herangeführt werden, ließe sich „politisches Engagement und politische Mündigkeit (...) befördern“ (Linke)<sup>21</sup> und damit letztlich auch eine „Kurskorrektur der Parteipolitik und mehr Generationengerechtigkeit“ erreichen (FDP)<sup>22</sup> sowie generell der „Politikverdrossenheit entgegenwirken“ (SPD).<sup>23</sup>

Auch diese Argumente bleiben allerdings nicht unwidersprochen: Die CDU schrieb im Wahl-O-Mat zur saarländischen Landtagswahl 2017, dass „die Absenkungen des Wahlalters Jugendliche nicht zu einer stärkeren politischen Partizipation motivieren“ könne.<sup>24</sup> Auch in der AfD glaubt man nicht daran, „dass sich mit dem Absenken des Wahlalters wieder mehr junge Menschen für politische Entscheidungen interessieren, (...) da selbst Wahlberechtigte kaum zur Wahl gehen oder sich für Politik interessieren“.<sup>25</sup>

<sup>19</sup> Wahl-O-Mat zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2021, These 7, Antwort der Grünen.

<sup>20</sup> Wahl-O-Mat zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021, These 32, Antwort der FDP.

<sup>21</sup> Ebd., Antwort der Linken.

<sup>22</sup> Bundesparteitag der Freien Demokraten (Anm. 16).

<sup>23</sup> Wahl-O-Mat zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2011, These 2, Antwort der SPD.

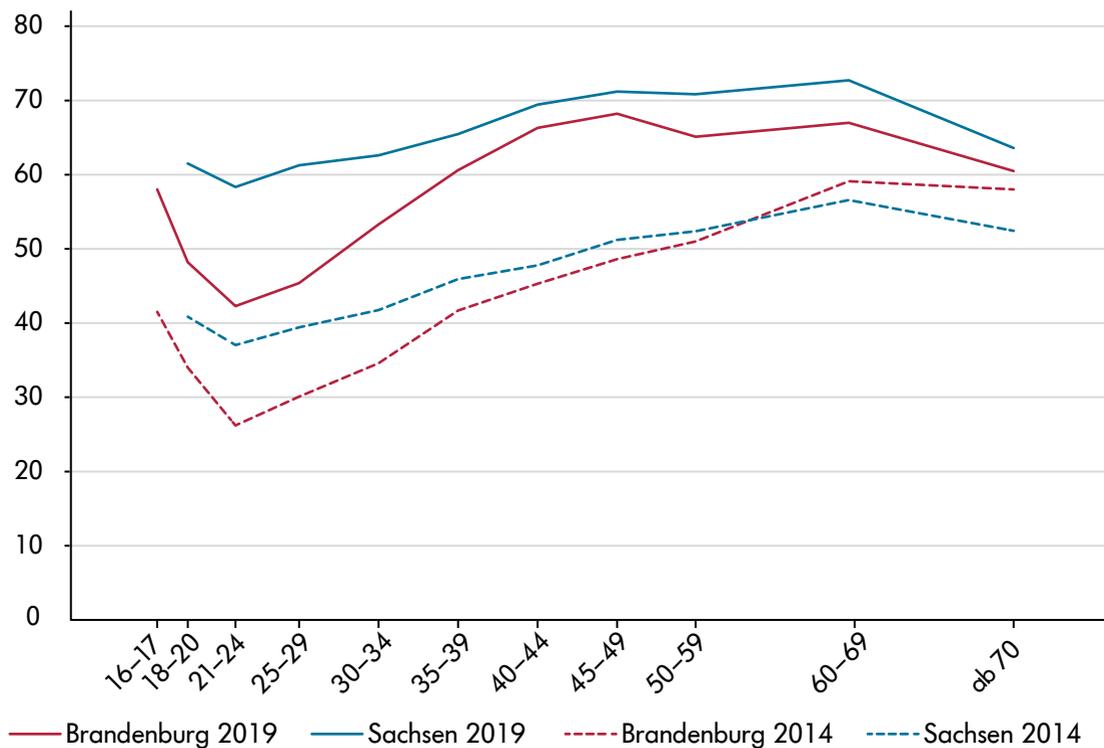
<sup>24</sup> Wahl-O-Mat zur Landtagswahl im Saarland 2017, These 21, Antwort der CDU.

<sup>25</sup> Wahl-O-Mat zur Landtagswahl in Sachsen 2019, These 38, Antwort der AfD.

<sup>17</sup> Wahl-O-Mat zur Landtagswahl in Thüringen 2014, These 38, Antwort der AfD.

<sup>18</sup> Ebd., Antwort der CDU.

Abbildung: Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2014 und 2019, in Prozent der Wahlberechtigten innerhalb der jeweiligen Altersgruppe



Quelle: Repräsentative Wahlstatistik

An dieser Stelle sei auf eine grundsätzliche Problematik von solchen Reifeargumenten verwiesen: Das Wahlrecht ist grundsätzlich kein qualifiziertes Recht, das Staatsbürger\*innen nur bei Vorhandensein bestimmter Voraussetzungen gewährt wird. Wäre dem so, müssten im Vorfeld von Wahlen flächendeckende Reifetests durchgeführt werden – unabhängig vom Alter. Natürlich lassen sich mit Blick auf Kinder und Jugendliche entwicklungspsychologische Argumente anführen: Wann ist davon auszugehen, dass eine bestimmte, für das Wählen nötige Entwicklungsstufe erreicht ist? Daraus ergeben sich weitere schwierige Fragen: Was genau sind diese Stufen und die damit verbundenen Kompetenzen? Was ist folglich die „richtige“ Grenze? Und können institutionell-rechtliche Regeln das dann eigentlich widerspiegeln?

Im Gegensatz zu den institutionell-rechtlichen Argumenten, bei denen es sich letztlich um Setzungen handelt, lassen sich Argumente rund um die politische Reife in ihren verschie-

denen Facetten empirisch prüfen. Im Rahmen der durch die Otto Brenner Stiftung geförderten Jugendwahlstudie anlässlich der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2019 haben wir genau das getan. Ziel der Nachwahlbefragung unter jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 war es, die im Raum stehenden Vermutungen zu den Bedingungen und Auswirkungen eines Wahlalters von 16 Jahren empirisch zu überprüfen. Die Besonderheit der ausgewählten Bundesländer war dabei, dass in beiden Ländern am 1. September 2019 Landtagswahlen stattfanden, dabei allerdings in Brandenburg die 16- und 17-Jährigen wahlberechtigt waren, in Sachsen hingegen nicht. Vor diesem Hintergrund eigneten sich die beiden Wahlen sehr gut für eine Untersuchung der Effekte eines niedrigeren Wahlalters: Wie ist es um Interesse und Wissen bei jungen Menschen unterschiedlichen Alters letztlich bestellt? Welche Unterschiede zeigen sich zwischen den Bundesländern, aber auch gerade zwischen 15-, 16-, 17- und 18-Jährigen?

Ehe wir auf unsere Umfragedaten schauen, werfen wir zunächst einen Blick auf die sogenannte repräsentative Wahlstatistik der beiden Bundesländer, in deren Rahmen der Zusammenhang zwischen Alter und Wahlbeteiligung präzise erfasst wird.<sup>26</sup> Betrachtet man darin die Gruppe der wahlberechtigten jungen Menschen bis 25 Jahre, dann wird ersichtlich, dass in beiden Bundesländern die Wahlbeteiligung unter den Jüngsten der Jüngeren vergleichsweise hoch war. Dieser Effekt ist nicht überraschend: Die jüngste Kohorte ist seit jeher bei allen Bundestagswahlen etwas wahlfreudiger als die nächstältere Kohorte. Zieht man also die Wahlbeteiligung als Maß politischer Reife heran, so spricht im Lichte dieser Zahlen wenig gegen eine Absenkung des Wahlalters. Gerade die 16- und 17-Jährigen in Brandenburg haben sich als überaus wahlfreudig erwiesen (*Abbildung*).

Nun mag man dieses Muster auf eine hohe Motivation zurückführen, die aber noch wenig über die „Reife“ junger Menschen aussagt. Dazu können wir einen Blick auf unsere Umfrageergebnisse werfen. Auch dabei zeigt sich: In unserer Befragung unterschieden sich die 16- und 17-Jährigen in ihrem politischen Wissen und ihrem politischen Interesse nicht von ihren 18- bis 24-jährigen Mitbürger\*innen. Die Werte sind in beiden Gruppen praktisch identisch.<sup>27</sup> Tatsächlich gilt dies auch schon für die von uns befragten 15-Jährigen. Das bedeutet aber auch: Die mit 16 Jahren wahlberechtigten Brandenburger\*innen sind nicht interessierter oder wissender als ihre nicht-wahlberechtigten sächsischen Pendanten. Zwischen dem 16. und dem 25. Lebensjahr scheinen sich politisches Wissen und politisches Interesse kaum mehr zu verändern – weder

in die eine noch die andere Richtung. Es scheint sich vielmehr um stabile Grundorientierungen zu handeln, deren Ausprägung von anderen Faktoren abhängt.

## KONTEXTARGUMENTE

Dies führt zu unserem letzten Argumentationsstrang, der sich allerdings weniger aus politisch-praktischen Debatten, sondern eher aus der wissenschaftlichen Debatte rund um das Wahlalter speist. Die von uns ermittelten Daten zu Interesse und Wissen sind Durchschnittswerte, hinter denen sich natürlich Unterschiede verbergen: Manche Jugendliche sind interessierter als andere (wie es auch bei anderen Altersgruppen der Fall ist). Und trotzdem lassen sich auch weniger interessierte Menschen durchaus bei Wahlen mobilisieren, wenn sie entsprechende Impulse aus ihrer Umgebung bekommen. Es ist eine alte sozialwissenschaftliche Weisheit: Der Kontext spielt eine Rolle – aber gerade in der Debatte um das Wahlalter kommt dieser Weisheit besondere Bedeutung zu, denn 16- und 17-Jährige wohnen zum größten Teil noch bei ihren Eltern und gehen häufig noch zur Schule. Einige Fürsprecher\*innen einer Absenkung des Wahlalters sehen darin günstigere Rahmenbedingungen für die erste Wahl, als dies etwa bei 18- oder 19-Jährigen der Fall ist, die sich bereits von den Sozialisationsinstanzen Elternhaus und Schule entfernt haben. Anders formuliert: Wenn junge Menschen sich noch in Reichweite von Sozialisationsinstanzen befinden, so das Argument, könne man sie besser auf die anstehende Wahl vorbereiten und zur Teilnahme mobilisieren.<sup>28</sup>

Auch diesen Aspekt haben wir im Rahmen unserer Jugendwahlstudie in Brandenburg und Sachsen untersucht. Gespräche über die anstehende Wahl im privaten Umfeld oder in der Schule finden sich tatsächlich etwas häufiger bei 16- und 17-Jährigen – und sie haben einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung junger Menschen. Allerdings verdient dieser Aspekt genauere Betrachtung: Was genau löst die Wirkung aus? Führt der Kontext zu mehr Wahlbeteiligung, aber auch zu mehr demokratischer Gleichheit, dass also unterschiedliche sozia-

**26** Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Statistischer Bericht B VII 2–5 – 5J/19, 2019, [www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat\\_berichte/2019/SB\\_B07-02-05-2019j05\\_BB.pdf](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2019/SB_B07-02-05-2019j05_BB.pdf); Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik 2019, B VII 2–3 – 5J/19, 2019, [www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/SNHefft\\_derivate\\_00008774/BVII\\_2\\_3\\_j19\\_SN\\_a1b.pdf](http://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/SNHefft_derivate_00008774/BVII_2_3_j19_SN_a1b.pdf).

**27** Wortlaut der Frage zu politischem Wissen: „Und nun wüssten wir noch gerne von Ihnen, welche dieser Personen in den vergangenen Jahren Ministerpräsident Brandenburgs bzw. Sachsens war“. Die Frage zu politischem Interesse lautete: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ Vgl. Thorsten Faas/Arndt Leininger, Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters, Otto Brenner Stiftung, OBS Arbeitspapier 41/2020, S. 31–34.

**28** Vgl. Mark N. Franklin, *The Dynamics of Electoral Competition Since 1945*, Cambridge 2004.

le Gruppen gleichmäßig(er) partizipieren? Ein Selbstläufer ist das sicherlich nicht, wenn man bedenkt, dass gerade im Alter von 17 Jahren nur noch bestimmte Schüler\*innen die Schule und in der Regel das Gymnasium besuchen.<sup>29</sup> Wissenschaft wie Praxis müssen hier zukünftig noch genauer hinschauen, wie man über schulische, aber auch außerschulische politische Bildung junge Menschen an Wahlen und die Demokratie heranführen kann.

## FAZIT

Die Diskussion über das Wahlalter ab 16 begleitet die politische Debatte seit vielen Jahren. Seit es den Wahl-O-Mat in Deutschland gibt (2002), wurden die deutschen Bundes- und Landesparteien insgesamt 30 Mal gefragt (etwa bei der Hälfte aller Wahl-O-Maten), ob sie einer Absenkung des Wahlalters zustimmen. Auch wenn sich das Wahlalter bei bundesweiten Wahlen seit den 1970er Jahren nicht mehr verändert hat: Ein Trend zur Absenkung ist unverkennbar. In den meisten Bundesländern können 16- und 17-Jährige zumindest bei der Kommunalwahl ihre Stimme abgeben, und in einigen Bundesländern dürfen sie auch den Landtag mitwählen.

Es haben zwar seit einigen Jahren keine Absenkungen mehr stattgefunden, weil in den verbleibenden Bundesländern meist größere Mehrheiten gefunden werden müssen, aber es gibt Anzeichen dafür, dass wieder Bewegung in die Sache kommen könnte. Mit der Neuorientierung der FDP in den vergangenen Jahren, die von einer Gegnerin der Wahlalterssenkung zu einer Fürsprecherin geworden ist, haben sich die Mehrheiten verändert. Aber auch die Bereitschaft der CDU in Baden-Württemberg, nicht nur das Wahlrecht ab 16 bei Landtagswahlen, sondern auch das passive Wahlrecht ab 16 bei Kommunalwahlen im Koalitionsvertrag zu akzeptieren und damit eine neue Dimension der Wahlaltersabsenkung zu öffnen, kann als Hinweis darauf gedeutet werden, dass sich das Wahlalter in Deutschland weiterhin und mehrdimensional ausdifferenzieren wird: Der Flickentepich wird bunter.

<sup>29</sup> Tatsächlich ist die Wahlbeteiligung von Erstwählenden stark abhängig von ihrem Bildungsweg. Vgl. Armin Schäfer/Sigrid Roßteutscher/Simone Abendschön, *Rising Start-Up Costs of Voting: Political Inequality Among First Time Voters*, in: *West European Politics* 4/2020, S. 819–844.

Ob es richtig ist, das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken, lässt sich nicht wertneutral beantworten. Es ist aber sinnvoll, Argumente beider Seiten daraufhin zu überprüfen, ob sie sich empirisch unterfüttern lassen. Im Rahmen unserer Jugendwahlstudie 2019 haben wir das getan und kamen zu dem erstaunlichen Schluss, dass beide Seiten von Umständen ausgehen, die sich nicht bestätigen lassen. Gegner\*innen einer Reform scheinen Recht zu behalten, wenn sie anzweifeln, dass die Absenkung des Mindestwahlalters zu einem Zuwachs an politischer Reife führt. Allerdings deutet alles darauf hin, dass ein solcher Zuwachs nicht nötig ist, wenn man die 16- und 17-Jährigen mit der nächstälteren Kohorte vergleicht. Bereits mit 15 Jahren sind die Jugendlichen an Politik interessiert, verfügen in normalem Umfang über politisches Wissen und Interesse – und das, ohne bislang wahlberechtigt zu sein. Auch mit Blick auf die Kontextargumente im Zusammenhang mit dem Wahlalter werden Handlungsoptionen ersichtlich: Wenn man sich entscheidet, das Wahlalter abzusenken, eröffnen sich Mobilisierungspotenziale, die allerdings unter dem Aspekt der demokratischen Gleichheit auch kritisch zu bewerten sind.

## THORSTEN FAAS

ist Professor für Politikwissenschaft und Leiter der Arbeitsstelle „Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland“ am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.  
thorsten.faas@fu-berlin.de  
www.thorstenfaas.de

## ANTON KÖNNEKE

ist Student der Politikwissenschaft und Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.  
a.koenneke@fu-berlin.de

# CHILLEN ALS JUGENDKULTURELLE (PROTEST-)PRAXIS?!

Yağmur Mengilli

„Chillen“, „chillig“, „gechillt“ und „Chill dich mal!“ – diese jugendsprachlichen Ausdrücke gehören heute längst zum Standardwortschatz junger Menschen. Mit ihnen ist eine Praxis verbunden, die von vielen sogenannten Erwachsenen<sup>01</sup> kritisch beäugt und als „Rumhängen“, „Entspannen“ oder „Nichtstun“ abgetan wird. Mit der kritischen Betrachtung gehen Forderungen nach mehr gesellschaftlichem Engagement einher – denn gleichzeitig wird häufig pauschal festge- beziehungsweise unterstellt, dass Jugendliche politikverdrossen seien und kein Interesse an öffentlichen Belangen hätten. Derlei Ansprüche richten sich insbesondere an Jugendliche, die lediglich mit Freund:innen rumhängen und vermeintlich nichts anderes tun, als sich mit sich zu beschäftigen.

Die Frage, ob und wie politisch und engagiert Jugend ist, hat Erwachsene und Forschende schon immer beschäftigt – so auch heute: Inwiefern also kann das Chillen Jugendlicher als ein Ausdruck von Desinteresse oder Lustlosigkeit gelten? Oder handelt es sich nur um ein Missverständnis oder Vorurteil? Denn selbst wenn Jugendliche damit Erschöpfung, Gleichgültigkeit oder Apathie ausdrücken sollten – hat Jugend nicht ein Recht darauf, ungestört aufzuwachsen? Zugespißt könnte auch danach gefragt werden, ob das Chillen nicht vielleicht sogar eine jugendliche Protestform sein könnte: Denn gerade die Situation in der Covid-19-Pandemie verdeutlicht doch, dass Jugendliche sich von Erwachsenen weder gesehen noch gehört fühlen und dass sie kaum oder gar nicht in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Um zu verstehen, wer was unter „chillen“ versteht, werde ich im Folgenden zunächst skizzieren, wie der Begriff Eingang in die deutsche Sprache fand und was er bedeutet. Anschließend werden einige Diskurse – und damit auch unterschiedliche Verständnisse – des Chillens dargestellt, um diese letztlich der Perspektive junger

Menschen gegenüberzustellen und zu diskutieren, welche Folgerungen sich daraus ergeben.

## VON DER SZENE IN DIE JUGENDSPRACHE

Das vom englischen Verb *to chill* (kühlen) abgeleitete Wort „chillen“ kam erstmals gegen Ende der 1980er Jahre in der Techno-Szene auf, im Zusammenhang mit Chill-Out-Räumen oder dem Chill-Out mit Freund:innen, als Möglichkeit des Runterkommens nach einer durchtanzten Nacht. Das Chillen an sich wurde als Zustand „fauler Geselligkeit auf oder nach einer Party, das Sich-Zurückziehen nach wildem Tanzen, um Kräfte zu sammeln“ beschrieben.<sup>02</sup> Etwa zur selben Zeit wurde Chillen auch als ein zentraler Bestandteil von Events in der Hip-Hop-Szene ausgemacht.<sup>03</sup>

2003 nahm der Duden den Begriff in sein Fremdwörterbuch auf und erklärte ihn folgendermaßen: „dem Nichtstun frönen; faulenz; sich ausruhen“. Bei diesen Übersetzungen und Bedeutungen blieb es jedoch nicht, denn das englische *to chill* erfuhr bereits im anglophonen Raum einen Bedeutungswandel von „(ab)kühlen“ zu „sich entspannen“. Eine Spielart davon findet sich etwa in der deutschen Aufforderung „chill (dich) mal!“, was so viel heißt wie „entspann dich“ beziehungsweise „reg dich nicht auf“.<sup>04</sup> Die Mehrdeutigkeit und die diversen Einsatzmöglichkeiten des Wortes zeigen sich hier bereits. Aber was machen Jugendliche eigentlich, wenn sie chillen?

## NICHTSTUN UND RUMHÄNGEN?

In aktuellen Jugendstudien, in denen unter anderem Alltagswelten, Lebenslagen und auch Freizeitaktivitäten junger Menschen untersucht werden, wird ebenfalls auf unterschiedliche Verständnisse von Praktiken des Chillens junger Menschen aufmerksam gemacht.

So erscheint alle vier Jahre die vom Mineralölkonzern Shell herausgegebene „Shell Jugendstudie“, für die unabhängige Forschungsinstitute empirische Daten über Einstellungen, Werte, Gewohnheiten und das Sozialverhalten junger Menschen in Deutschland erheben. In der jüngsten Studienausgabe von 2019 wurden Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren mit standardisierten Fragebögen und vertiefenden Interviews hinsichtlich ihrer Lebenssituation und Einstellungen befragt. Die repräsentative Jugendstudie bezog dabei auch die Freizeitgestaltung und Internetnutzung ein. Zu den häufigsten Freizeitaktivitäten zählen demnach Musik hören (57 Prozent) und „sich mit Leuten treffen“ (55 Prozent). Aber auch „nichts tun, ‚chillen‘“ wird durchschnittlich von 26 Prozent der befragten Jugendlichen als Freizeitaktivität angegeben. Ins Verhältnis gesetzt mit der sozialen Herkunft der Jugendlichen ergibt sich, dass „Jungen aus den unteren sozialen Schichten besonders häufig medienzentrierten und ‚häuslichen‘ Beschäftigungen nach[gehen]: Internetsurfen, Fernsehen, die Nutzung sozialer Medien oder Chillen“. In einer Freizeittypologie wird das Freizeitverhalten der Jugendlichen in „Medienfokussierte“, „Familienorientierte“, „Gesellige“ und „Kreativ-engagierte Aktive“ zusammengefasst. Die „Medienfokussierten“ werden als jene Gruppe beschrieben, die „seltener etwas mit anderen unternehmen.“<sup>05</sup>

Über diese Erkenntnisse wird folgendes Bild vom Chillen gezeichnet: Geselligkeit, also „sich mit Leuten treffen“, und der Rückzug ins „Nichts tun, ‚chillen‘“ sind scheinbar konträre Aktivitäten und werden überwiegend von einer spezifischen Gruppe von Jungen ausgeübt. Mit der Zusammenfassung beider Aktivitäten wer-

den Chillen und Nichtstun letztlich sogar gleichgesetzt. Ferner werden soziale Ungleichheit und Zuschreibungen (re)produziert, wenn festgestellt wird, dass „Jungen aus den unteren sozialen Schichten“ mehr chillen als andere Jugendliche. Weiterhin wird das Chillen einem Offline-Format zugeordnet und ein Chillen online nicht in Betracht gezogen. Mit dieser Form der Darstellung werden Freizeitaktivitäten hierarchisiert und unterschiedliche Aktivitäten nicht ins Verhältnis gesetzt. Ob beim Chillen Musik gehört oder Freund:innen getroffen werden, geht daraus nicht hervor.

Eine andere Vorstellung vom Chillen wird in der bundesweiten Studie „Jugend und Corona“ (JuCo I und II) vermittelt, in der der Forschungsverbund „Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit“ die Veränderungen des jugendlichen Alltags im Zuge der Eindämmung der Corona-Pandemie untersucht hat. Im Mittelpunkt der Studie stehen die Erfahrungen und Perspektiven junger Menschen auf Grundlage von Online-Befragungen von etwa 7000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Forscher:innen stellen fest, dass es für junge Menschen besonders herausfordernde Zeiten waren: „Viele konnten ihre Träume und Pläne nicht verwirklichen, die sie schon lange verfolgt haben: Sie wurden ausgebremst. Chillen mit Freund:innen, ausgelassen sein, feiern, Neues ausprobieren, war nicht möglich.“ Da sich das Jugendleben üblicherweise an vielen unterschiedlichen Orten abspielt, wurde das dauerhafte Zuhausebleiben als herausfordernd erlebt. Das Chillen wird in dieser Studie mit dem Fehlen von „Orten des Abhängens“ in Verbindung gebracht und zu den „elementare[n] Formen des sozialen Miteinanders junger Menschen“ gezählt. Ohne solche Orte und Momente des Chillens fühlen sich einige Jugendliche stärker psychisch belastet „als jene ohne Bedarf an offenen Orten, wo sie ihre Freund:innen treffen und chillen können“.<sup>06</sup> Anders als die Shell Jugendstudie bezieht die JuCo-Studie das Chillen also auf Freundschaft und Orte zum Abhängen (die in der Pandemiesituation fehlen).

Über die Darstellung dieser beiden Studien wird bereits ersichtlich, dass es unterschiedliche Thematisierungsweisen des Chillens gibt: Einer-

**01** Als Erwachsene werden hier alle bezeichnet, die das Chillen Jugendlicher mit Distanz betrachten, beispielsweise Eltern, Lehrer:innen und andere Pädagog:innen.

**02** Jannis Androutsopoulos, ... und jetzt gehe ich chillen: Jugend- und Szenesprachen als lexikalische Erneuerungsquellen des Standards, in: Ludwig Eichinger/Werner Kallmeyer (Hrsg.), Standardvariation: Wie viel Variation verträgt die deutsche Sprache?, Berlin–New York 2005, S. 171–206, S. 171.

**03** Vgl. Ronald Hitzler/Arne Niederbacher, Leben in Szenen: Formen juveniler Vergemeinschaftung heute, Wiesbaden 2010<sup>3</sup>, S. 86.

**04** Nils Bahlo et al., Jugendsprache. Eine Einführung, Heidelberg 2019, S. 114.

**05** Matthias Albert/Klaus Hurrelmann/Gudrun Quenzel (Hrsg.), Jugend 2019. 18. Shell Jugendstudie, Weinheim 2019, S. 214, S. 218, S. 222.

**06** Sabine Andresen et al., Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe, Gütersloh 2021, S. 6, S. 28. Siehe auch den Beitrag von Sabine Andresen in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).



Szene am Ufer der Donau in Regensburg, Mai 2021.

© Valentin Goppel (Serie „zwischen den Jahren“ über Jugend in Zeiten von Corona), [www.valentingoppel.com](http://www.valentingoppel.com)

seits wird das Chillen als Nichtstun mit Passivität und Rückzug ins Zuhause verbunden, andererseits mit Vergemeinschaftung im öffentlichen Raum. Beide Betrachtungsweisen deuten darauf hin, dass die Jugend chillt und für Erwachsene uneindeutig ist, was dabei passiert.

### NICHTSTUN ALS WIDERSTAND?

Das Chillen, Nichtstun oder Abhängen sind altbekannte Aktivitäten, die bereits in den 1970er Jahren in England vom Birminghamer Centre for Contemporary Cultural Studies (CCCS) untersucht wurden. Sowohl Paul Willis als auch Paul Corrigan haben sich als Mitarbeiter des CCCS in ihren Studien mit der britischen Arbeiterjugend und deren Kultur auseinandergesetzt. Zentral war die Thematisierung des Verhältnisses zwischen der Gesellschaft und der Jugend sowie die Deutung des jugendlichen Verhaltens des Nichtstuns als Widerstandspositionen gegen die Überheblichkeit der „Erwachsenen-Gesellschaft“.

Willis betrachtete 1977 in seiner Studie „Spaß am Widerstand. Learning to Labour“ das Rumhängen in der Schule als Opposition zur Arbeit. Er untersuchte die Gegenschulkultur und stellte unter anderem die alltäglichen Widerstandspraktiken im Unterricht als eine Art der Opposition gegen die Lehrerschaft und das Bildungssystem

heraus. Im Wesentlichen reichten die „feindlichen Übergriffe“ der Jugendlichen von mittäglichen Schulferien-Besäufnissen bis zu „Mikro-Interaktionen“, geheimer Rede sowie dem „Rückzug ins Informelle“. Die Arbeiterschicht, so Willis, suche den Ausdruck der Opposition dort, wo das Gesetz der Schule sie haarscharf nicht mehr erreiche. Elemente dieser Kultur seien auch das „Rumhängen, Blödeln, Schwänzen“, das er als ein „Ringeln um symbolische und physische Freiräume, um sich von der Institution und ihren Regeln zu lösen“ sah und als einen Versuch, „ihr wichtigstes Anliegen zu vereiteln: einen zum Arbeiten zu bringen“. <sup>07</sup> Das Schwänzen oder im Klassenzimmer zwar anwesend zu sein, aber nichts zu tun, dienten als Strategien, um sich von den Erwartungen der Erwachsenen abzugrenzen.

Paul Corrigan hingegen beschrieb 1979 die Straße als Ort der Jugendlichen, wo etwas los ist und hauptsächlich nichts getan wird. Die Hauptbetätigung der britischen Jugend sei das „Nichtstun“ beziehungsweise das „Rum- oder Abhängen“. Als paradox beschrieb er, dass das Herumhängen der Jugendlichen auf der Straße von Außenstehenden nicht als Aktivität anerkannt wird, obwohl eine Reihe von Aktionen damit verbunden ist. Die Auseinandersetzung

<sup>07</sup> Paul Willis, *Spaß am Widerstand. Learning to Labour*, Hamburg 2000 [1977], S. 54.

mit dem, was Jugendliche tun, wenn sie sagen, sie würden Nichtstun, wurde somit für Corrigan zentral. Eine typische Beobachtung des Nichtstuns gab Corrigan folgendermaßen wieder:

„Was tut ihr denn so, wenn ihr mit euren Kumpels zusammen seid?

*Duncan: Na, einfach rumstehen und Quatsch reden. Über irgendwas.*

*Tut ihr sonst noch was?*

*Duncan: Spaßmachen, Blödeln, sich aufspielen. Wozu wir gerade Lust haben, wirklich.*

*Und das ist alles?*

*Duncan: Einfach irgendwelche Sachen. Letzten Samstag fing jemand an mit Flaschen zu schmeißen, und wir haben alle mitgemacht.*

*Was passierte dann?*

*Duncan: Eigentlich nichts.“<sup>08</sup>*

Corrigan zeigte somit, dass Jugendliche beim Nichtstun durchaus etwas tun: Es werden zum Beispiel interessante Stories erzählt. Die mangelnde Kommunikation über das Nichtstun bedeute daher nicht, dass nichts geschieht, sondern dass Ideen „aus Langeweile geboren werden“.<sup>09</sup> Ein Beispiel dafür ist das Flaschen-Schmeißen, das nicht geplant geschieht, sondern aus der Situation heraus. Corrigan zufolge führen diese aus dem Nichtstun entstehenden Dynamiken und Handlungen über Verbote und Regeln dazu, dass das Verhalten der Jugendlichen häufig als kriminell wahrgenommen wird.

Die Studien von Willis und Corrigan verdeutlichen eine spezifische aktionistische Dynamik jugendkultureller Praktiken. Nichtstun wird von den untersuchten Jugendlichen einerseits als Strategie genutzt, um sich bestimmten Erwartungen zu entziehen, und andererseits als eine Art Code für spontane und ungeplante Situationen. Weiterhin zeigt sich, dass diese Aktivitäten der Jugendlichen von Erwachsenen – sofern sie erwischt werden – in der Regel geahndet werden. Zudem wird deutlich, dass in der Schule und auch im öffentlichen Raum das Nichtstun eine Abgrenzung markiert, aber gleichzeitig nicht ohne die Intervention Erwachsener möglich ist. Wo können Jugendliche ungestört tun, was sie möchten?

**08** Paul Corrigan, Nichts tun, in: John Clarke et al. (Hrsg.), *Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen*, Frankfurt/M. 1979, S. 176–180, hier S. 176.

**09** Ebd., S. 177.

## ZWISCHEN SCHULE UND CHILLEN

Wie bereits skizziert, kollidiert die Art und Weise des Nichtstuns, Abhängens und Chillens Jugendlicher im öffentlichen Raum mit den Interessen anderer. Immer wieder zeigen sich diese Kollisionen in Konflikten, bei denen ordnungspolitische und auch strafrechtliche Probleme mit Jugendlichen ins Zentrum öffentlicher Debatten treten.<sup>10</sup> So wurde in den vergangenen zwei Jahren mehrfach über Auseinandersetzungen und Ausschreitungen Jugendlicher in Stuttgart, Frankfurt am Main und anderen deutschen Städten berichtet. Randalierende Jugendliche wurden im öffentlichen Raum mit Repressionen, Alkoholverboten und Polizeipräsenz des Orts verwiesen. Verkürzt lässt sich dies damit erklären, dass der öffentliche Raum keine „keine Liegewiese für jedermann“ ist.<sup>11</sup> Folglich besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen öffentlichen Räumen, den dort „verorteten Normen“ sowie Kontrollinstanzen, die von den Jugendlichen wahrgenommen werden und sich auch auf das Verhalten auswirken.<sup>12</sup>

Gleichzeitig haben Forderungen nach Orten zum Abhängen und nach „Freiräumen für junge Menschen“ in jugend- und bildungspolitischen Stellungnahmen, Studien und Berichten bereits seit einigen Jahren Konjunktur.<sup>13</sup> Zwar gibt es neben den Sozialisationsorten wie Familie, Schule, Ausbildung, Freizeitangeboten auch selbstgestaltbare Spiel- und Erprobungsräume und Rückzugsorte für Auszeiten – aber diese scheinen zu schwinden oder funktionalisiert zu werden. Das heißt, dass es immer mehr betreute Angebote und Projekte für Jugendliche gibt und immer weniger frei verfügbare Orte, die sie sich selbstständig aneignen können.

In Abgrenzung zur Kindheit und mit Blick auf das Erwachsenenleben wird Jugend als eigenständige Lebensphase begriffen, mit der diverse

**10** Vgl. Gabriela Muri/Sabine Friedrich, *Stadt(t)räume – Alltagsräume? Jugendkulturen zwischen geplanter und gelebter Urbanität*, Wiesbaden 2009, S. 9.

**11** Christian Reutlinger, *Machen wir uns die Welt, wie sie uns gefällt? Ein sozial-geographisches Lesebuch*, Zürich 2017, S. 26.

**12** Vgl. Martin Klamt, *Verortete Normen. Öffentliche Räume, Normen, Kontrolle und Verhalten*, Wiesbaden 2007, S. 275.

**13** Vgl. etwa Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *15. Kinder- und Jugendbericht*, Berlin 2017, S. 109.

Herausforderungen des Erwachsenwerdens verbunden sind. „Was Jugend bedeutet – und zwar sowohl für die Gesellschaft als auch für die jungen Menschen selbst – wird weitaus stärker durch diese gesellschaftlichen Muster, durch die ‚Vergesellschaftung‘ der Jugendphase bestimmt als durch das Lebensalter selbst.“<sup>14</sup> Die Jugendphase und damit auch das jugendlich-Sein-Können, erscheint überladen mit Anforderungen und Aufgaben des künftigen Erwachsenenstatus. Jugendliche müssen Passungsverhältnisse zwischen den zentralen Lebensbereichen Familie, Freundeskreis, Qualifikation und den eigenen Interessen herstellen und gleichzeitig vielen unterschiedlichen Ansprüchen der Sozialisationsinstanzen sowie Rollenerwartungen unter anderem von Eltern, Lehrer:innen und Ausbilder:innen gerecht werden.<sup>15</sup> Somit zeigt sich, dass die jugendkulturelle Praxis des Chillens, Abhängens und Nichtstuns eine wichtige Funktion der Lebensbewältigung und Identitätsarbeit erfüllt: einerseits als Gegenpunkt zum oft auch von den „Jugendlichen beklagten, aber akzeptierten Anpassungs- und Leistungsdruck im Bildungs- und Arbeitssystem, andererseits als Medium von Zugehörigkeit und Anerkennung“.<sup>16</sup>

### RESÜMEE: CHILLEN ALS PROTEST?!

Ausgehend von der eingangs formulierten Frage danach, was sich in dem Chillen Jugendlicher ausdrückt, kann abschließend zusammengefasst werden: In jugendkulturellen Praktiken drücken

**14** Richard Münchmeier, *Jugend als Konstrukt. Zum Verschwinden des Jugendkonzepts in der „Entstrukturierung“ der Jugendphase – Anmerkungen zur 12. Shell-Jugendstudie*, in: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 1/1998, S. 103–118, hier S. 104.

**15** Vgl. Jutta Ecarus et al., *Spätmoderne Jugend – Erziehung des Beratens – Wohlbefinden*, Wiesbaden 2017.

**16** Andreas Walther, *Lokale Konstellationen von Jugendpartizipation. Ein Städtevergleich*, in: Axel Pohl et al. (Hrsg.), *Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum – Zwischen Selbstdarstellung und Teilhabeansprüchen, Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit*, Wiesbaden 2019, S. 167–193, hier S. 186f.

**17** Peter Cloos et al., *Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit*, Wiesbaden 2009<sup>2</sup>, S. 21.

**18** Vgl. Yağmur Mengilli, „Nur n’ bisschen chillen?!“ – Eigensinnige Rauman eignung als Konflikt, in: Johanna Betz et al. (Hrsg.), *Frankfurt am Main – eine Stadt für alle? Konfliktfelder, Orte und soziale Kämpfe*, Bielefeld 2021 (i.E.).

**19** Vgl. dies., *Chillen, abhängen, sitzen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit*, in: Ulrich Deinet et al. (Hrsg.), *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*, Wiesbaden 2021, S. 1331–1336.

sich sowohl Reaktionen auf gesellschaftliche Erwartungen und Anforderungen als auch eigensinnige Umgangs- und Ausdrucksweisen aus. Das Chillen kann als ein Möglichkeitsraum zwischen „Nichts-Tun-Müssen und Etwas-Tun-Können“ gefasst werden.<sup>17</sup> Es markiert einerseits Unverfügbarkeit für externe Anforderungen gegenüber Erwachsenen und andererseits Verfügbarkeit für Vergemeinschaftung und ungeplante Erlebnisse mit Gleichgesinnten.

Im Lichte der skizzierten Studien zeigen sich einige (Miss-)Verständnisse und unterschiedliche Ansprüche von Erwachsenen an Jugendliche: Versuche des Verstehen-Wollens von jugendlichem Handeln, aber auch die Begrenzung über Platzzuweisungen, Deutungen und Bewertungen. Selbst die Deutung des Chillens als Protest funktionalisiert es letztlich wieder als eine Form des Widerstands und verkennt die Artikulation von Nicht-Verfügbarkeit. Auch die Benennung des Chillens als „Nichtstun“ weist auf das Verhältnis zu etwas hin – zu einem nützlichen oder zielorientierten Tun. Um sich dieser Bewertung zu entziehen und sich nicht ständig erklären zu müssen, eignet sich das Chillen als eine Art Code gegenüber Erwachsenen, aber auch Gleichaltrigen. Die Herstellung dieses Zeichenvorrats ist mühsam, denn Jugendliche schaffen sich Räume zum Chillen, organisieren sich mit ihren Freund:innen oder Peergruppen und machen sich frei von externen Anforderungen.<sup>18</sup> Einer Entschlüsselung sowie dem Verständnis durch Erwachsene über eine Benennung als Nichtstun, Widerstand oder Protest entzieht sich diese jugendkulturelle Praxis.<sup>19</sup>

Ob und inwiefern sie somit als Protest markiert werden kann, obliegt der Absicht der Leser:innen, denn nicht ohne Grund hat sich die Formel „chill mal!“ als Anrufung, sich locker zu machen, unter anderem als Reaktion auf erwachsene Anfragen etabliert.

### YAĞMUR MENGILLI

ist Erziehungswissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Sozialpädagogischen Forschungsstelle „Bildung und Bewältigung im Lebenslauf“ an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Ihre Dissertation „Chillen als jugendkulturelle Praxis“ steht kurz vorm Abschluss.

[mengilli@em.uni-frankfurt.de](mailto:mengilli@em.uni-frankfurt.de)

# PROTEST GEGEN ENTEIGNUNG

## Zehn Jahre Generation „Arabischer Frühling“

*Jörg Gertel*

Die Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Nordafrika und im Nahen Osten ist problematisch. Ihre Chancen auf faire Lebensbedingungen sind in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch gesunken: Die Zugänge zu einer berufsqualifizierenden Ausbildung und zu einem bildungsäquivalenten Arbeitsplatz haben sich bereits durch die Privatisierungspolitik seit den 1980er Jahren dauerhaft verschlechtert. Der Alltag der Jugend ist nach den Massenprotesten von 2011, dem „Arabischen Frühling“, vielfach durch die Zunahme von Ungleichheit, Restriktionen und Gewalt geprägt. Diese Situation hat sich durch massive „Immobilisierung“ infolge der Covid-19-Pandemie nochmals massiv verschärft. Die Generation<sup>01</sup> „Arabischer Frühling“ lebt heute weitgehend marginalisiert.

Ich verstehe diese Entwicklung als eine Enteignung von Lebenschancen. Die Kluft zwischen dem, „was ist“, und dem, „was hätte sein können“, hat massiv zugenommen, meist ohne Einflussmöglichkeiten der jungen Erwachsenen; das Ausmaß der strukturellen Gewalt, die den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen innewohnt, vergrößert sich.<sup>02</sup> Dennoch – die Ambitionen, zu einer Veränderung ihrer Gesellschaften beizutragen, bleiben groß: Viele junge Menschen engagieren sich und möchten gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

### PREKARITÄT UND WIDERSTAND 2011

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben radikale Marktöffnungen und massive Sparmaßnahmen in der arabischen Welt nicht nur zu einem Abbau sozialer Schutzmechanismen geführt, sondern auch zu einer Vertiefung der sozialen Ungleichheiten beigetragen.<sup>03</sup> Prekarität, die sich als Abstiegsangst und Abstiegserfahrung manifestiert, durchdringt inzwischen alle

sozialen Schichten. Sie kann keineswegs ausschließlich mit Armut in Verbindung gebracht werden, und sie lässt sich nicht einfach auf das Ergebnis interner Unfähigkeit oder Ineffizienz reduzieren. Im Gegenteil: Investitionen in Energie, Tourismus und (Agrar-)Land sind zunehmend mit transnationalen Unternehmen und internationalen Finanzmärkten verbunden; die Zirkulation von Arbeitskräften ist global organisiert und hochgradig flexibel, während die Preise für Waren wie etwa für Grundnahrungsmittel nicht mehr innerhalb der nationalen Grenzen entschieden werden, sondern zum Beispiel durch Warenterminbörsen in New York oder London.

Als im Winter 2010/11 eine Welle von Demonstrationen, Protesten und Unruhen in Tunesien ihren Anfang nahm, sahen sich kurz darauf viele arabische Regierungen mit Aufständen und Umbrüchen konfrontiert, die in Europa häufig als „Arabischer Frühling“ bezeichnet wurden – ein Auflehnen vor allem der Jugend gegen autoritäre Regime. Nach der ersten Euphorie zeigte sich allerdings, dass der Wandel nur in wenigen Ländern wie erhofft eintrat: In Tunesien und Ägypten stürzten langjährige Diktatoren; Syrien, Libyen und Jemen gerieten in anhaltende Bürgerkriege, während sich die Regime in Algerien, Marokko, Bahrain und Jordanien zunächst als widerstandsfähig erwiesen und vorübergehend an der Macht blieben.

Dennoch bewirkten die Revolutionen und Umbrüche den größten Wandel im Nahen Osten seit der Entkolonialisierung und lösten gleichzeitig eine Reihe von Protesten gegen Ungleichheit und Prekarität in Europa und anderswo aus. Die Proteste ab Mitte Mai 2011 in Spanien bezogen sich ausdrücklich auf die Vorfälle in der arabischen Welt. Kurz darauf begannen Anti-Austeritäts-Aktivist:innen in Griechenland zu demonstrieren. Globale Initiativen wie „Occupy Wall Street“ folgten unmittelbar.<sup>04</sup> Die internati-

onale Bewegung gegen politische Bevormundung und wirtschaftliche Ungleichheit entwickelte sich von dort aus weiter; sie identifizierte das globale Finanzsystem als einen Verursacher der großen Unsicherheiten.

Die Protestbewegungen rund um das Mittelmeer wurden offensichtlich vor allem von jungen Menschen ins Rollen gebracht. Die Zusammensetzung der Protestgruppen, ihre Entstehungsgeschichten und ihre Beweggründe variierten dabei von Land zu Land.<sup>05</sup> In den nachfolgenden Jahren gelang es einigen Regimen in der arabischen Welt, Unterschiede und Differenzen zwischen den Demonstranten auszunutzen – zum Beispiel zwischen Islamisten und Nicht-Islamisten – und einige Gruppen an den Verhandlungstisch zu bringen, während andere ausgeschlossen wurden.<sup>06</sup> Dies führte zur Zersplitterung der Protestbewegungen. Seither ist zum einen die Anwendung von Gewalt und Zwangsmaßnahmen durch den Staat gegen jugendliche Aktivisten eskaliert, was viele von ihnen dazu veranlasst hat, sich aus dem politischen Aktivismus zurückzuziehen. Zum anderen haben sich jüngst erneut Protestbewegungen formiert, etwa im Sudan und in Algerien.

Vor diesem Hintergrund – zehn Jahre nach dem Beginn der Umbrüche und inmitten einer andauernden Pandemie – wird im Folgenden der Blick auf die heutige Lage der Jugend in der

MENA-Region gelenkt.<sup>07</sup> Kennzeichnend für die Situation ist, dass sowohl Unsicherheiten, die die Gegenwart und den (unzureichenden) Ressourcenzugang betreffen, als auch Ungewissheiten, die sich auf die Zukunft beziehen und durch beschränkte Erklärungsreichweiten von Wissen und Glauben geprägt sind, gerade für Jugendliche und junge Erwachsene weiter zugenommen haben.<sup>08</sup> Die Zugänge zu Ressourcen haben sich insbesondere durch die fehlenden Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt verknappert; gleichzeitig haben sich – trotz teilweise dramatischer Fluchtbewegungen und verstärkt durch die Pandemie – die Mobilitätsoptionen zusätzlich eingeschränkt.

## FÜNF JAHRE DANACH: UNGEWISSHEIT

Wie haben sich die vielschichtigen Unsicherheiten, die im Nachgang der Umbrüche von 2011 erkennbar wurden, auf junge Menschen in der MENA-Region ausgewirkt? Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir – ein internationales Forschungsteam und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) – im Sommer 2016 rund 9000 junge Erwachsene im Alter von 16 bis 30 Jahren befragt und im Winter 2016/2017 mehr als 100 qualitative Tiefeninterviews führen können.<sup>09</sup> Wir konzentrierten uns auf acht Länder und Territorien: Bahrain, Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko, die Palästinensischen Gebiete, Tunesien und Jemen, wobei wir auch junge syrische Flüchtlinge im Libanon einbezogen, um Fragen und Probleme im Zusammenhang mit Migration und Flucht zu erfassen.

Es zeigte sich, dass die Mehrheit der befragten Jugendlichen noch bei den Eltern lebte und nur knapp ein Drittel bereits einen eigenen Haushalt gegründet hatte. Letzteres gilt insbesondere für Frauen, die tendenziell jünger heiraten als Männer. Fast alle von ihnen bezeichneten sich selbst als „Jugendliche“ (91 Prozent der Frauen, 93 Prozent der Männer) und nicht als „Erwachsene“. Insgesamt lebten sie in einer Situation, die sich, je nach Gruppe, als „zwischen Ungewissheit und Zuversicht“ beschreiben lässt.<sup>10</sup> Was bedeutete

**01** Zum Generationenkonzept vgl. Ulrike Jureit, Einleitung zu Karl Mannheim, *Das Problem der Generationen*, 1928, 20. 9. 2011, [www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0100\\_gen\\_de.pdf](http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0100_gen_de.pdf).

**02** Zum Konzept der strukturellen Gewalt vgl. Johan Galtung, *Gewalt, Frieden und Friedensforschung*, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), *Kritische Friedensforschung*, Frankfurt/M. 1971, S. 55–104.

**03** Vgl. Facundo Alvaredo/Lydia Assouad/Thomas Piketty, *Measuring Inequality in the Middle East 1990–2016: The World's Most Unequal Region?*, in: *Review of Income and Wealth* 4/2019, S. 1–27.

**04** Vgl. Stefan Schmalz/Brandon Sommer (Hrsg.), *Confronting Crisis and Precariousness. Organized Labour and Social Unrest in the European Union*, London–New York 2019.

**05** Vgl. Jörg Gertel/Rachid Ouaisa (Hrsg.), *Jugendbewegungen – Städtischer Widerstand und Umbrüche in der arabischen Welt*, Bielefeld 2014.

**06** Vgl. Fadma Ait Mous/Zakaria Kadiri (Hrsg.), *Les Jeunes du Maroc. Comprendre les Dynamiques pour un Nouveau Contrat Social*, Rabat 2021; Imed Melliti/Hayet Moussa (Hrsg.), *Quand les Jeunes Parlent d'Injustice. Expériences, Registres et Mots en Tunisie*, Paris 2018; Nadine Sika, *Youth Activism and Contentious Politics in Egypt. Dynamics of Continuity and Change*, Cambridge 2017.

**07** MENA steht für „Middle East and Northern Africa“. Die MENA-Region umfasst also die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas.

**08** Vgl. Jörg Gertel, *Ungewissheit*, in: ders./Ralf Hexel (Hrsg.), *Zwischen Ungewissheit und Zuversicht*, Bonn 2017, S. 39–72.

**09** Gertel/Hexel (Anm. 8), S. 9.

**10** Vgl. ebd., S. 21.

diese Positionierung im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation junger Erwachsener? Bereits 2016 zeichneten sich drei Dynamiken ab:

*Erstens*, die Jugendgeneration steht einem anderen, sehr viel unsichereren Arbeitsmarkt gegenüber als ihre Eltern. Der Verlust von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor, der bereits in den 1980er Jahren einsetzte, hat sich durch die Privatisierung von Staatsbetrieben und dem Wegfall öffentlicher Unterstützungen weiter verschärft. Prekäre Arbeitsverhältnisse haben trotz einer Zunahme von Hochschulabsolventen zugenommen, was umso gravierender ist, als öffentliche Sicherungssysteme kaum vorhanden sind. Infolgedessen hat die Familie als soziales und wirtschaftliches Sicherungssystem weiter an Bedeutung gewonnen.

*Zweitens* ging damit eine neue Abhängigkeit der jungen Erwachsenen von ihren Eltern einher. Da sie sich ökonomisch kaum von ihnen lösen können, werden sie versorgungsabhängig und zunehmend chancenlos auf dem Arbeitsmarkt; es handelt sich daher um eine „gefangene Jugend“.<sup>11</sup> Gerade der jüngere Teil der Jugendlichen, die noch bei den Eltern wohnen, lebt zwar vorläufig in einer Situation der geliehenen ökonomischen Sicherheit. Doch frustrierendes inaktives „Warten“ hindert sie oft daran, ihre Persönlichkeit zu entwickeln – sie müssen sich mit den Werten ihrer Eltern arrangieren, die nicht immer geeignet sind, um die aktuellen Anforderungen einer globalisierten Welt zu meistern. Ein Bruch mit der Familie ist für diese Generation fast undenkbar, weil es kaum andere Institutionen gibt, die ökonomische Unsicherheiten abfedern könnten. Der gesellschaftliche Prozess der Verunsicherung wird zum Dauerzustand.

*Drittens* ist diese Generation einer Reihe von neuen sozialen Erosionen ausgesetzt. Langfristig sind grundlegende ökonomische Sicherheiten durch die Zunahme prekärer Lohnarbeit verloren gegangen; mittelfristig haben sich seit den arabischen Revolutionen Krieg, bewaffnete Konflikte und direkte Gewalt ausgeweitet, die die soziale Sicherheit weiter untergraben, besonders in Syrien, Libyen, dem Jemen und im Irak. Während die Existenzsicherung gerade junger Familien bedroht ist, garantieren auch bisherige Routinen und Strategien keinen Erfolg mehr. Eine

ganze Generation gerät so, zeitlich verzögert, in die soziale Marginalisierung. Dies geht einher mit der Zersplitterung der Mittelschicht, die in unterschiedlichen Graden ebenfalls von Unsicherheit betroffen ist.<sup>12</sup> Der Bruch beginnt im Zentrum der Mittelschicht und setzt sich nach unten fort: Je niedriger die soziale Schicht, desto deutlicher sind die wahrgenommenen wirtschaftlichen Einbußen zwischen 2011 und 2016, was sich auch in einer sozialen Abwärtsmobilität und einer wachsenden Gruppe von Armen widerspiegelt.

Wie nehmen die jungen Erwachsenen vor diesem Hintergrund die Ereignisse des Jahres 2011 und deren Folgen im Rückblick wahr? Auf die Frage nach den Konsequenzen gaben 2016 etwa drei Viertel der Jugendlichen an, dass „die Ereignisse weitergehen“, mit Ausnahme der Jugendlichen in Ägypten, Marokko und Tunesien, wo die Zustimmung etwas geringer war.<sup>13</sup> Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Revolutionen in Ägypten und Tunesien durch Regierungswechsel beendet wurden, während die Proteste in Marokko die Machtstrukturen nicht verändern konnten. Am zweithäufigsten folgte die Aussage, dass „die Ereignisse für die weit verbreitete Gewalt verantwortlich“ sind. Dies spiegelt die kollektive Erfahrung von zwei Dritteln der jungen Erwachsenen in der arabischen Welt wider. Eine ebenso große Gruppe ist davon überzeugt, dass „die Ereignisse von der Jugend begonnen und dann von anderen übernommen wurden“; dies betraf vor allem die Länder, in denen es zum Regimewechsel kam – also Tunesien, Ägypten und den Jemen.

Ebenso häufig wurde der Aussage zugestimmt, dass „die USA die ganze Region aufhetzen“ wollten. Die Wahrnehmung einer direkten Einmischung der USA in die Politik des Nahen Ostens, insbesondere in Bahrain, Palästina und im Jemen, beruhte dabei auf Alltagserfahrungen der Jugendlichen: Dazu gehören die Unterstützung Israels durch die USA, im Zweifelsfall gegen die Interessen der Palästinenser, der US-geführte Drohnenkrieg im Jemen sowie der Sitz der US-Marine in Bahrain. Das Muster dieser Reaktionen

**11** Jörg Gertel, Arab Youth – A Contained Youth?, in: Middle East Topics and Arguments 9/2017, S. 25–33.

**12** Vgl. Jörg Gertel/Rachid Ouaisa, Die arabische Mittelschicht: Prekarität und Mobilisierung, in: Gertel/Hexel (Anm. 8), S. 195–214.

**13** Vgl. Jörg Gertel, Spatialities of Precarity: Young People in the Southern Mediterranean, in: Schmalz/Sommer (Anm. 4), S. 129–150.

entspricht der in diesen Ländern besonders hohen Zustimmung zur Aussage, dass „externe Akteure die Ereignisse ausgelöst“ haben und „internationale Akteure seit langem auf den Sturz arabischer Regime hinarbeiten“. Obwohl in Marokko und Ägypten nur eine kleinere Gruppe diese Ansichten teilt, scheinen viele Jugendliche derartige Erzählungen durchaus plausibel zu finden. Solche imaginierten Ursachen können sich, unabhängig davon, ob sie reale Kräfte und Entwicklungen repräsentieren oder nicht, in politischen Absichten und Mobilisierung niederschlagen.

Um die Motive dieser Einschätzungen besser zu verstehen, erkundigten wir uns zudem nach den sozialen Zielen und Werten im Leben der jungen Erwachsenen, indem wir folgende Frage stellten: „Als Individuen haben wir Ideen und Visionen über unser persönliches Leben, unsere Einstellungen und unser Verhalten. Wenn Sie über mögliche Errungenschaften in Ihrem Leben nachdenken, wie wichtig sind die folgenden Punkte für Sie?“<sup>14</sup> Den Jugendlichen wurden 28 Optionen vorgelegt, die sie auf einer Skala von eins („absolut unwichtig“) bis zehn („absolut wichtig“) bewerten sollten. Bei einem ersten Blick auf die Ergebnisse stechen der höchste Wert für „An Gott glauben“ (9,1) und der niedrigste Wert für „Mich politisch engagieren“ (4,7) hervor. Der Glaube an Gott wird von den meisten jedoch als Privatsache betrachtet, in die sich niemand einmischen sollte.<sup>15</sup> Glaube bedeutet daher nicht, dass der oder die Befragte in einem religiösen Kontext sozial oder politisch aktiv oder mobilisiert ist. Vielmehr handelt es sich um eine persönliche Entscheidung, auf Gott zu vertrauen. Dies führt, wie aus den qualitativen Interviews hervorgeht, zu einem Optimismus, der angesichts der unsicheren Lebensbedingungen, der bewaffneten Konflikte und der ungewissen Zukunftsaussichten bemerkenswert ist.

Politik hingegen genießt kein großes Ansehen; sie werde von Privatinteressen und Vetternwirtschaft bestimmt. Die folgenden Aussagen aus den Befragungen verdeutlichen dies beispielhaft: Mohammad, ein 26-Jähriger aus dem Libanon, meint: „Politiker sind Lügner. (...)

Sie laufen den Menschen hinterher, damit diese sie wählen.“ Buraq, ein 19-Jähriger aus Abyan im Jemen, fügt hinzu: „Wir bekommen nichts als Kopfschmerzen von der Politik; es geht nur darum, wie man lügt und lügt.“ Und Said aus Marokko ergänzt: „Die Politik in Marokko ist größtenteils eine Farce. (...) Die Programme aller Parteien sind identisch.“<sup>16</sup> Politik, besonders Parteipolitik, wird als unglaubwürdig, korrupt und machtlos erfahren; junge Erwachsene grenzen sich davon ab. Ihre Wünsche an die Zukunft richten sich vielmehr auf einen angemessenen Lebensstandard, der mit der Forderung nach adäquaten Arbeitsplätzen zusammenhängt, sowie auf vertrauensvolle Partner- und Familienbeziehungen.

Dies korrespondiert mit dem (mangelnden) Vertrauen junger Erwachsener in verschiedene Institutionen: In Krisenzeiten ist die Familie die vertrauenswürdigste Institution, während Gewerkschaften und politische Parteien einen sehr niedrigen Stellenwert besitzen. Entsprechend sind Mitgliedschaften in Parteien und Verbänden eher selten, und das Interesse, über das Internet über Politik zu diskutieren, hält sich in Grenzen. Neue mediale Netzwerke werden in erster Linie genutzt, um mit Familie und Freunden in Kontakt zu treten, nur selten dienen sie der politischen oder religiösen Mobilisierung. Doch obwohl „Politik“ im engeren Sinne von jungen Menschen und anderen Gruppen nicht unterstützt wird, engagieren sich Jugendliche dennoch sozial, insbesondere wenn dies mit Bedarfen im lokalen Kontext zusammenhängt.<sup>17</sup> Festzuhalten ist demnach, dass den vermehrten Ungewissheiten immer wieder auch Optimismus und bürgerschaftliches Engagement entgegengestellt werden; gleichzeitig gibt es eine deutliche Distanzierung zur Tagespolitik, was mit einem tiefen Misstrauen gegenüber politischen Institutionen einhergeht.

## ZEHN JAHRE DANACH: UNSICHERHEIT

Einen Einblick in die Situation der MENA-Region im ersten Jahr der Pandemie liefert die von mir mitverfasste Young-Leaders-Studie der

<sup>14</sup> Jörg Gertel/David Kreuer, Werte, in: Gertel/Hexel (Anm. 8), S. 75–99.

<sup>15</sup> Der Politikwissenschaftler Rachid Ouaisa bewertet dies als Schritt hin zu einer Säkularisierung. Vgl. Rachid Ouaisa, Jugend und Religion, in: Gertel/Hexel (Anm. 8), S. 101–120.

<sup>16</sup> Gertel/Kreuer (Anm. 14), S. 84.

<sup>17</sup> Vgl. Friederike Stolleis, Gesellschaftliches Engagement, in: Gertel/Hexel (Anm. 8), S. 333–353.

Friedrich-Ebert-Stiftung.<sup>18</sup> Die FES betreibt in 12 Ländern der Region ein gleichnamiges Programm zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen und politischen Fähigkeiten und zur Förderung demokratischer Werte. „Young Leaders“ sind in der Regel Frauen und Männer zwischen 20 und 30 Jahren, die in politischen Parteien oder zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv sind. Das Programm richtet sich an Hochschulstudenten oder -absolventen. Je nach Land sind englische oder französische Sprachkenntnisse eine Voraussetzung zur Teilnahme. Entsprechend repräsentiert diese geschlechterparitätisch besetzte Gruppe ein aufstiegsorientiertes und gehobenes gesellschaftliches Segment junger Erwachsener. Für die Studie haben wir 2020 in fünf Intervallen die Gesamtheit der knapp 1300 Young Leaders online befragt – 44 Prozent von ihnen nahmen daran teil.

Die Covid-19-Pandemie war zwar nicht die einzige und auch nicht in jedem Fall die schwerwiegendste Krise, die das tägliche Leben der jungen Leute in der MENA-Region 2020 beeinträchtigte, aber die negativen Auswirkungen waren dennoch immens. Die Krankheit bedrohte direkt das Leben von Freunden und Familienangehörigen und kostete sie manchmal das Leben; indirekt zerstörten die drastischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Bildungswege und die psychische Stabilität vieler junger Menschen. Die Studie zeigt, dass auch der Tagesablauf tiefgreifend verändert wurde, da die meisten Familien zeitweise komplett zu Hause bleiben mussten. Die Prioritäten bei den Ausgaben verlagerten sich von den Freizeitaktivitäten auf die Grundbedürfnisse. Die zwei folgenden Aussagen aus der Befragung zeigen dies exemplarisch:

*„Es war ein Jahr voller Hindernisse. Jedes Mal, wenn ich einen oder zwei Schritte vorwärts machte, folgten zehn Schritte zurück. Ich litt während des Jahres unter schweren Depressionen, aber ich bin stolz darauf, dass ich es heil überstanden habe. Vor Corona standen wir vor gewaltigen Herausforderungen wie der Arbeitslosigkeit – sie werden nicht verschwinden, wenn die Pandemie*

*vorbei ist. Ich hoffe, dass wir alle finden werden, was wir uns wünschen.“*

*„2020 war ein ereignisreiches Jahr, das viele Selbstverständlichkeiten infrage gestellt hat (Reisen, Begegnungen, Partys), uns aber auch mehr Zeit zum Nachdenken und zur Stärkung der Solidarität unter den Menschen gegeben hat. Die Überwindung der Krise im Jahr 2021 wird schwierig sein, kann aber Chancen für Veränderungen eröffnen.“<sup>19</sup>*

Dabei ist eine Entwicklung besonders herauszustellen, da sie Aufschluss über die gravierenden Auswirkungen fortschreitender Marginalisierungen gibt: Selbst bei den Young Leaders, die als eher abgesichert gelten können, kam es durch die Pandemie zu ökonomischen Einbrüchen. Bei vielen hatte sich bereits in der ersten Hälfte des Jahres 2020 die wirtschaftliche Lage verschlechtert. Dies zeigt sich in der veränderten Verteilung von vier Möglichkeiten der Selbsteinschätzung: Der Anteil der Befragten, die die wirtschaftliche Lage ihrer Familien als „sehr gut“ bewerteten, sank von 23 Prozent vor der Pandemie auf nur noch 6 Prozent im Sommer 2020; und der Anteil derjenigen, die die Lage als „eher gut“ einschätzten, fiel von 64 auf 53 Prozent. Deutlicher noch: Diejenigen, die die Lage als „eher schlecht“ beurteilten, haben sich von 13 auf 31 Prozent mehr als verdoppelt; und der Anteil derjenigen, die die Lage gar als „schlecht“ beschreiben, stieg von 0 auf 11 Prozent an. Alle Gruppen sind somit von Verlusten betroffen – insgesamt zwei Drittel der Familien der Young Leaders.

Der Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Status und der Lebenszufriedenheit lässt zudem auch Rückschlüsse auf weniger privilegierte Gruppen zu: Je besser die jungen Erwachsenen die aktuelle wirtschaftliche Situation ihrer Familie einschätzen, desto höher ist ihre Zufriedenheit mit dem Leben im Allgemeinen. Zwar schätzen alle Befragten, mit Ausnahme der wirtschaftlich Unsichersten, ihre eigene Zufriedenheit höher ein als die der Gesellschaft im Allgemeinen, doch die durchschnittliche Lebenszufriedenheit der Young Leaders ist mit 4,5 von 10 Punkten bemerkenswert niedrig. Es ist somit anzunehmen, dass die Konsequenzen der geschilderten Entwicklungen für benachteiligte Gesellschaftsschichten weitaus einschneidender sind.

<sup>18</sup> Vgl. Jörg Gertel/David Kreuer, The Impact of the Pandemic on Young People. A Survey Among „FES Young Leaders“ in the MENA Region, Juni 2021 (i.E.).

<sup>19</sup> Ebd., S. 18.

## SCHLUSS

Die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte in der MENA-Region haben die jungen Erwachsenen der Generation „Arabischer Frühling“ fairer Lebens- und Zukunftschancen beraubt. Obwohl sich diese Gruppe mobilisierte und seit zehn Jahren immer wieder Proteste angeschoben und Widerstand geleistet hat, waren und sind diese kaum erfolgreich: Marginalisierung und Enteignung von Lebenschancen schreiten voran, während es gleichzeitig auch Gewinner dieser Entwicklungen gibt – innerhalb und außerhalb der betreffenden Länder (etwa international agierende Getreide- oder Waffenhändler).

Für die Jugendlichen hingegen ist das, „was möglich gewesen wäre“, in weite Ferne gerückt. Soziale Mobilität scheint nur noch in eine Richtung zu funktionieren, Sicherheit wird kaum mehr mit staatlichen Institutionen verbunden, und ausländische Bildungsangebote und Arbeitsplätze werden de facto unzugänglich. Die Prekarität unter jungen Erwachsenen hat massiv zugenommen, doch noch immer sind es die Marginalisierten, die ökonomischen Krisen und Krankheiten

besonders ausgesetzt sind. Wenn Ressourcen zu knapp werden, um die Gegenwart zu meistern, nimmt nicht nur die Unsicherheit zu – die Ungewissheit der Zukunft wird anders eingehegt: Wissen und Glauben stehen auf dem Prüfstand, und Ambitionen verändern sich.

Ob dies ein Jahrzehnt nach dem „Arabischen Frühling“ erneut zu breiten Aufständen gegen die Enteignung von Lebenschancen führt, ist ungewiss. Die jüngeren Entwicklungen in Tunesien, wo Präsident Kais Saied im Juli 2021 nach Protesten gegen die mangelhafte Pandemie-Eindämmungspolitik den Regierungschef Hichem Mechichi absetzte und das demokratisch gewählte Parlament entmachtete, zeigen jedoch, dass manche Errungenschaft von 2011 angesichts mangelnder Zukunftschancen der Jugend auf tönernen Füßen steht.

### JÖRG GERTEL

ist Professor für Arabistik und Wirtschaftsgeographie an der Universität Leipzig. Sein Forschungsinteresse gilt dem Zusammenhang von Unsicherheit und Ungewissheit im Gefüge von Globalisierungsdynamiken.

[gertel@uni-leipzig.de](mailto:gertel@uni-leipzig.de)



25. Juli 2021: Protest gegen die Regierung in Tunis, Tunesien.

© picture alliance/zumapress.com, Jdidi Wassim

Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn  
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10. September 2021

#### REDAKTION

Anne-Sophie Friedel  
Julia Günther  
Sascha Kneip  
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Anne Seibring  
Robin Siebert (Volontär)  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
twitter.com/APuZ\_bpb

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,  
Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ  
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ  
Nächste Ausgabe  
40–41/2021, 4. Oktober 2021

## GESCHICHTE UND ERINNERUNG



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)